

RE8807

Unabhängige Wochenzeitung für Politik,
Wirtschaft und Kultur

#08 64. Jahrgang 24. Februar 2017



5 453000 174663



3,50€

RE 88807 kam nie an

Anderthalb Wochen nach dem Zugunglück herrscht noch immer Unklarheit über die Ursache. Die CFL müssen den Verkehr nach Frankreich so gut es geht alleine bewältigen

Poker

Les négociations pour une nouvelle convention collective des employés de banque sont lancées. Une analyse sous sept angles

Taxi, bitte!

Vor sechs Monaten trat François Bauschs Taxi-Reform in Kraft. Den meisten Nutzern sind ihre neuen Rechte noch nicht bewusst

Foto: Sven Becker



Die Unglücksstelle am 14. Februar

RE 88807 kam nie an

Peter Feist

Am Morgen des 14. Februar verlässt um 8.27 Uhr der Regionalexpress RE 88807 der CFL den Hauptbahnhof Luxemburg-Stadt. Laut Fahrplan soll der Doppelstock-Triebwagenzug 28 Minuten später in Thionville sein. Alle Fahrgäste, die in Luxemburg-Stadt zugestiegen waren, steigen in Bettemburg aus. Das heißt, wahrscheinlich: Offiziell ist bis heute nicht bekannt, ob sich außer dem Lokführer und der Schaffnerin noch jemand in RE 88807 befindet, als er Bettemburg in Richtung französische Grenze verlässt. Ein aus Frankreich kommender Personenzug der SNCF begegnet ihm noch. Dessen Lokführer wird *L'Essentiel* vier Tage später erzählen, dass er dem Kollegen in RE 88807 zugewinkt habe.

Gegenverkehr Als der CFL-Regionalexpress dabei ist, das ausgedehnte Eisenbahngelände um den Bettemburger Rangierbahnhof zu verlassen, zeigt ein Vorsignal auf der Strecke an, dass 1 200 Meter weiter an einem Hauptsignal angehalten werden soll. Aus der Gegenrichtung naht ein von zwei Elektrolokomotiven gezogener Güterzug mit 27 Waggons auf der Fahrt zum Bettemburger Güterbahnhof. Ihm soll RE 88807 Vorfahrt gewähren, das hat das Stellwerk in Bettemburg so festgelegt.

Im Unterschied zu den Autofahrern auf der Straße fahren Lokführer nicht auf Sicht, sondern „auf Signal“. Damit dabei nichts schiefgeht, setzen die Eisenbahnen obendrein noch Fahrbeeinflussungssysteme ein, die in den Lokomotiven und in den Gleisanlagen installiert sind. Auch RE 88807 muss auf seiner Fahrt nach Frankreich ein solches System benutzen. Es heißt *Memor II+*. Die CFL selbst haben es um die Jahrtausendwende aus dem System *Crocodile* entwickelt. *Crocodile* hatten 1872 die beiden französischen Eisenbahningenieure Lartigue und Forest erfunden. Dabei wird vor einem Signal in der Mitte zwischen den Bahnschienen ein länglicher Stahlsteg

montiert, der ein wenig aussieht wie ein Krokodil. Je nachdem, was das Signal anzeigt, liegt am *Crocodile* eine elektrische Spannung an. Lokomotiven tragen an ihrem Unterbau eine Stromabnehmerbürste, die diese Spannung empfängt und in den Führerstand weiterleitet. Dort zeigen eine Signallampe und ein Tonsignal an, was das Signal draußen befiehlt. Der Lokführer muss das bestätigen, sonst wird der Zug zum Stehen gebracht.

Nach der Erfindung im 19. Jahrhundert kamen die Signal-Krokodile in Frankreich, Belgien und Luxemburg zum Einsatz, in Belgien und Luxemburg hießen sie *Memor*. Das von den CFL weiterentwickelte *Memor II+* zeigt dem Lokführer nicht nur den Signalstand an. Über ein zusätzliches Krokodil 800 Meter nach einem Vorsignal wird erfasst, wie schnell der Zug fährt. Hat ein Vorsignal gemeldet, das Hauptsignal 1 200 Meter weiter auf Halt stehen, darf ein Zug am 800-Meter-Punkt nicht schneller als 60 Stundenkilometer fahren. Ist er schneller, löst *Memor II+* eine Zwangsbremmung aus. Am Hauptsignal wiederum liegen in elf Metern Abstand voneinander zwei Krokodile im Gleis. Steht das Hauptsignal auf Halt und beide Krokodile werden überfahren, wird ebenfalls eine Notbremsung eingeleitet.

Kollision Die vielen technischen Details sind wichtig, um sich vorzustellen, was mit Regionalexpress RE 88807 vielleicht geschah. Denn er hält nicht an, als das Hauptsignal „Stopp“ anzeigt. 350 Meter weiter, ziemlich genau auf Höhe der Firma Husky in Düdelingen, prallt er frontal in den ihm entgegenkommenden Güterzug, der kurz zuvor über eine Weiche das Gleis gewechselt hatte. Die erste der beiden über 80 Tonnen schweren E-Loks des Güterzugs schiebt sich über den Triebwagenzug. Er wird zusammengestaucht wie eine Ziehharmonika. Von dem ursprünglich 27 Meter langen Personenzug

Anderthalb Wochen nach dem Zugunglück herrscht noch immer Unklarheit über die Ursache und die CFL müssen den Verkehr nach Frankreich so gut es geht alleine bewältigen

bleibt ein vielleicht zehn Meter langes zermalmtes Wrack, auf dem eine geborstene Güterzuglok oben auf liegt. Es ist 8.45 Uhr, seit der Abfahrt in der *Stater Gare* sind 18 Minuten vergangen.

Um 8.58 Uhr wird die Notrufzentrale 112 alarmiert, acht Minuten später sind die ersten Rettungskräfte der Feuerwehren aus Düdelingen und Bettemburg am Unglücksort. Als sie das Ausmaß der Schäden sehen, rufen sie Verstärkung aus Luxemburg-Stadt und der Zivilschutz-Zentrale in Lintgen herbei; bald schon sind hundert Mann vor Ort. Lange weiß man nicht, ob sich noch Passagiere in den Überresten des Personenzugs befinden. Der Lokführer des Güterzugs, der sich offenbar in den hinteren Teil seiner Lokomotive vor der Kollision retten konnte, wird schwer verletzt geborgen und ins Krankenhaus nach Esch gebracht. Die Schaffnerin von RE 88807 ist leicht verletzt; vermutlich hatte sie sich im hinteren Bereich des Zuges aufgehalten. Der Lokführer von RE 88807 hat den Zusammenstoß nicht überlebt. Es wird bis 17 Uhr dauern, ehe die Rettungskräfte zu seinem Leichnam in den Trümmern der Lok vordringen.

Ungewissheit Gegen Mittag geben Transportminister François Bausch und Innenminister Dan Kersch eine kurze Pressekonferenz. Der grüne Transportminister, selber Eisenbahner, ringt mit den Tränen. Klar sei bisher nur, dass der Regionalexpress das Halt-Signal überfahren hat, warum, sei unbekannt. Das „Radio Sol-Train“ habe „keinen Alarm gegeben“, sagt Bausch noch.

Erinnerungen an das Zugunglück in Zoufftigen im Oktober 2006 werden wach. Auch damals war ein Triebwagenzug der CFL, einer derselben Baureihe 2200 wie Regionalexpress RE 88807, mit einem Güterzug frontal kollidiert – genau auf der luxembur-

Französische Transportgewerkschaften bestehen auf dem „droit de retraite“ auch nachdem die CFL den Verkehr wieder aufgenommen haben. Die Luxemburger Kollegen fühlen sich verraten, aber auch sie wollen Klarheit über die Unfallursache

gisch-französischen Grenze, kaum anderthalb Kilometer Luftlinie von der jetzigen Unfallstelle entfernt. Damals waren sechs Menschen gestorben, 16 wurden verletzt, zwei davon schwer. Der Fehler hatte bei den CFL gelegen, in Strafprozessen 2007 und 2009 wurden vier ihrer Mitarbeiter wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung verurteilt.

Während am Unglücksort eine fünfzig- bis sechzigköpfige Bergungs- und Reparaturmannschaft der Bahn die Trümmer zu beseitigen begonnen hat, wird in den sozialen Netzwerken über die Unfallursache spekuliert. Offiziell ist nicht mehr bekannt, als der Transportminister erklärt hat. In den *RTL*-Abendnachrichten kann CFL-Generaldirektor Marc Wengler ebenfalls nur sagen, man wisse, dass RE 88807 „das rote Signal überfuhr“, fügt aber an, *Memor II+* hätte eigentlich „eine Notbremsung einleiten müssen“. Ob RE 88807 gebremst hat, weiß man nicht. Das wird erst dem Fahrtschreiber aus dem Führerstand des Zuges zu entnehmen sein, doch die *Black Box* liegt irgendwo in den Trümmern begraben.

Notverkehr Die CFL haben nicht nur den Bergungseinsatz und die Krisenkommunikation zu bewältigen, sondern auch den Berufsverkehr nach Frankreich. 9 000 Grenzpendler, die normalerweise den Zug nehmen, werden in Ersatzbussen nach Thionville gebracht, TGV-Reisende auch. Außerdem fahren zwei Züge über Longwy nach Metz. Am Abend des 14. Februar heißt es noch, vielleicht könne die Strecke in zwei Tagen wieder frei sein. Aber das soll sich bald als Illusion erweisen.

Denn nicht nur dauern die Bergungs- und Aufräumarbeiten länger als erwartet, gelingt es erst am Spätnachmittag des 15. Februar, die völlig ineinander verkeilten Lokomotiven auseinanderzuziehen, so



Acht Minuten nach dem Alarm waren die ersten Einsatzkräfte aus Bettemburg und Düdelingen vor Ort. Als sie das Ausmaß des Unfalls erkannten, riefen sie Verstärkung

dass sie in der Nacht zum 16. Februar auf die Seite der Gleise gelegt werden können: erst die Güterzugloks, dann die von RE 88807. Am Morgen des 16. Februar wird auch publik, dass französische Eisenbahner so lange nicht nach Luxemburg fahren werden, wie keine Informationen zur Unglücksursache vorliegen. Das beginnt mit einem Zeitungsartikel im *Républicain Lorrain*, den der *Quotidien* übernimmt: Ein anonymes SNCF-Eisenbahner, Vertreter einer Transportgewerkschaft, erklärt darin, in Luxemburg gebe es „nicht dieselbe Sicherheitskultur wie in Frankreich“. Es werde zwar nicht viel davon gesprochen, aber man höre, dass auf dem Netz der CFL immer öfter rote Signale überfahren würden.

Droit de retraite In Luxemburg lösen diese Äußerungen Entsetzen aus. Zu dem Zeitpunkt ist es ohnehin schon seit dem Unglückstag beschlossene Sache, dass SNCF-Personal vorerst nicht mehr hierzulande zum Einsatz kommt: Das Comité d'hygiène, de sécurité et des conditions de travail der SNCF-Region Grand-Est hatte schon am 14. Februar den Gewerkschaften das „droit de retraite“ zugestanden: Das ist Bestandteil des französischen Arbeitsrechts; ihm zufolge kann ein Beschäftigter eine Arbeit verweigern, bei der ihm Gefahr droht, ohne Repressalien des Patrons fürchten zu müssen. Im luxemburger *Code de travail* steht Ähnliches.

Es sind die verdeckten Anschuldigungen an Luxemburg und die CFL, die schwer wiegen. Und es sieht so aus, als seien nicht alle französischen Gewerkschaften ganz derselben Meinung. Während die CGT Lorraine, die auch gute Kontakte zum FNCTTFEL-Landesverband in Luxemburg hält, wissen lässt, es handle sich nicht um eine „Ablehnung“, in Luxemburg zu arbeiten, es gehe nur darum, dass „die Sicherheit der Eisenbahner und der Bahnbenutzer garantiert“ sein müsse, will die Confédération française démocratique du travail (CFDT) „Klarheit“ über die Unglücksursache, vorher setze kein französischer Eisenbahner einen Fuß nach Luxemburg.

Auf einer großen Pressekonferenz an jenem Donnerstag, den 16. Februar, die wegen der vielen Journalisten in einem Konferenzsaal der CFL stattfindet, weist Generaldirektor Marc Wengler den Vorwurf mangelnder Sicherheitskultur zurück. Lediglich drei Mal sei im vergangenen Jahr ein rotes Signal überfahren worden. Und: In Sachen Fahrsicherheit sei Luxemburg ein europäischer Vorreiter. Keine andere Bahngesellschaft habe ihr gesamtes Netz auf das European Train Control System (ETCS) umgestellt, die CFL hätten das schon 2014 abgeschlossen. 33 Millionen Euro habe das gekostet.

Geschwindigkeitskurve ETCS soll eigentlich das europaweit einheitliche System sein. Es soll die Grundlage bilden für das Eisenbahnverkehrsleitsystem ERMTS, das eines Tages automatische Züge dirigieren soll. ETCS nimmt durch Sensoren im Gleisbett und an den Loks Position und Geschwindigkeit der Züge auf, bekommt auch Signalzustände übermittelt und leitet alles ins Cockpit zum Lokführer weiter. Außerdem wird mit ETCS eine „Geschwindigkeitskurve“ berechnet. Ihr muss die Lok folgen, sonst wird sie automatisch gebremst.

Auf neuen transeuropäischen Hochgeschwindigkeitsstrecken ist der Einbau von ETCS in die Gleise seit 2002 durch EU-Recht Pflicht, seit 2006 auch auf Ausbaustrecken. Der CFL-Verwaltungsrat entschied schon im November 1999, das gesamte CFL-Netz, aber auch sämtliches Rollmaterial auf ETCS umzustellen. Weil man wusste, dass das Jahre dauern würde, wurde das alte *Crocodile*-System übergangsweise auf *Memor II+* erweitert, was 2004 abgeschlossen war. Nach dem Unglück in Zoufflignen beschlossen die CFL, ETCS schneller voranzutreiben. Heute sind sämtliche CFL-Triebwagenzüge damit ausgerüstet, „dem Besten, was es in der Eisenbahnindustrie gibt“, erklärt Bahnchef Wengler der Presse. Die Umstellung der Einzel-Lokomotiven sei im Gange. Bis Ende dieses Jahres soll sie im gesamten CFL-Schiene fuhrpark vollzogen sein. Das wird dann noch einmal fünf Millionen Euro gekostet haben. „Damit sind wir besser als jedes andere EU-Land“, sagt der Bahnchef.

Das Problem ist nur, dass die Nachbarländer nicht unbedingt so weit sind. 40 Prozent des Passagierverkehrs von und nach Luxemburg verläuft grenzüberschreitend, und jede einzelne mit ETCS ausgerüstete Maschine muss im Ausland homologiert werden. Theoretisch hätte auch RE 88807 mit ETCS nach Thionville fahren können. Denn alle TGV-Züge der SNCF tun das, schließlich musste Frankreich seine Neubautrecke nach Paris und Straßburg mit dem neuen System versehen. Aber während die CFL nach Deutschland schon seit Ende 2014 mit ETCS fahren können, die Verbindung nach Arlon auf belgischer Seite ab Anfang April auf ETCS umgestellt sein wird und die Strecken nach Gouvy und Athus es schon sind, zieht die ETCS-Bestätigung des luxemburger Materials in Frankreich sich hin: Erst im Herbst, schätzen die CFL, wird man nach Thionville und Longwy mit ETCS fahren können. Bis dahin bleibt es ausgeschaltet, wird bis zur Grenze *Memor II+* genutzt und dann auf das französische System KVB umgeschaltet.

Theoretisch hätte RE 88807 ohne jedes Kontrollsystem abfahren können. Eine technische Sperre, die verhindert, dass ein Zug ohne Sicherung unterwegs sein kann, gibt es nicht. Allerdings ist das bei allen Bahngesellschaften so

Man könnte damit behaupten, dass die französische Bürokratie grenzüberschreitende Sicherheitsrisiken schaffe. Man könnte auch anführen, dass in den Neunzigerjahren, als der CFL-Verwaltungsrat ETCS diskutierte, der Vertreter von Minderheitsaktionär SNCF dagegen plädierte und die CFL bewegen wollte, das französische System zu übernehmen. Das ändert aber nichts daran, dass sich während der CFL-Pressekonferenz am 16. Februar Fragen stellen, wie RE 88807 denn gefahren wurde. Genau kann das noch immer niemand wissen. Gefunden sind bis dahin die beiden Fahrtschreiber aus dem Güterzug sowie der aus dem hinteren Teil des Regionalexpress. Sie liegen bei den Ermittlern der Staatsanwaltschaft. Nach der entscheidenden *Black Box* aus dem Vorderteil von RE 88807, die nicht nur den Fahrtverlauf aufgezeichnet haben muss, sondern jede Handlung des Lokführers im Cockpit, wird noch immer gesucht.

Aber Marc Hoffmann, der CFL-Direktor für den Passagierbetrieb, erläutert: Da es „nicht möglich“ sei, „bis zur Grenze mit ETCS zu fahren, und dann umzuschalten“, fahren Regionalexpress-Züge bereits ab Luxemburg-Stadt mit *Memor II+*. Allerdings lässt nicht nur ETCS sich abschalten, sondern *Memor II+* ebenfalls. Vorschrift sei zwar, dass jeder Lokführer vor der Abfahrt kontrolliert, ob ETCS oder *Memor II+* aktiviert ist. Aber „theoretisch“ hätte RE 88807 ohne jedes Kontrollsystem abfahren können. Eine technische Sperre, die verhindert, dass ein Zug ohne Sicherung unterwegs sein kann, gibt es nicht.

Wegfahrsperre Der CFL-Spitze sind diese Zusammenhänge sichtlich unangenehm. Geben sie doch bereits kursierenden Gerüchten Nahrung, der Lokführer von RE 88807 habe vielleicht Selbstmord begangen. So erfahren wie er war, im CFL-Dienst seit 2001, hätte die Kontrolle von *Memor II+* vor der Abfahrt eigentlich Routine sein müssen. Der *Land-Nachfrage* während der Pressekonferenz, ob nicht eine „Wegfahrsperre“ verhindern müsste, dass ohne jegliche Sicherung gefahren werden kann, entgegnet Direktor Hoffmann gereizt und sarkastisch, „man kann natürlich den Maschinenraum ausschalten“. Aber wie die Dinge liegen, reichen auch bei den anderen Bahnen die Vorkehrungen nicht so weit: Vom europäischen Eisenbahn-Infrastrukturverband EIM ist zu erfahren, in keiner Bahngesellschaft würden die Loks blockiert, falls sie ohne Kontrollsystem in Marsch gesetzt werden.

Und immerhin ist die Technik komplex genug, dass andere Ursachen für das Zugunglück denkbar sind. Ein abgeschaltetes *Memor II+* würde dem Stellwerk auffallen, das hatten die CFL schon am Tag nach dem Unglück im *RTL*-Fernsehen gesagt. In dem Fall träte das *Radio Sol-Train* in Aktion, die Sprechfunkverbindung zu den Loks. Doch der Transportminister hatte schon Stunden nach dem Unglück erklärt, das *Radio Sol-Train* habe „keinen Alarm gegeben“.

„Nichts dran“ So dass bis dahin nur spekuliert werden kann, was geschah. Als spekulativ erweisen sich leider auch einen Tag später, am Freitag vergangener Woche, die Erklärungen von Premier Xavier Bettel (DP) und Transportminister François Bausch über die Bereitschaft von SNCF-Personal, wieder am Bahnverkehr teilzunehmen: Bettel erklärt im Pressebriefing nach dem Regierungsrat, es sei „nichts dran“ an der Information, dass „keine französischen Züge“ nach Luxemburg fahren würden, sobald die CFL die Strecke nach Thionville wieder freigäben. Dass CFL-Eisenbahner in Thionville französische Züge übernehmen müssten, treffe ebenfalls nicht zu. Der Transportminister werde am Nachmittag mit seinem Amtskollegen in Paris telefonieren und die Sache klären. Abends im Fernsehen sagt François Bausch, niemand werde den Verkehr nach Luxemburg „boykottieren“. Es hätten lediglich „einzelne Leute ein wenig über die Stränge geschlagen und Dinge gesagt, die sie lieber nicht hätten sagen sollen“.

Doch am Dienstag dieser Woche stellt sich heraus, dass die CFL doch bis auf weiteres alleine auf der Linie 90 nach Frankreich unterwegs sein werden. An diesem Tag nehmen sie den Verkehr mit 23 Zügen wieder auf, setzen zusätzlich Busse ein, denn eigentlich fahren laut Fahrplan 58 Züge pro Tag. Die französischen Gewerkschaften haben bei einer erneuten Sitzung des Comité d'hygiène, de sécurité et des conditions de travail (CHSCT) der SNCF-Region Grand-Est eine Verlängerung ihres „droit de retraite“ erwirkt. Im *Radio 100,7* erklärt Yves Le Pallec, Generalsekretär der CFDT-Cheminots Lorraine, man warte immer noch „auf Informationen über die Unfallursache“.

Ganz verständlich ist das nicht. Le Pallec bescheinigt der luxemburger Eisenbahn immerhin ein „sehr hohes Sicherheitsniveau“ und sagt, in Frage

stehe „nur der Grenzübergang“, 300 Meter Schienenstrang also. Auf die Frage, weshalb keine TGV-Züge fahren, die immerhin durchgängig ETCS benutzen, weiß der Gewerkschaftler keine andere Antwort als die, dass mit der SNCF eine „globale Entscheidung getroffen“ worden sei.

„Kontraproduktiv“ Die luxemburger Transportgewerkschaften fühlen sich verraten, wenngleich sie es nicht so deutlich sagen. FNCTTFEL-Präsident Jean-Claude Thümmel hatte noch einen Tag zuvor im Morgeninterview im *RTL*-Radio von „einzelnen verbalen Entgleisungen“ von CFDT-Mitgliedern gesprochen und suggeriert, die CGT sehe das an-

ders. Bei der entscheidenden CHSCT-Sitzung aber war das doch nicht so. Gegenüber dem *Land* zitiert Thümmel „unseren früheren Premier“, der mal gesagt habe, „ich verstehe es nicht, habe aber ein wenig Verständnis dafür“. Allzu nah treten will Thümmel den französischen Kollegen nicht. Mylène Wagner-Bianchi, die Präsidentin der christlichen Eisenbahnergewerkschaft Syprolux, geht ein bisschen weiter: „Was die Franzosen machen, ist ganz kontraproduktiv.“ Sauer macht sie auch, dass „keine französische Gewerkschaft den Kontakt mit uns gesucht“ hat.

Aber auch die luxemburger Eisenbahner warten auf Antworten, wie es zu dem Zugunglück kam. Wegen des Pendeldienstes nach Thionville würden manche CFL-Lokführer zwölfmal täglich die Unfallstelle passieren, sagt Mylène Wagner-Bianchi. „Das ist für viele eine enorme psychische Belastung.“ Jean-Claude Thümmel wiederum war es, der in seinem Radiointerview am Montagmorgen publik machte, dass der so intensiv gesuchte Fahrtschreiber aus dem Cockpit des CFL-Regionalexpress gefunden wurde. Er wolle „keinen Druck ausüben“, sagt Thümmel im Radio, „aber unsere Leute warten auf Informatio-

nen“. Womit er doch Druck ausübt, denn weder CFL noch Staatsanwaltschaft hatten den Fund mitgeteilt.

Angesichts der sonst vorbildlichen Krisenkommunikation der Bahn ist das seltsam. Doch die CFL wollen heute noch nicht sagen, wann die *Black Box* gefunden wurde: Das sei Sache der Staatsanwaltschaft. Justizsprecherin Diane Klein erklärt auf die Frage, weshalb die Meldung „Wir haben sie!“, auf die nicht nur die luxemburger Öffentlichkeit gewartet hat, der Justiz von Journalisten aus der Nase gezogen werden musste, nachdem sie den FNCTTFEL-Vorsitzenden im Radio gehört hatten: „Es ist nicht Usus, während einer Ermittlung Details zu kommunizieren.“

Nun hoffen alle, dass der Schweizer Sachverständige, der die Umstände des Unglücks und alle Beweisstücke untersuchen soll, rasch ein erstes Verdikt fällt, das kommuniziert wird. Vielleicht Anfang nächster Woche, aber sicher ist das nicht. Bis dahin halten die CFL den Ersatzverkehr nach Frankreich aufrecht. Was allerdings problematisch wird, wenn die Schule wieder beginnt und wegen des Schülertransports weniger Busse zur Verfügung stehen.



Am Dienstag nahmen die CFL den Zugverkehr zum Teil wieder auf. Den Rest übernehmen Ersatzbusse

Leitartikel

Die Nachgeborenen

Romain Hilgert

Noch müssen wir, zum Glück, nicht in den finsternen Zeiten leben, die der große Brecht nur im Exil überstand und über die er in seinem Gedicht *An die Nachgeborenen* klagte. Aber der von rechten Demagogen angestiefelte Brexit, die knapp verpasste Wahl eines rechtsradikalen Präsidenten in Österreich, der Wahlsieg des rassistischen Kasinobetreibers Donald Trump in den USA, die Wahlaussichten der rechtsradikalen Geert Wilders, Marine Le Pen und AfD in den Niederlanden, Frankreich und Deutschland lassen befürchten, dass die Stunde der Volkstribüne geschlagen hat, die autoritäre Auswege auf Kosten der Schwächsten aus der Globalisierung genannten brutalen Entfesselung der Märkte versprechen.

Deshalb ist es vielleicht überlebenswichtig, aus den Versprechen und Lügen, aus den Heldentaten und Fehlern der finsternen Zeiten des 20. Jahrhunderts zu lernen und so ihre Wiederholung zu verhindern. Doch auch wenn die Regierung feierlich zum *Nationale Commémorationsdag* am Sonntag aufruft, scheint sie alles zu tun, um das Erbe von Generationen christlich-sozialer Premierminister fortzusetzen und jede andere Lehre aus der Geschichte zu verhindern, als treu zu Trohn und Altar zu stehen und mäßige Toleranz bis an die Grenze von Burkaverbot und Platzverweis zu üben.

Im Laufe von Jahrzehnten war es der CSV gelungen, mit Hilfe regierungsamtlicher Resistenzfunktionäre das öffentliche Bild des Widerstands im Zweiten Weltkrieg auf eine national-konservative und angesichts der Vernichtung der europäischen Juden sehr katholische Leidens- und Heldengeschichte zu verengen, den angeblichen Kampf zwischen einem guten kleinen Patriotismus gegen einen großen bösen Nationalismus, und so den Kampf gegen den Faschismus, für Demokratie, für politische und wirtschaftliche Selbstbestimmung der Vergessenheit anheimfallen zu lassen.

Die aktuelle liberale Koalition setzt dieser Politik der Rechten nicht etwa ein anderes Bild entgegen, sondern spitzt sie zu. Nachdem Jacques Santer und Jean-Claude Juncker, auch aus Wahlkampfalkül, ihr Möglichstes getan hatten, um Resistenz und Zwangsrekrutierung zu vermischen und so die Geschichte für jüngere Generationen unlesbar zu machen, gelang es Ende vergangenen Jahres DP, LSAP und Grünen, auch noch die Nachfahren der jüdischen Opfer in ein *Comité de la mémoire de la deuxième guerre mondiale* einzubinden, das in der klerikal-konservativen Tradition vom Vizepräsidenten und zwei ehemaligen Journalisten des *Luxemburger Wort* geleitet wird. Mit derselben Absicht hat die Regierung alle von der CSV geerbten Institute und

Archive zu einem Zentrum für Zeitgeschichte an der Universität vereinigt, das sich lieber mit digitaler Quantifizierung, *Twitter*, *Facebook* und anderen akademischen Moden als mit der doch provinziellen Geschichte beschäftigen soll.

Der von Jean-Claude Juncker in Auftrag gegebene Artuso-Bericht, der mit der allzu wohlfeilen Erklärung des Antisemitismus die Bürokratie belastete und die Exilregierung weißwusch, erlaubte dem im Betrauern geübten Xavier Bettel in einem absurden Ritual vor dem Parlament, sich im Namen der Nachfahren von Tätern bei den Nachfahren von Opfern zu entschuldigten, um dann rasch zur versöhnlichen Einsicht gelangen zu können, dass wir alle irgendwie Opfer waren. Denn „et wor alles net esou einfach“, wie eine Ausstellung zum Thema hieß. Im Wahn, Resistenzler und Zwangsrekrutierte, Juden und Kollaborateure endgültig zu einem einzigen Volk von Opfern zusammenzuschweißen, marschierten vor wenigen Monaten zusammen mit dem Präsidenten des jüdischen Konsistoriums der Großherzog, der Kammerpräsident und der Premierminister mit leeren Koffern über den Bahnhofsvorplatz, weil sie den deportierten und ermordeten Juden nicht einmal ihr Opfersein gönnten und selbst auch ein wenig Opfer spielen wollten.

Als die nun achtzigjährige Unternehmensberaterin Madeleine Albright in den Neunzigerjahren Außenministerin des liberalen Präsidenten Bill Clinton war, schienen die Beziehungen zwischen den USA und Europa noch in Ordnung. Deshalb war Außenminister Jean Asselborn (LSAP) am Wochenende zur Münchner Sicherheitskonferenz geeilt, um sich von US-Vizepräsident Mike Pence versichern zu lassen, dass die USA auch unter einem den *Ennemi* bewundernden Donald Trump der „größte Verbündete“ Europas bleibe – wenn es seine Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöht. Verteidigungsminister Etienne Schneider (LSAP) hatte schon vor Wochen geklagt, dass das nicht zu bezahlen sei. rh.

MAEE



blog

Personalien

Personalien

Politik

Soziales

Politik

Etienne Schneider,

Wirtschaftsminister, soll sich am nächsten Mittwoch schon um 8.15 Uhr dem parlamentarischen Wirtschaftsausschuss stellen, um seine Vorstellungen von einer Senkung der gesetzlichen Wochenarbeitszeit zu erklären. Gleich drei CSV-Abgeordnete hatten dieses Treffen beantragt, nachdem der Minister auf dem Neujahrsempfang der LSAP gemeint hatte, es sei Zeit, die 40-Stundenwoche zu „überdenken“. Offen hatte er aber dabei gelassen, ob er eher die 35-Stundenwoche oder mehr Flexibilisierung wollte. Die Unternehmervereinigungen hatten sich jedenfalls entsetzt, die Gewerkschaften verstört gezeigt. rh.

Lilianne Ploumen,

niederländische Außenhandels- und Entwicklungshilfeministerin, gründete die Vereinigung She Decides, um Mittel für die internationalen Organisationen zu sammeln, deren Programme für Familienplanung in den Entwicklungsländern nicht mehr von den USA unterstützt werden. Ihr Ministerium habe zehn Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt, wie sie diese Woche der *New York Times* erklärte, die belgische Regierung habe als erste auf ihren Aufruf reagiert, „Schweden, die Dänen, die Finnen, Luxemburg, Kanada, alle unterstützten uns“. Im März sollen sich Regierungsvertreter aus 19 Staaten in Brüssel treffen, um über die von Präsident Donald Trump verfügte Kündigung der US-Mittel zu beraten. rh.

Michel Lanners,

Erster Berater im Schulministerium und zuständig für Personal, Infrastrukturen und Finanzen, soll neuer Schuldirektor in der Hotelschule Alexis Heck LTHAH in Diekirch werden. Das *Land* hatte diese Information bereits am Dienstag, da war die Frist für die Stellenausschreibung noch nicht abgelaufen. Das *Wort* schreibt unter der Überschrift „Auf der Abschlussliste“, Lanners sei der Posten vom Schulminister „nahegelegt“ worden. Sollte das stimmen (eine *Land*-Anfrage beantwortete Lanners nicht), hätte Claude Meisch der CSV ein Kuckucksei ins Nest gelegt: Denn die beigeordnete Direktorin des LTHAH (und ebenfalls Bewerberin auf den Direktionsposten), Mia Auoadi, ist wie Lanners in der CSV aktiv, allerdings im Norden (Lanners kandidierte 2012 bei den Gemeindewahlen im Bezirk Zentrum und sitzt für die CSV in der städtischen Transportkommission). Der Wechsel löste auf *Twitter* eine Debatte zwischen *Wort*-Chefredakteur Jean-Lou Siweck und dem grünen Transportminister François Bausch aus: Auf Siwecks Vorwurf, viele hohe Beamte hätten unter der Dreierkoalition „Federn gelassen“, twitterte Bausch, er sei „nicht für parteipolitische Eunuchen“, setzte sich aber für einen parteipolitisch neutralen Beraterstab ein. Mit dem Vorschlag konnten sich die Grünen in der Koalition nicht durchsetzen. ik

Gesund und stabil



Die Regierung hatte sich seit 2013 zuerst als moderne Sparkoalition versucht und sich damit gründlich unbeliebt gemacht. Nun will die CSV als konservative Sparpolitiker in den Wahlkampf ziehen. Aber die Europäische Kommission lässt ihr dafür nicht allzu viel Spielraum. Denn in ihrem am Mittwoch veröffentlichten Gutachten zum Haushaltssemester bescheinigt sie Luxemburg, zu den drei Euro-Staaten zu gehören, welche die Vorschriften des Stabilitätspakts nicht bloß erfüllen, sondern sogar übererfüllen. Die Wirtschaft habe sich seit der Finanzkrise kräftig erhöht, der Finanzplatz sei „gesund“, die Zahl der Arbeitsplätze nehme anhaltend zu, die Staatsfinanzen seien „stabil“ und wiesen einen Überschuss auf, die Inflation sei besiegt und die Lohnentwicklung sei gemäßigt. Trotzdem bleibt die Kommission unzufrieden damit, dass es zu viele Invalidenrenter gibt, das Renteneintrittsalter nicht erhöht wurde und nicht genug Investitionshindernisse aus dem Weg geräumt worden seien. Aber damit verfolgt die Kommission wohl andere Ziele. rh.

Kein Klassenkampf in Bettemburg

Der vom OGBL im Bettemburger Pflegeheim *An de Wisen* ab Dienstag angekündigte Streik wurde nach einem Treffen der Gewerkschaft und Heimbetreiber Sodexo mit Sozialminister Romain Schneider (LSAP) vergangenen Freitag wieder abgeblasen. Die Sodexo Résidences services ASBL hatte 66 Beschäftigte, die noch in dem für sie vorteilhafteren Krankenhaus-Kollektivvertrag beschäftigt sind und einen Wechsel in den Kollektivvertrag für die Pflegebranche abgelehnt haben, durch einen Sozialplan unter Druck setzen wollen. Nach Angaben der ASBL laste auf einem Umsatz von jährlich rund 18 Millionen Euro ein Personalkostenanteil von 80 Prozent, sei seit 2012 ein Defizit von 2,5 Millionen aufgelaufen und werde für dieses Jahr wie schon 2016 ein Minus von um die 900 000 Euro erwartet. In zwei Jahren könnten die Reserven von fünf Millionen aufgezehrt sein, nur ein Wechsel sämtlichen Personals in den ohnehin allgemein verbindlichen Pflege-Kollektivvertrag könne den Betrieb retten, so die ASBL noch letzte Woche. Der OGBL dagegen hatte Einsparungen an anderer Stelle prüfen wollen und die Ausgabenstruktur „nicht transparent genug“ genannt (*d’Land*, 17.02.2017).

Vergangenen Freitag wurde vereinbart, „schnellstmöglich die zwischen Staat und Sodexo bestehenden Konventionen“ auf „neue Elemente hin zu analysieren“, um die Finanzlage des Heimes „dauerhaft abzusichern“, ließ der Pressedienst der Regierung wissen. Welche Konventionen – im Plural – gemeint sind, ist nicht ganz klar. Die erste hatte der internationale Sodexo-Konzern 1992 mit dem Gesundheitsministerium über Bau und Unterhalt des Pflegeheims abgeschlossen und schuf dazu die ASBL als Betreiberin. Damals unterstanden alle Pflegeheime dem Gesundheitsministerium; die Konvention enthielt eine Miet-Kauf-Abmachung, nach welcher der Staat Eigentümer des Pflegeheims würde, die Sodexo Résidences ASBL es mietete und die Staatskasse eventuell auftretende Defizite ausglich. Als 1998 die Pflegeversicherung verabschiedet wurde und ASBL-Konstruktionen mit dem Gesundheitsministerium in der „Dysfunktionnemente-Affär“ in Verfall gerieten, wurde diese Konvention aufgelöst und eine neue mit dem Familienministerium trat in Kraft. Sie wiederum lief 2015 aus. Es gebe jedoch noch eine dritte, erklärte Abilio Fernandes, Regierungsrat im Sozialministerium, die „anschließend“ abgeschlossen worden sei, auf Nachfrage des *Land*. „Auf die beziehen wir uns jetzt.“

Womöglich könnte eine revidierte Konvention den Heimbetreiber gegenüber dem Staat besser stellen. Klassenkämpfe durch einen Griff in die Staatskasse abzuwenden, hat in Luxemburg Tradition. Ohne Risiko ist das aber nicht. Eigentlich müsste die Regierung überprüfen, ob die Zweifel des OGBL an der Ausgabenstruktur der Sodexo-ASBL berechtigt sind. Der LSAP-Sozialminister ist jedoch schon ein politisches Versprechen eingegangen. Es wird noch dadurch stärker, dass 33 Mitarbeiter des Pflegeheims, die einem Wechsel in den Pflege-Kollektivvertrag bereits zugestimmt hatten, mit sofortiger Wirkung auf das Krankenhaus-Statut zurückgestuft wurden. Und zeigt die Regierung sich gegenüber Sodexo großzügig, könnte das auch die 15 anderen Pflegeheime interessieren, die noch Personal mit dem „besseren“ Statut beschäftigen. pf

Politischer Notstand

Als „außergewöhnliche Maßnahmen für außergewöhnliche Situationen“ umschrieb LSAP-Fraktionschef Alex Bodry seinen Vorschlag, den Notstandsartikel in der Verfassung zu nutzen, um dringend benötigte Flüchtlingsunterkünfte bauen zu können. Er sieht vor, dass die Regierung im Falle internationaler Krisen, sich über Gesetze hinwegsetzen kann. Luxemburg brauche künftig weitere Hunderte Schlafplätze, um Kriegsflüchtlinge aufnehmen zu können, so Bodry, die normalen Prozeduren aber dauerten zu lange, respektive führten dazu, dass Bauvorhaben wegen Auflagen und Einsprüchen gestoppt werden müssen. Sein Vorstoß sorgte für massive Kritik bei der Opposition: „Ich weiß nicht, ob wir beim Niveau der Flüchtlinge noch im Szenario einer internationalen Krise sind“, so Gilles Roth, rechtspolitischer Sprecher der CSV. Auch Marc Baum von déi Lénk warnte dringend davor, das Parlament zu umgehen. ik



Der Beschluss des Escher Schöffengerats, Portugiesisch aus dem Regelunterricht zu verbannen, führt bei den Betroffenen zu Wut

„Nicht ohne uns!“



Wie viel Muttersprache in Kindergarten und Schule?

Ines Kurschat

„Wir wurden nicht gefragt, obwohl es unsere Kinder betrifft. Das werden wir nicht hinnehmen.“ Die Ansage von Pedro Ribeiro ist klar und kämpferisch zugleich. Er ist einer von mittlerweile 1 500 Unterzeichnern einer Petition, die sich dafür einsetzt, die Portugiesisch-Klassen im Stundenplan der Escher Grundschulen beizubehalten.

Im November 2016 stimmte der sozialistische Schöffengerat in Esch-Alzette auf Anraten der Schulkommission dafür, die *Cours intégrés* abzuschaffen, in denen lusophone Einwandererkinder auf Portugiesisch an Naturwissenschaften herangeführt werden, und sie künftig nur noch außerhalb der Schulzeit anzubieten. Groß war daraufhin die Aufregung unter Eltern und Schülern, und nicht nur da: „Es ist wissenschaftlich unbestritten, dass gute Kenntnisse in der Muttersprache für das Erlernen weiterer Sprachen Voraussetzung sind“, unterstreicht Paula Martins, Präsidentin der Confederação da Comunidade Portuguesa do Luxemburgo (CCPL). „Die Kurse sind auch wichtig zur Integration.“ Portugiesische Abgeordnete schimpften über die „Respektlosigkeit gegenüber der portugiesischen Gemeinschaft“ und sahen das Abkommen zwischen Portugal und Luxemburg von 2008 verletzt, Außenminister Augusto Santo Silva sprach von einem „politischen Problem“. Luxemburg drohte eine diplomatische Krise.

Ende Januar wurde der portugiesische Botschafter in Luxemburg, Carlos Pereira Marques, von der Wochenzeitung *Contacto* mit der Aussage zitiert, er sei sich sicher, Esch werde die Entscheidung überdenken und die Kurse würden fortbestehen. Woher sein Optimismus herrührt, ist unklar. Der vom *Land* im Ausland kontaktierte Escher Schulschöffe will davon jedenfalls nichts wissen. Er bekräftigte die Position seiner Gemeinde. „Die Kurse bringen nichts“, sagte Jean Tonnar. „Wir haben schon vor zwei Jahren mitgeteilt, dass wir die Organisation der Kurse ändern wollen, aber von der portugiesischen Seite kam keine Antwort. Unsere Haltung hat sich nicht geändert.“

Mehr als 550 Kinder betroffen

Rund 2 800 Kinder aus Portugal, den Kap-Verden, Brasilien besuchen landesweit Portugiesischklassen, 1 600 während der Schulzeit, 1 200 außerhalb des Stundenplans. In Esch selbst sind es etwa 550 Kinder. „Viele von uns haben es aus der Zeitung erfahren, manche über den Lehrer oder das Schulkomitee, aber da stand die Entscheidung fest“, ärgert sich Pedro Ribeiro. Man wolle „keine Probleme machen, sondern bestehende Probleme lösen“. Die integralen Kurse abzuschaffen, sei keine Option. Die Frustration und Wut, die bei den Eltern mitschwingt, hat eine Vorgeschichte: Im November war Kindern der Grundschule Grand Rue in Esch der Besuch ihres

Portugiesischkurses untersagt worden – als Strafe für angeblich nicht erledigte Hausaufgaben. Auch Ribeiros Kind befand sich unter den Abgestraften. Eltern waren skandalisiert, erst recht, als die Nachricht die Runde machte, die Kurse würden aus dem Stundenplan verbannt. Vielen hängt noch die Polemik um ein – unzulässiges – Portugiesisch-Verbot in einigen Kindergärten von vor zwei Jahren nach. „Portugiesische Einwanderer sind ein Teil Luxemburgs, und für viele ist die erste Sprache, die sie lernen, Portugiesisch.“ Ribeiro schloss sich mit anderen Eltern zusammen, startete eine Petition für den Erhalt der *Cours intégrés* und gründete einen Elternverein. „Wir sind offen für alle, die sich Gehör verschaffen wollen, nicht nur für Portugiesen“, unterstreicht Ribeiro.

Der Streit um die Sprachkurse geht noch viel weiter zurück und ist nicht auf Esch begrenzt. Schon unter den Ministerinnen Anne Brasseur (DP) und Mady Delvaux (LSAP), die die „Valorisation de la langue maternelle“ erstmals in einem Sprachen-Aktionsplan verankerte, standen sie auf dem Prüfstand, nachdem Klagen von Lehrern und Gemeinden nicht abrisen, die Organisation der Klassen sei zu aufwändig, das Interesse begrenzt und die Abstimmung zwischen portugiesischen und Luxemburger Lehrer funktioniere nicht gut. Auch die Unterrichtsqualität und die Inhalte wurden kritisiert. Unwillige Lehrer sprachen den Kursen von vornherein alle Nützlichkeit ab. Die Kinder täten besser, Deutsch zu lernen. Eine Einschätzung, die Schulschöffe Jean Tonnar teilt.

Lerneffekt unklar

Die aber unbewiesen bleibt. Denn eine wissenschaftliche Analyse zur Wirkungsweise der *Cours intégrés* gab es in den 30 Jahren, die es die Kurse gibt, erstaunlicherweise nie. Was einiges über die politischen Prioritäten aussagt. 2005 bemühte sich Christiane Tonnar, damalige Leiterin des Service de la scolarisation des enfants étrangers im Schulministerium, um eine Auswertung. Fazit: Das Angebot schwankte schon damals nach Gemeindegröße und Bevölkerung stark. Längst nicht alle lusophonen Kinder machten vom Angebot Gebrauch; nur rund zehn Prozent besuchten die Kurse über ihre gesamte Grundschulzeit. Eine valide Aussage darüber, wie sich die Förderung der Muttersprache auf die schulischen Leistungen auswirkt, erlaubt die Studie aber nicht. Zwar heißt es: „Il ne s'agit en tout cas pas d'un facteur significatif pouvant influencer dans un sens ou l'autre les chances de réussite dans le système scolaire luxembourgeois“, doch die Untersuchung hält wissenschaftlichen Kriterien nicht stand.

Dass die Kurse gleichwohl nicht optimal laufen, bestreitet kaum jemand. Zum einen sind sie nicht als Sprachunterricht konzipiert – das war politisch nicht gewünscht –, sondern sollen lusophone Kinder an

Naturwissenschaften heranführen und quasi nebenbei Kompetenzen in der Muttersprache stärken. Das wurde aber nicht von jedem Lehrer so umgesetzt. Beschwerden von Kollegen oder Eltern zu den Inhalten fruchteten jedoch wenig. Die Frage, wer die Aufsicht über die Kurse hat, ist umstritten. Im Ministerium galt das Thema als heikel, wegen möglicher diplomatischer Folgen: Die Kurse werden vom Sprachinstitut Instituto Camões in Lissabon bezahlt, das eine Niederlassung in Luxemburg hat. Die Lehrer stammen aus Portugal und erhalten Programme und Bezüge von dort. Eigentlich sollte das 2008 abgeschlossene bilaterale Abkommen die Zusammenarbeit zwischen Schulministerium und Institut auf neue Füße stellen.

Du bist schuld! Nein, Du!

Dazu kam es aber nicht. Warum der Vorstoß scheiterte, ist schwierig zu ermitteln: Beide Seiten weisen sich gegenseitig die Schuld zu. Carlos Pato, Generalsekretär des Syndikats der Portugiesischlehrer in Luxemburg, berichtet über unmögliche Uhrzeiten für Besprechungen (die Lehrer müssen oft zwischen den Schulen hin- und herfahren). Auf Versammlungen der Schulkomitees sollen sich Luxemburger Kollegen geweigert haben, für die Lehrer, die oft kein Luxemburgisch sprechen, ins Französische zu wechseln. Andersherum beklagen sich diese, ihre portugiesischen Kollegen würden nicht erscheinen und Absprachen nicht einhalten. Das Hin und Her um Organisation und Personalfragen soll auch der Grund gewesen sein, warum in Differdingen schon vor ein paar Jahren die *Cours intégrés* abgeschafft wurden. Dort besteht mit der École internationale aber ein neues portugiesischsprachiges Unterrichtsangebot, das bald auf Esch ausgedehnt werden soll.

Die Escher Eltern wollen sich nun mit einem Brief an den Schulminister wenden. Claude Meisch (DP) hatte in einem *Contacto*-Interview signalisiert, er könne nichts machen. Fragen der Schulorganisation fallen unter die Gemeindeautonomie. Tatsächlich aber kommt dem Minister die Zuspitzung in Esch wohl nicht ungelegen: Ebenfalls gegenüber *Contacto* betonte Meisch, er versuche seit drei Jahren, mit den portugiesischen Autoritäten ins Gespräch zu kommen, um über das pädagogische Konzept der Sprachkurse zu reden. Bisher ohne Antwort. Das *Land* wollte den portugiesischen Botschafter zu den Vorwürfen hören, erhielt trotz mehrfacher Anfragen bis Redaktionsschluss jedoch keinerlei Antwort.

„Selbstverständlich ist es wichtig und richtig, dass Einwandererkinder etwas bekommen, das sie in der Muttersprache unterstützt“, sagt Regierungsberater Pierre Reding im Gespräch. Man wolle den Akzent „stärker auf den ersten Zyklus legen“. Für das Ministerium geht es darum, das Portugiesischangebot mit dem eigenen Vorstoß für einen neuen Spra-

Der Streit um die Portugiesischkurse könnte politische Folgen haben: bei den Gemeindewahlen im Oktober diesen Jahres

chenunterricht abzustimmen. Im Sitzungsbericht des Escher Schöffengerats vom 8. November 2016 ist die Rede eines Projekts im ersten Zyklus mit „portugiesischen Sprachassistenten“, die allerdings Luxemburgisch sprechen können sollen. Mehr steht dort nicht, und auch Reding nennt keine Details. Man feile noch am Konzept und werde dies mit den portugiesischen Verhandlungspartnern erörtern, so Reding bedächtig. Der Vorschlag ist einer von elf Punkten, die in dem Verhandlungspapier stehen, das die luxemburgische Delegation am 3. März in Lissabon diskutieren will. Weitere Punkte sind Fächerinhalte, ergänzende Sprachnoten, Lehrerpflichten, Kooperation und Schulqualität. Auch die Arbeit der Portugiesischlehrer soll überprüft werden.

Akzent auf Frühförderung

Reding gibt sich optimistisch, dass eine zufriedenstellende Lösung für beide Seiten gefunden werden könne; man sei sich „bereits bei neun Punkten einig“. Doch in Esch bleibt die Stimmung angespannt. Sowohl die Eltern als auch die Gewerkschaft der Portugiesischlehrer beharren darauf, die Klassen in der Regelschulzeit zu organisieren. Die Gewerkschaft ist in Portugal nicht ohne Einfluss, wie die Wortmeldungen der vergangenen Monate zeigen. Während es für die Lehrer insbesondere um die Zukunft ihres Arbeitsplatzes geht, stehen für die Eltern pädagogische und emotionale Aspekte im Vordergrund. „Für uns ist wichtig, dass die Muttersprache in der Regelschule ihren Platz hat. Denn sie ist fundamental für die Entwicklung und die Identität unserer Kinder“, betont Pedro Ribeiro.

Dass das mehrsprachige Luxemburger Schulsystem systematisch Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen und mit Migrationshintergrund diskriminiert, ist seit Jahren bekannt. Doch die Politik hat noch immer kein Mittel, diese Ungleichheit abzustellen oder zumindest den Bildungsgraben zu verklei-

nern. Vielversprechende Ansätze, wie eine Studie der Erziehungswissenschaften der Uni Luxemburg darüber, wie gezielte Sprachinterventionen Vorschulkindern portugiesischer Herkunft beim Sprachenlernen helfen können, erhalten wenig Aufmerksamkeit.

Derweil besteht die lusophone Zuwanderung längst nicht mehr nur aus Arbeitern und Niedrigqualifizierten. Verstärkt kommen gut ausgebildete junge Menschen und ihre Familien nach Luxemburg. Sie stellen, anders als die Generationen vor ihr, selbstbewusst Forderungen an die schulische Ausbildung ihrer Kinder und an den Staat. Parallel zur Petition kursieren Aufrufe, sich ins Wahlregister für die Gemeindewahlen im Oktober einzutragen: Portugiesen machen ein Drittel der fast 34 000 Einwohner in Esch-Alzette aus, der Konflikt könnte Folgen für die Wahlen haben. Vor dem Hintergrund eines Sprachenstreits, der zunehmend verhärtet und mit nationalistischen Untertönen geführt wird, können unbedachte Aussagen indes wie Öl auf Feuer wirken. Sergio Ferreira von der Ausländerorganisation Asti mahnt, die Debatte „sachlich zu führen“. Doch um sich zu verständigen, muss man sich zunächst als Gesprächspartner ernstnehmen. Und daran hapert es weiterhin, wie nicht nur das Beispiel Esch zeigt: Obwohl Luxemburgs Wirtschaft wie bei keinem anderen EU-Land von der Zuwanderung abhängt, obwohl die lusophone die größte Zuwanderergemeinschaft im Land ist und Parteien aller Couleur in Sonntagsreden Partizipation und Inklusion beschwören, tun sich Politiker, Schulbehörden und Lehrer mit einem Dialog auf Augenhöhe schwer.

Kühl auf Beteiligungsmöglichkeiten in Komitees und Kommissionen zu verweisen, wie es Schulschöffe Jean Tonnar macht, blendet die Realität insofern aus, als viele Eltern von Einwandererkindern Probleme haben, sich einzubringen, weil sie entweder die Zeit nicht haben, sie die Sprache nicht sprechen oder sich nicht trauen. Auf nationaler Ebene ist es nicht besser: Anders als seine Vorgänger, die viel Zeit investierten, um mit den verschiedenen Gruppen ins Gespräch zu kommen, gibt es unter Meisch wenige solcher partizipativer Initiativen. Die Arbeitsgruppe, die sich Gedanken über ein neues Konzept für den Sprachenunterricht macht, besteht aus Lehrern und Beamten, statt auch Vertreter von Sprachgruppen von Anfang an einzubeziehen. Und nicht erst wenn Entscheidungen gefallen, Konzepte geschrieben sind und somit (wieder) nur die Rolle des Nörglers bleibt.

„Es geht nicht nur um die portugiesischsprachigen Kinder. Luxemburgischsprachige Schüler hadern oftmals mit den Französischanforderungen. Der Sprachenunterricht gehört insgesamt auf den Prüfstand, wenn wir allen eine faire Chance bieten wollen“, sagt CCPL-Präsidentin Paula Martins. Wenigstens in diesem einen Punkt dürften sich alle Seiten einig sein.

Moving pictures experts group

josée hansen

Dans un coin du bureau du département film, au deuxième étage du Centre national de l'audiovisuel : un sac de frappe, *punching ball*. Il est signé et daté : il fit partie du décor d'un film dans lequel joua Thierry van Werveke, l'acteur de cinéma le plus populaire du Luxembourg, mort en 2009. Le CNA va lui consacrer une grande exposition, initiée par Paul Lesch, directeur du centre depuis un an. Lesch s'enthousiasme pour la moindre trouvaille, le moindre objet en rapport avec « Thierry » : « Voici une de ses valises et deux cartons pleins d'objets personnels que nous a confiés sa veuve... » Pour lui, collectionneur méticuleux et expert en cinéma luxembourgeois, sur lequel il a consacré plusieurs livres et de nombreux articles et conférences, les « non-film documents » sont un élément essentiel pour la recherche. D'ailleurs, à son arrivée, il a versé toute sa collection privée d'articles, d'objets, de photos et de documents image ou sonores, dans les archives du CNA – comme s'il était venu avec une dot – et il invite tous les collectionneurs passionnés à en faire de même. « Les chercheurs ont parfois tendance à regarder les collectionneurs amateurs avec un certain dédain, dit-il, mais sans ces collectionneurs, les chercheurs seraient bien souvent désemparés et n'auraient rien sur quoi rechercher... »

Ce constat est particulièrement vrai dans le domaine du patrimoine audiovisuel. Le CNA n'a été fondé qu'en 1989, et devait alors monter une collection d'images, cinéma ou photo, et de sons à partir de rien du tout. Dans un pays où la production télévisuelle était une affaire privée d'une seule grande société, la CLT-Ufa à l'époque, et celle de films de quelques pionniers enthousiastes (comme Afo Film – le Fonds national de soutien à la production audiovisuelle ou Film Fund, qui finance les films avec des aides d'État, ne sera créé qu'un an plus tard, en 1990), ces images furent forcément aussi considérées comme une propriété privée. Il fallait donc chercher, motiver les gens à déposer leurs stocks d'image (un appel pour le dépôt de films privés fut lancé en 1995), négocier avec RTL pour qu'elle transfère ses pellicules des débuts à Dudelange, où ces images seraient archivées dans des conditions idéales. Ce qui est surtout le cas depuis le déménagement dans le nouveau bâtiment, il y a dix ans. Or, sans obligation légale, aucune emprise sur ces images et sons de la part de l'État. Des quantités énormes de documents historiques ont probablement disparu en un siècle.

2001 : la Convention européenne relative à la protection du patrimoine audiovisuel du Conseil de l'Europe est ouverte à la signature. Le Luxembourg ne fait... rien. 2004 : la loi sur les instituts culturels précise que le dépôt légal de documents audiovisuels est assuré par le CNA, comme l'est celui pour les produits imprimés par la Bibliothèque nationale. 2006 : la députée socialiste Claudia Dall'Agnol s'inquiète auprès du ministre en charge des Communications sur les raisons pour lesquelles le Luxembourg n'a

ratifié que deux des quatorze conventions et accords du Conseil de l'Europe récemment conclus en matière d'audiovisuel. Jean-Louis Schiltz (CSV), alors en charge, promet que, pour ce qui est de la protection du patrimoine audiovisuel, « les procédures seront entamées sous peu ». 2009 : un règlement grand-ducal vient enfin préciser les obligations de dépôt annoncées dans la loi de 2004. Il fallait encore une fois attendre trois ans, 2012, avant que le Luxembourg ne signe la convention, et encore cinq ans supplémentaires jusqu'à ce que Xavier Bettel (DP), Premier ministre et ministre des Médias, dépose, le 3 février dernier, le projet de loi n° 7116 « portant approbation » de ladite convention. Le texte a été approuvé par le conseil des ministres le 28 octobre 2016, accompagné d'une nouvelle mouture du règlement grand-ducal sur le dépôt légal ; les deux documents seront traités en parallèle.



Michel Raus, RTL Lëtzebuerg, non datée

Le gouvernement de centre-gauche s'est donné comme une priorité culturelle une valorisation de la culture archivistique, ambition qu'il met en musique avec la première loi sur l'archivage, actuellement en débat au parlement, ou par l'annonce de la reprise du projet de construction d'un nouveau bâtiment pour les Archives nationales à Belval. Il veut également valoriser les archives existantes, que ce soit à la BNL, à l'ANL ou au CNL à Mersch, par un vaste programme de numérisation, impliquant non seulement la digitalisation des informations, mais aussi leur mise à disposition à un large public via internet.

Quelques chiffres pour savoir de quoi on parle : les archives du CNA comportent actuellement 500 000 photos – dont seulement un tiers a pu être numérisé, faute de personnel et de temps. Il conserve également plus de 100 000 documents films et vidéo, du film amateur en passant par les *rushes* de films documentaires ou les émissions de télévision au film fini produit au Luxembourg. Ici, idem, seulement une partie a été saisie, cataloguée et indexée dans la future base



« Création d'une nouvelle société RTL Plus et Co KG, avec un capital de 500 mio de flux, avec M. Staake pour le groupe Bertelsmann, M. G. Graas dir. général de la C.L.T. et M. J. Felten dir.général de RTL Plus ; le but de cette société : exploiter les programmes télévisés allemands terrestres et par satellites », dit la légende exacte collée au dos de cette photo d'archive non datée et sans auteur

de données qui sera disponible en-ligne. En ce qui concerne la télévision par exemple, le CNA a les pellicules des sujets du journal de RTL de 1955 jusqu'aux années 1980 – mais seuls les dix premières années ont été restaurées, numérisées et cataloguées. Depuis le passage au numérique, les archives de RTL sont plus complètes, bien indexées et seraient disponibles pour un transfert au CNA – qui manque pourtant de place de stockage sur son robot. Ce sont là les aléas d'un petit pays qui manque de tradition archivistique et dont la masse critique est extrêmement faible.

Ainsi, le département film du CNA comporte neuf personnes, dont seulement deux responsables de l'archivage. Une seule personne gère le dépôt légal et doit courir derrière tous les producteurs de contenus pour qu'ils respectent leur obligation. Mais toutes ces petites chaînes nées suite à la libéralisation du paysage des médias électroniques – *Tango.TV, dok, Kueb* etc – avaient d'autres chats à fouetter au quotidien que d'archiver leur contenu. Trois personnes travaillent au département audio et une seule archiviste au département photo. En comparaison : l'Ina (Institut national de l'audiovisuel) en France gère une archive de quinze millions (!) d'heures audios et visuelles, capte lui-même 120 chaînes de télévision et soixante radios 24 heures sur 24 et met à disposition 45 200 heures de programmes au grand public via son site. Mille personnes y travaillent actuellement, renforcées par 250 étudiants (source : *Le Monde magazine* du 27 octobre 2016). Mais l'Ina archive aussi les sites Web, 11 000 sites différents depuis 2009, qui y sont également soumis au dépôt légal. Au même moment, la Bibliothèque nationale de France gardait 668 Terraoctets d'archives du web français, soit 26 milliards (!) de fichier. Parce que, comme la télévision ou la radio, internet est un média de flux, où les choses disparaissent, sont réagencées, et où les normes techniques changent. « Les sites web, c'est une quantité énorme de données », concède Viviane Thill, responsable du département film du CNA, qui mène actuellement une réflexion sur l'approche à adopter dans ce domaine.

Pour la *radio 100,7*, radio socioculturelle qui émet depuis 1993 et assure le service public radiophonique au Luxembourg, son nouveau site web introduit en novembre 2015 a considérablement changé son approche des archives : désormais, tous les contenus sont disponibles à la demande 24 heures sur 24 à travers l'interface de la médiathèque. Or, les dix premières années d'émissions furent certes enregistrées, mais sur support matériel (minidisc ou CD), stockées dans les caves du bâtiment et, il faut s'en souvenir, souvent rediffusées durant les vacances scolaires, notamment en été, pour maîtriser les coûts de production. Claude Mangen, responsable de la programmation depuis les débuts de la radio, avait toujours une grande conscience de la valeur patrimoniale des contenus radio. C'est pourquoi un certain nombre

Le manque de moyens humains et financiers est parmi les aléas d'un petit pays sans tradition archivistique et dont la masse critique est extrêmement faible

d'émissions des débuts avaient une ambition affichée de recueillir les témoignages de personnages importants de la scène politique et culturelle de l'époque. Mais jusqu'à la numérisation des archives, il était le seul à connaître exactement le contenu des boîtes dans la cave.

La question de la valorisation de ces archives, une fois qu'elles existent physiquement ou numériquement, est la deuxième grande question qui se pose : la *radio 100,7* est toujours intéressée non seulement à diffuser des concerts classiques de l'Orchestre philharmonique en direct via le réseau européen UER. Mais elle le serait aussi à rediffuser des enregistrements historiques du prédécesseur de l'OPL, l'Orchestre symphonique de RTL. Quelles en sont exactement les conditions, aussi financières ? En principe, RTL garde, comme les déposants volontaires d'images et de sons au CNA, un droit de regard sur l'utilisation de ses archives et émet, si le chercheur ou le réalisateur d'un documen-

taire ou d'une émission ne lui plaît pas, un veto, lui barrant l'accès à ce fonds d'archives important. Est-ce compatible avec sa mission de service public – et avec celle du CNA ?

Le réalisateur allemand Andres Veiel, qui vient de présenter son documentaire sur l'artiste Josef Beuys à la Berlinale, s'est plaint dans une interview à la *Süddeutsche Zeitung* que le film a failli ne pas se faire parce que les télévisions publiques et le Bundesarchiv, dépositaires des images, demandèrent jusqu'à 9 000 euros de droits d'auteur par minute de film. À Dudelange, les tarifs sont beaucoup plus raisonnables : 900 euros les trente secondes pour une utilisation commerciale pour tous les pays, 300 euros les trente secondes pour une production luxembourgeoise et seulement quarante euros les trente secondes pour les associations et clubs. Un tiers de cette somme sera grosso modo reversée aux ayants-droits. L'année dernière, il y a eu entre 160 et 180 demandes d'archives filmiques, cela peut aller de la chaîne de télévision internationale qui veut des images d'une ancienne *Eurovision*, au projet de recherche d'un étudiant en histoire pour un web-documentaire – comme viennent de le réaliser les étudiants d'Andreas Fickers du Luxembourg centre pour contemporary and digital history de l'Uni.lu sur RTL. « Jusqu'à présent, regrette Viviane Thill, les historiens ne s'intéressaient pas vraiment aux archives visuelles pour leurs recherches... » Avec un peu de bonne volonté politique et la mise à disposition de moyens budgétaires et humains – auquel le législateur s'engage en transposant la convention, qui dit dans son article 7 que les pays signataires « veille[nt] ce que les organismes d'archives disposent de moyens appropriés pour assurer leurs missions » –, cela pourrait changer à l'avenir.



Jean-Luc Bertrand et Marylène Bergmann, RTL Télévision, non datée

En ratifiant la Convention européenne relative à la protection du patrimoine audiovisuel, le Luxembourg va enfin rendre obligatoire l'archivage d'un pan important du patrimoine culturel

Europa rüstet auf

Treueschwüre

Martin Theobald, Berlin

„So viel deutsche Aufrüstung hätte vor wenigen Jahren noch weltweit Ängste und Proteste hervorgerufen“, kommentierte die *Neue Zürcher Zeitung* die Ergebnisse der Münchner Sicherheitskonferenz vom vergangenen Wochenende. Weiter: „Doch in der Ära Trump geschieht das Gegenteil. Der Westen ist dankbar dafür, dass Berlin Stärke und Entschlossenheit zeigt.“ Solange es keine außenpolitisch handlungsfähige Europäische Union gebe, bleibe Europa nichts Anderes übrig, als Bundeskanzlerin Angela Merkel zu vertrauen.

Auf dieses Vertrauen müssen die Europäer bauen. Zusammenhalt tut Not in der EU, denn auf der geopolitischen Bühne nehmen zwei Antagonisten die Union derzeit in die Zange: Moskau und Washington. Gemeinsam haben sie eine Devise als Grundlage ihrer derzeitigen Außenpolitik: „divide et impera“, zu Deutsch: „teile und herrsche“. Sowohl die USA als auch Russland sehen in einer kraftlosen, wenn nicht gar zerfallenden EU ihre Vorteile. So hält etwa Trump den Brexit für richtig und hofft, dass noch weitere Staaten der EU den Rücken kehren werden. Einzelne Länder lassen sich leichter beherrschen, denn ein Staatenbund.

Da trifft es sich gut, wenn sich die Europäer selbst schwächen. Der Populismus treibt mit seinen alternativen Fakten, seiner Sicht der Dinge und Demagogie die europäische Integration auseinander. Das Wahljahr 2017 wird für die verbliebenen Pro-Europäer weitere Herausforderungen bringen, denn die Populisten in den Niederlanden, Frankreich und auch in Deutschland werden sich weiter stramm von der EU abgrenzen, um Stimmen und Wahlen zu gewinnen. Da kommt die Ansage vom US-Präsidenten Donald Trump gerade recht, dass die europäischen Partner mehr für sich selbst sorgen müssen. Sein Vize Mike Pence fand dafür bei der Münchner Sicherheitskonferenz schönere Worte und fasste die Botschaft Trumps an die Europäer zusammen: Wir sind für Euch da,

Auch wenn Mike Pence in München die Bündnistreue der USA zur Nato beschwor, können sich die Europäer darauf nicht verlassen

wenn Ihr für uns da seid. Aber: „Der Präsident erwartet, dass die Verbündeten ihre Verpflichtungen erfüllen!“

Diese Konditionalisierung des transatlantischen Bündnisses ist einerseits neu, andererseits auch Auftrag für Europa: Sie zwingt die Union dazu, sich über ihre Ziele einig zu werden. Es geht dabei nicht allein um das Militärische, die Lastenteilung zwischen den Bündnispartnern und die Frage, wann welches Land mit seinem Verteidigungsetat die geforderte zwei Prozent-Grenze des Bruttoinlandsprodukts erreicht. Es geht vor allen Dingen um Werte, die Donald Trump dieser Tage infrage stellt. Auch wenn Pence und US-Verteidigungsminister James Mattis in München die Bündnistreue der USA zur Nato beschworen, können sich die Europäer darauf nicht verlassen. Der US-Präsident empfindet die transatlantische Partnerschaft – sowohl in der Nato als auch zur EU – allenfalls als Zweckbündnis für Krisenzeiten oder zum eigenen wirtschaftlichen Vorteil. Sie ist ihm keine Herzensangelegenheit, sondern Mittel

zum Zweck. Je nachdem, welchen Vorteil er in einzelnen Situationen daraus ziehen kann.

Damit dieser erfüllt werden kann, fordert Trump Reformen von der Nato, um im Kampf gegen den islamistischen Terror der IS ebenso bestehen zu können wie als Abschreckung gegenüber Russland zu funktionieren. Es sind Reformen, die eine raschere Reaktionsfähigkeit des nordatlantischen Bündnisses in Sicherheitsrisiken erreichen, die bessere Verteidigung in Fällen sogenannter hybrider Kriegsführung, aber auch eine wirksamere Bekämpfung von Angriffen aus dem Cyberraum oder von Attacken mittels gefälschter Nachrichten bringen sollen. Konkret ausgestalten mag die Regierung Trump diese Reformen nicht, doch sind deren Notwendigkeit von den Europäern unbestritten – sind sie doch ein Resultat aus den von Russlands Präsidenten Wladimir Putin an der Ostflanke der Nato geschaffenen Fakten.

Doch die Tagung in München zeigte auch, wie Angela Merkel – von ihren EU-Partnern in die Führungsrolle gedrängt – diese ausfüllen möchte. Es wird keinen deutschen Alleingang geben, sondern sie weitet die sicherheitspolitische Perspektive und ergänzt Nato und EU um die Vereinten Nationen und die G20-Staatengemeinschaft, deren Vorsitz Deutschland in diesem Jahr innehat. Sie, so wünscht es sich Merkel, sollten sich stärker um die Themen Flucht und Vertreibung, Bekämpfung von Fluchtursachen, globale Gesundheit, Bildung vor allem von Mädchen und Frauen kümmern. Damit fasst sie auch den Sicherheitsetat deutlich weiter, indem sie Aufbauhilfen vor Ort, Entwicklungshilfe und gemeinsame Projekte der internationalen Zusammenarbeit dazu zählt. Denn es geht um die Verteidigung von Werten, die sich nicht allein über die Staatsausgaben für Armee, Luft- und Seestreitkräfte erreichen lässt. Dazu entwickelt Merkel gleich ein ganzes Programm, das sie den Abgesandten Trumps mitgab: Die multilateralen Strukturen – also Nato,



US-Vizepräsident Mike Pence und EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini

Europäische Union, Vereinte Nationen und G 20 – müssten besser funktionieren, damit die Bürger, die in vielen Ländern zweifelten, ob der

„multilaterale Ansatz“ wirklich Probleme löse, nicht Wege zurück in Protektionismus und Abschottung suchten.

Nahostkonflikt

Palästinenser zürnen

Susanne Knaul, Jerusalem

Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu hatte den Auftrag der Siedlerpartei für sein erstes Treffen mit US-Präsident Donald Trump schon erfüllt, bevor er überhaupt an den Start ging. Das seit fast einem Vierteljahrhundert verfolgte Ziel der zwei Staaten für die beiden Völker ist nicht länger heilig. Frieden solle gemacht werden, so Trump. Wie, das will er den Konfliktparteien überlassen. Naftali Bennett, Chef der Siedlerpartei, twitterte euphorisch über den „großen Tag für Israelis und vernünftige Araber“. Es werde „keinen dritten palästinensischen Staat“ neben Jordanien und Gaza geben. Ginge es nach Bennett, würde Israel das Westjordanland gleich annektieren.

Das Treffen Trump-Netanjahu stand unter günstigen Vorzeichen. Die vergangenen acht Jahre waren geprägt von dem offenen Misstrauen zwischen Israels Regierungschef und Ex-US-Präsident Barack Obama. Jetzt „stimmt die Chemie“, wie Trump es nannte, zwischen ihm und Netanjahu. Ein wenig ernüchternd für jene in Israel, die auf eine rasche Umsetzung der Versprechen Trumps hoffen, war allerdings seine jüngste Stellungnahme zu dem anfänglich versprochenen Umzug der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem, über den er nun doch erst „sehr ernsthaft nachdenken“ will. Auch zum Thema Siedlungsbau fand Trump am Ende gar kritische Worte. Sie seien „nicht hilfreich für den Prozess“, meinte er. Als „totales Mysterium“ bezeichnete Sima Kadmon von der Tageszeitung *Jediot Achronot* den US-Präsidenten. Er sei eine „unberechenbare Person“, und niemand könne sicher sein, „welche Haltung er morgen vertritt“.

Das Infragestellen der Zweistaatenlösung kommt einer Kehrtwende der bisherigen US-Politik gleich, und steht im Gegensatz zur offiziellen israelischen Position. In Jerusalem gilt die Grundsatzrede von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu vor knapp acht Jahren, als er seine „Vision“ umriss, in der „zwei Völker frei, Seite an Seite, in Freundschaft und gegenseitigem Respekt“ leben. Jedes Volk habe „seine eigene Flagge, seine eigene Nationalhymne, seine eigene Regierung“. Keine Alternative für die zwei Staaten war auch klare Vorgabe für die rund 70 Teilnehmerstaaten des Pariser Nahost-Friedensgipfels Mitte Januar. „Reine Selbstzerstörung“ nannte der Israeli Rogel Alpher in der linksliberalen Zeitung *Haaretz* die Idee der Einstaatenlösung. „Israel wird als jüdischer und demokratischer Staat aufhören zu existieren“. Es wäre „das Ende der zionistischen Vision“.

Im Verlauf der nächtlichen Pressekonferenz nach seinem Treffen mit Trump wich Netanjahu der Frage der Reporter aus, wie er es nun halte mit der Zweistaatenlösung. Sicher sei, dass Palästinenserpräsident Mahmud Abbas „andere Vorstellungen“ von einem palästinensischen Staat habe, als er selbst. Damit hielt Netanjahu indirekt an dem Plan eines Staates Palästina fest, wenn auch mit Abstrichen.

Für die Palästinenser gibt es dazu keine Alternative. „Die einzige Lösung ist die Gründung eines Staates Palästina in den Grenzen von 1967“, erklärte Jibril Rajoub, politischer Berater von Abbas. Die von Netanjahu aufgeworfene Idee eines „Staates minus“ bezeichnete Rajoub als „Unsinn“. Saeb Erikat, Generalsekretär der Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO), erinnerte daran, dass die Zweistaatenlösung und die „Anerkennung Israels auf 78 Prozent des historischen Palästinas einen schmerzhaften Kompromiss“ für die Palästinenser darstelle. Jede Alternative dazu bedeute „Apartheid“. Auch Hanan Aschrawi vom PLO-Exekutivrat forderte Trump dazu auf zu erklären, welche anderen Optionen es gibt. „Eine Einstaatenlösung würde gleiche Rechte und Staatsbürgerschaft für alle“ voraussetzen, wenn man keine Apartheid wolle.

Für Netanjahu hatte der Konflikt mit den Palästinensern zweitrangige Bedeutung. Viel stärker drückt ihn die Iran-Frage. Für Israel geht es nicht nur um das Atomabkommen, sondern auch um die iranische Rolle in Syrien. Teheran finanziert die militärischen Handlanger der Hisbollah, die Seite an Seite mit Truppen des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad gegen die Rebellen kämpfen. Eine dauerhafte iranische Präsenz beim syrischen Nachbarn will Netanjahu auf keinen Fall dulden. Vorbeugend klopfte er trotzdem schon einmal an bei Trump, ob die USA nicht endlich die Golanhöhen als Teil Israels anerkennen wollten. Israel hatte die Golanhöhen im Verlauf des Sechstagekrieges vor 50 Jahren von Syrien erobert und 1981 annektiert.

Auch Netanjahus Zögern davor, sich den veränderten Ton im Weißen Haus zu Nutzen zu machen, um mit neuen Siedlungen die Vision von Großisrael voranzutreiben, schreibt Jakob Amidror, ehemals Nationaler Sicherheitsberater, dem Iran zu und den von Teheran finanzierten Terrorbewegungen. „Nicht nur die USA und

Zwei Staaten? Nicht unbedingt. US-Regierung unter Donald Trump rückt von bisheriger Friedenspolitik ab

Israel vertreten hier gemeinsame Interessen“, meinte Amidror, sondern zahlreiche sunnitische Staaten fühlten sich nicht minder vom Iran bedroht. Für Israel ergebe sich daraus eine „enorme Chance“. Die USA könnten Israel „die Tür aufhalten“. Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien signalisierten grundsätzlich Bereitschaft zur Kooperation, sie seien jedoch „Gefangene ihrer eigenen Propaganda“ für Palästina. Ein Zeichen des guten Willens von Israels Regierung gegenüber den Palästinensern könne deshalb hilfreich sein. Nachum Barnea vom auflagenstarken Blatt *Jediot Achronot* glaubt ebenfalls, dass Netanjahu mit Trump im Weißen Haus „eine goldene Gelegenheit“ habe, um die Iran-Frage anzugehen. Barnea warnt jedoch vor einem zu großen Erfolg. „Wenn er (Netanjahu) Trump dazu bringt, Iran zu bombardieren, wird die sofortige iranische Reaktion nicht Amerika treffen, sondern Israel.“ Ganze sieben Minuten, so warnte ein iranischer Militärsprecher vergangene Woche, brauchten iranische Raketen bis nach Israel.

.....

90 000

ticker

.....

.....

Anti-Hybrid-Direktive

Die EU-Finanzminister haben sich diese Woche in Brüssel auf eine Richtlinie geeinigt, die multinationalen Firmen die Steueroptimisierung erschweren soll. Die Richtlinie will der Nutzung sogenannter hybrider Steuerarrangements ein Ende setzen, bei den beispielsweise ein Unternehmen einer Gruppe in einem Land Zinsen für einen Kredit von den Steuern absetzt und das Unternehmen der gleichen Gruppe, das den Kredit in einem anderen Land vergibt, die dafür kassierten Zinsen als steuerfreie Einnahmen verbucht. Die Richtlinie soll nicht nur zwischen EU-Ländern, sondern auch gegenüber von Drittstaaten wie den USA gelten. In den vergangenen Jahren waren vorrangig amerikanische Unternehmen wegen ihrer Steuersparmethoden ins Visier der EU-Wettbewerbsbehörden geraten. ms

Binnennachfrage

In seinem *Konjunkturflash* von Februar berichtet das Statoc von einer steigenden Binnennachfrage im vierten Quartal 2016, die das Wirtschaftswachstum angetrieben habe. Dieser Trend werde sich dieses Jahr dank Indextranche und Steuerreform fortsetzen. Auch auf dem Arbeitsmarkt gibt es gute Neuigkeiten. Nach der Sitzung des Konjunkturkomitees teilte die Adem mit, innerhalb eines Jahres sei die Zahl der Arbeitslosen um drei Prozent gesunken. Die Arbeitslosenquote betrug Ende Januar 6,2 Prozent. Darüber hinaus verspricht das Statoc kurzfristig eine dynamische Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, obwohl es noch jeden Monat bei der Adem 1 800 neue Einschreibungen gibt. Denn die Arbeitgeber meldeten Ende 2016 monatlich 3 000 freie Stellen bei der Adem. Bei der Konjunkturlage ist es wenig verwunderlich, dass die Preise wieder schneller steigen. Das Statoc erwartet seinen neuesten Vorhersagen zufolge für das laufende Jahr eine Inflationsrate von 1,8 Prozent und für das kommenden Jahr 1,6 Prozent Inflation. ms

Worst case scenario

Das Statoc wagt im *Regards 05/2017* einen Ausblick auf die Folgen des Ausstiegs Großbritanniens aus der EU für Luxemburg. Anfang 2016 wohnten

6 000 Briten in Luxemburg und die heimische Finanz- und Unternehmensdienstleistungsbranche exportierte 2015 Dienstleistungen im Wert von 14 Milliarden nach Großbritannien, davon Finanzdienstleistungen im Wert sieben Milliarden Euro Richtung Londoner City. Großbritannien ist mit einem Anteil von 16 Prozent hinter Deutschland der zweitgrößte Abnehmer Luxemburger Dienstleistungen. Das Statoc zählt sieben britische Banken in Luxemburg, die Investmentfonds britischer Fondssponsoren wiesen vergangenen Juli Aktiva von 600 Milliarden Euro aus, 17 Prozent der Nettoaktiva in Luxemburger Investmentfonds insgesamt. Der Simulation des Statoc zufolge, die auf einer Folgenabschätzung des Brexits für die britische Wirtschaft von PWC und CBI beruht, könnte ein „harter Brexit“ dazu führen, dass die Luxemburger Dienstleistungsexporte um vier Prozent beziehungsweise 350 Millionen Euro zurückgehen, was die Mehrwertschöpfung in der Finanzbranche um 2,5 Prozent beeinträchtigen würde. Das könnte wiederum einen Prozentpunkt Wirtschaftswachstum kosten, und dazu führen, dass 1 600 Stellen gestrichen würden. Dies entspricht, wie der Statoc hinweist, allerdings dem schlimmstmöglichen Szenario, weil es nicht berücksichtigt, wie Luxemburg vom Brexit profitieren könnte, beispielsweise, wenn britische Banken und andere Finanzdienstleister Luxemburg als Basis nutzten, um ihre Produkte auf dem europäischen Binnenmarkt zu verkaufen. ms

Außerordentliche Elemente

Die Dexia, beziehungsweise das, was von der Dexia nach der Finanzkrise und der sukzessiven Rettungen noch übrig ist, hat 2016 mit einem Gewinn 353 Millionen Euro abgeschlossen und ihre Bilanzsumme um 17,5 auf 212,8 Milliarden Euro verringert. Grund zum Jubeln gibt es allerdings nicht. Das positive Ergebnis ist weitestgehend durch einmalige Effekte zustande gekommen. In der Pressemitteilung zu den Jahresergebnissen gibt die Dexia an, 30 Prozent der Kosten (90 Millionen Euro) entstünden durch Banksteuern und Einzahlungen in den Resolutionfonds. Der Luxemburger Staat bürgt derzeit noch mit 2,2 Milliarden Euro für die Dexia (Stand 22. Februar). ms

Pech für Jean-Claude



Ein wenig überraschend ist es schon, dass der Branchenriese JC Decaux die Ausschreibung für die Tramhäuschen und das Stadtmobiliar darin nicht für sich entscheiden konnte. Denn nachdem Luxtram vergangenes Jahr entschieden hatte, eine zweite Ausschreibung zu lancieren, obwohl das Londoner Büro Lifschutz Davidson Sandilands bereits eine erste Ausschreibung für den Entwurf der Tramhäuschen gewonnen hatte, hatten viele gemutmaßt, der Auftrag sei so groß, dass ihn ohnehin nur JC Decaux bewältigen könne (*d'Land*, 05.08.2016). Nun hat sich ein Firmenzusammenschluss mit lokaler Beteiligung durchgesetzt: Tramedia, dem die Werbergie IP Luxembourg, das Broadcasting Center Europe und die italienisch-französische Firma Mobilconcepts angehören. Tramedia wird die Häuschen installieren und die dadurch entstehenden Werbeflächen verkaufen. Der Firmenverband hat den französischen Designer Marc Aurel mit dem Design der Häuschen beauftragt, die laut Lou Schneider entlang der ganzen Linie installiert werden sollen. Aurel hat die Bushäuschen in Paris (oberes Bild) und in Manchester (unteres Bild) entworfen. Wie die hauptstädtischen Tramhäuschen aussehen, soll etwa in einem Monat bekannt sein, derzeit würden laut Schneider noch einige Details angepasst. Sie seien nicht so konservativ wie die Pariser Häuschen aber auch nicht so futuristisch wie die in England, um sich der sehr unterschiedlichen Bausubstanz entlang der Linie anzupassen. ms

Abattoir Blues

Après la mort de neuf bovins « Gallo-way », dont le foie avait été infecté par un parasite dans un pâturage à Mensdorf, les deux députés DP Lex Delles et Gusty Graas voulaient savoir du ministre de l'Agriculture Fernand Etgen (DP) combien de bovins ne remplissaient pas les critères sanitaires à la production de viande. Selon le ministre, seulement 27 bovins adultes (sur un total de quelque 25 0000) n'auraient pas été acceptés à l'abattage en 2016. Les bêtes sont contrôlées par des vétérinaires-inspecteurs travaillant aux deux abattoirs de Wecker et d'Ettelbruck. Celles qui sont refusées, écrit le ministre, « sont euthanasiées et les cadavres sont éliminés au Clos d'équarrissage ». Les motifs les plus fréquents de ces saisies seraient : « maladie généralisée, infestation parasitaire, présence de résidus de médicaments ou autres substances en qualité supérieure aux niveaux fixés par la législation, cachexie. » bt

Vodafone innoviert

Der Luxemburger Staat gründet mit dem britischen Telekom-Unternehmen Vodafone ein Joint Innovation Centre. Das gab Premier und Medienminister Xavier Bettel (DP) vergangenen Freitag auf einem Pressebriefing nach dem Regierungsrat bekannt. Vodafone ist bereits mit 300 Mitarbeitern im Land präsent. In dem Innovationszentrum, das auf dem Kirchberg eingerichtet wird, sollen, so Bettel, „junge Betriebe begleitet werden, die in neuen Technologien aktiv sind“. Das Zentrum sei jedoch nicht als Start-up-Inkubator gedacht, sondern richte sich an Firmen, die Produkte oder Services entwickelt haben und „auf dem letzten Sprung in Richtung Markt sind“. Das Konzept geht von 12 Betrieben mit insgesamt rund 100 Arbeitsplätzen aus. Der Staat bezuschusst das Vorhaben über drei Jahre mit 13,7 Millionen Euro. Ab 2020 soll es sich durch „Rückflüsse“ aus den Firmen selber tragen. Dem jährlichen Transparenzbericht von Vodafone zufolge, zahlte der britische Telefontkonzern 2016 sieben Millionen Euro Steuern in Luxemburg. Bei 1,6 Milliarden Euro Gewinn kommt Vodafone auf einen Steuersatz von 0,4 Prozent. pf

c'est le nombre de visiteurs qui passent tous les ans par le cimetière militaire américain de Hamm, où sont inhumés près de 6 000 soldats américains morts au cours de la Bataille des Ardennes. (Quant au cimetière militaire allemand, il recense entre 2 000 et 2 500 visiteurs par an.) Ce sont les chiffres fournis par le ministre de l'Économie Etienne Schneider (LSAP) dans sa réponse à une question parlementaire posée par André Bauler (DP) sur le « legacy tourism ». Le ministre indique qu'il veut développer le « tourisme de mémoire » au-delà de l'histoire militaire et mettre en avant le rôle du Luxembourg dans le processus d'intégration européenne, « et plus généralement véhiculer un message pacifique ». Sur Tripadvisor, le cimetière américain figure en première place dans la rubrique « les meilleures activités » devant le chemin de la corniche, le « barrio Grund » et les casemates. Autour des visites mémorielles, des agences réceptives se sont constituées, proposant des « séjours sur mesure aux clients dont la majorité provient des États-Unis, d'Allemagne et d'Angleterre », écrit le ministre. Mais le gouvernement est lui aussi conscient des « potentialités économiques » et veut former des guides spécialisés. Le cimetière-mémorial de Hamm fait partie de la branche exécutive du gouvernement américain et se trouve donc directement sous l'autorité de la Maison-Blanche. bt

Les négociations pour une nouvelle convention collective des employés de banque sont lancées. Une analyse sous sept angles

Bernard Thomas

n°1 : Fouilles archéologiques Pendant les prochains mois, fonctionnaires patronaux et syndicaux, délégués du personnel et responsables des ressources humaines plancheront sur une nouvelle convention collective de travail (CCT) des employés de banque. Celle-ci est le compromis historique entre un idéal syndical (celui de s'inspirer de la fonction publique) et une tactique patronale (celle de se ménager une marge d'interprétation maximale). Des décennies de marchandages et de compromis ont abouti sur un texte juridiquement embrouillé et indigeste, mais historiquement passionnant. La relecture des conventions passées permet d'esquisser une sociohistoire de la place financière, à commencer par son prolétariat. En 1969, le système de classification incluait une catégorie pour les salariés qui avaient seulement passé l'enseignement primaire ou fait des « études secondaires sans examen de passage ». Parmi ces petites mains de la place bancaire, on retrouve des « encaisseurs », « chauffeurs de direction » et « gardiens de salles coffres-forts ». Même si, d'après le secrétaire syndical du LCGB Vincent Jacquet, les groupes I et II, qui rassemblent principalement les employés sans diplôme universitaire, ne représenteraient plus que « quelques centaines de personnes, tout au plus », la nomenclature des CCT aura finalement peu évolué au fil des décennies. La convention de 2014 comporte ainsi des anachronismes tel « le manipulateur de titres » ou « le gestionnaire clés télégraphiques ».

La CCT de 2014 renvoie ainsi à un règlement grand-ducal de 1994 s'appliquant aux salariés travaillant sur un « écran de visualisation ». Ils ont droit à quinze minutes de repos toutes les quatre heures ainsi qu'à un examen ophtalmologique annuel. C'est l'exemple qu'aime à citer le directeur de l'ABBL Serge De Cillia pour illustrer que la CCT est « antique, vétuste ». Aujourd'hui, estime-t-il, ces quinze minutes, les employés les passent en tenant d'une main un *smartphone* et de l'autre une cigarette, ce qui est doublement nuisible. » Pour De Cillia, c'est la première négociation d'une CCT, un domaine qui avait été réservé longtemps à son prédécesseur Jean-Jacques Rommes. Il a parié grand en dénonçant, fin décembre, l'ensemble des articles de la CCT. Une décision qu'il dit avoir prise après des rencontres informelles avec chacun des trois syndicats.

En l'espace de deux minutes d'entretien avec le *Land*, le directeur de l'ABBL aura mobilisé trois métaphores différentes : la CCT serait « une vieille voiture sans pièces détachées », « un ordinateur qui n'a plus la mémoire nécessaire pour faire un *update* », un « monument historique ». Sous Marc Glesener, qui considérait la convention collective comme le *magnum opus* de sa vie syndicale, une telle remise à plat serait restée du domaine de l'impensable. Aujourd'hui, la « modernisation » semble réunir un large consensus. Même si le fait que l'ABBL n'ait pas sorti un contre-papier aux revendications de l'intersyndicale rend nerveuse Véronique Eischen, secrétaire syndicale de l'OGBL : « On peut ôter beaucoup de la convention... mais la question sera : qu'est-ce qui restera ? » Eischen refuse de « discuter dans le vide » : « La convention existante doit rester la base de discussion ».

n°2 : Blank Generation Serge De Cillia dit vouloir adapter la CCT à la « Génération Y », les *millennials* nés entre le début des années 1980 et le milieu des années 1990. Au discours patronal, cette génération fournit une surface de projection idéale. Le directeur de l'ABBL (qui est né en 1961) la décrit comme hyper-flexible et ultra-connectée, bref comme ayant intégré les mots d'ordre néolibéraux : « Ne plus avoir de bureau fixe sur lequel dé-

poser la photo de la copine ou des enfants, cela ne pose pas problème à la 'Génération Y'. Des photos, elle en a 2 000 sur son *smartphone*. Elle travaille en équipe et se préoccupe peu d'avoir une place de prestige à tant de mètres du chef. Et si le job ne lui plaît plus, alors elle prend une année sabbatique ou change de secteur. »

Cette sociologie spontanée s'approche de la caricature. Car les aspirations d'une génération ne sont pas immuables, mais évoluent avec le temps, la fondation d'une famille, la contraction d'un prêt hypothécaire ou l'apparition du premier ulcère de stress. « La Génération Y n'a plus la même optique que moi ou que ceux qui discutent la nouvelle convention collective », estime pourtant Serge De Cillia. Gilles Steichen, le porte-parole de l'intersyndicale et vice-président de l'Aleba, reprend l'argument générationnel : « À 47 ans, je suis probablement le plus jeune à la table des négociations, alors que la plupart des autres prendront bientôt leur retraite. Moi, je dois durablement négocier. »

n°3 : Révolution numérique permanente Depuis plus de trente ans, une des lignes de fracture entre fonctionnaires patronaux et syndicaux est celle qui sépare les automatismes auxquels ont droit tous les salariés et les primes réservées aux « talents » méritants. Pour Vincent Jacquet du LCGB, la notion de « mérite » introduite en 2007 (et à laquelle le LCGB et l'OGBL s'opposaient à l'époque) serait « subjective », voire « arbitraire ». Dans la pratique, elle serait « plus utilisée comme instrument de sanction que de promotion ». Parmi les « compétences sociales et comportementales », la convention actuelle énumère la « flexibilité », la « disponibilité-fiabilité » et le « développement personnel ». Du côté patronal par contre, on voit dans les automatismes une « politique de l'arrosoir ». En réalité, cette discussion porte sur les gagnants et les perdants d'une place bancaire en pleine mutation digitale.

Mais peut-être que, pour la place financière luxembourgeoise, la principale disruption ne provient pas tant de la *blockchain*, des robots-conseillers ou d'autres manifestations de la nébuleuse « Fintech ». Car dans le milieu bancaire, la « révolution numérique » a été un compagnon permanent, témoignant de l'affinité élective entre le phénomène offshore et l'innovation technologique. En 1969, le contrat collectif pour le secteur des employés d'assurance prévoyait des fonctions comme le « chargé de perforation » ou le « chargé du pointage des plaques Adrema ». En 1986, les partenaires sociaux réunis pour négocier une nouvelle CCT évoquaient déjà le « home banking » : « Dank verkürzter Arbeitszeit hoffen die Gewerkschaften, die sozialen Auswirkungen der neuen Technologien abfedern und Arbeitsplätze absichern zu können », écrivait alors le *Land*. (À côté de cinq jours de congé supplémentaires et de l'introduction de la semaine des 35 heures, les syndicats revendiquaient une hausse des salaires de dix pour cent.)

n°4 : Directeurs dégradés Ce qui a bien changé par rapport à l'époque dorée de l'offshore, c'est le degré d'indépendance des directeurs de banque locaux. Longtemps, leur modèle d'affaire et leur autorité au sein du groupe étaient protégés par le secret bancaire. Sur les dernières années, les directeurs ont été réduits en courroies de transmission de la maison-mère. « Il sera de plus en plus difficile pour les acteurs du secteur financier de se positionner au sein de leurs groupes », tel avait été le constat du Conseil économique et social en 2014. Par considérations de coût,



Où sont passés les « manipulateur de titres », « gestionnaires clés télégraphiques », « gardiens de salles coffres-forts » et « chargés de perforation »

Au discours de l'ABBL, la « Génération Y » fournit une surface de projection idéale : Les *millennials* apparaissent comme ceux qui auraient le plus profondément assimilé les mots d'ordre néolibéraux : connectés, flexibles, performants

de nombreuses banques ont été dégradées de filiales en succursales ; Caceis et UBS en sont des exemples récents. D'autres groupes seraient en train d'étudier cette option, dit Serge De Cillia : « Tous les ans, les directeurs doivent expliquer à leur maison-mère pourquoi elles sont encore au Luxembourg. » Cette « succursalisation » de ses membres limitera la marge de négociation de l'ABBL. (Incidentement, le rattachement à la maison-mère crée une tension avec la loi bancaire de 1993 selon laquelle les dirigeants agréés doivent « être habilités à déterminer effectivement l'orientation de l'activité ».)

n°5 : Faux cadres À combien de personnes la nouvelle CCT s'appliquera-t-elle ? À cette question, personne ne semble en mesure de fournir une réponse. Car elle est liée à une seconde question : Combien des 26 000 employés bancaires ont été embauchés comme « cadres supérieurs » et ne tombent donc pas dans le champ d'application de la convention collective ? Le Code du travail les définit de manière assez vague. Le critère le plus tangible, c'est la rémunération qui doit être « nettement plus élevée que celle des salariés couverts par la convention collective ». Ce « nettement plus élevé », la jurisprudence le fixe à environ vingt pour cent. En théorie, un cadre supérieur devrait donc toucher au minimum un salaire mensuel de quelque 8 000 euros. En échange des heures supplémentaires (non-payées), il aura droit à une voiture de service, un beau titre et, surtout, des bonus. Seulement, voilà : après la crise de 2007, ceux-ci se tarissaient et les rémunérations des « cadres supérieurs » se rapprochaient dangereusement de ceux des collègues embauchés en CCT.

Se référant à « un recensement en cours » chez les délégués OGBL, Véronique Eischen avance le chiffre de 38 pour cent de cadres, dont une bonne partie serait des « faux cadres ». Vincent Jacquet parle d'une trentaine de pour cent de cadres supérieurs, s'appuyant sur les données que les directions des banques sont forcées de fournir lors des négociations de plans sociaux. Pour Serge De Cillia, on ne devrait pas « extrapoler » à partir de quelques cas isolés. Mais, d'après différentes sources tant patronales que syndicales, le système aurait proliféré. Craignant un *backlash* juridique, certaines grandes banques auraient depuis peu commencé à faire marche arrière et à réintégrer d'anciens « faux cadres » comme employés évoluant sous CCT, dit Vincent Jacquet du LCGB.

n°6 : Partage de la valeur ajoutée La convention du secteur bancaire comporte des pages et des pages de citations extraites du Code du travail. « Plus la convention était épaisse, plus certains semblaient penser qu'elle était *dichteg* [importante] », dit Serge De Cillia. Une suppression de ces copier-coller accentuera la question de ce que les syndicats auront finalement réussi à obtenir. Sur les dernières années, le bilan semble maigre : depuis 2014, il n'y a pas eu d'augmentation linéaire des salaires, les syndicats ayant accepté trois années consécutives de « rounds zéro ». « Cette fois-ci, c'est exclu, dit Véronique Eischen. Maintenant, c'est au salarié d'avoir une part du gâteau ». Sur le montant revendiqué, les syndicats restent cois, ne voulant abattre leur jeu dans la presse.

Selon les derniers chiffres agrégés de la CSSF, les bénéfices auraient été au rendez-vous sur la place bancaire : 3,63 milliards en 2013, 4,25 milliards en 2014 et 3,99 milliards d'euros en 2015. Les frais de personnel ont, eux, baissé : de 2,11 milliards en 2015 à 2,09 milliards en 2016. (Pourtant le nombre de salariés a légèrement augmenté durant cette même période.)

Serge De Cillia reste pourtant prudent : « J'attends les résultats de 2016 ; nous les aurons avant de signer ». Le directeur de l'ABBL fait une tripartition du secteur bancaire : « Un tiers est en très bonne position ; un tiers doit résoudre des problèmes informatiques, de clientèle ou d'actionnariat ; et un tiers fonctionne à perte, soit qu'il n'ait pas le bon modèle d'affaires, soit qu'il n'ait pas le bon actionnaire. »

n°7 : Tango intersyndical Comme syndicat majoritaire, l'Aleba endosse le « lead » des négociations côté syndical, mais porte également le risque d'un échec. L'Association des employés de banque et des assurances est sortie affaiblie du – pénible et tumultueux – passage de génération entériné en 2014. Une année plus tôt, le syndicat avait frôlé de près la débâcle. Aux élections pour la Chambre des salariés, l'Aleba n'avait réuni que 50,39 pour cent des voix. Si elle avait obtenu 0,4 pour cent en moins, elle aurait perdu sa représentativité sectorielle, c'est-à-dire sa prérogative de signer seule une CCT. Les prochaines élections sociales pourraient chambouler le paysage syndical. Prévu pour l'automne 2018, elles devraient être repoussées au printemps 2019 pour ne pas coïncider avec les élections nationales.

Fondée en 1918, l'Aleba est donc à son plus vulnérable. Avec le départ à la retraite de Marc Glesener en octobre 2014, le syndicat a perdu son patriarche-président qui aura régné vingt ans durant sur le syndicat. En comparaison, son successeur Roberto Scolati apparaît comme un président discret et effacé, étonnamment mal à l'aise dans ses interventions médiatiques. Ce ne sera d'ailleurs pas le président Scolati qui dirigera les négociations sur la nouvelle CCT, mais Gilles Steichen, un des trois vice-présidents de l'Aleba. Ce délégué du personnel de la State Street Bank aime à se présenter comme « quelqu'un du terrain qui a deux pieds dans l'entreprise » ; en creux, il marque ainsi sa différence avec les secrétaires syndicaux Véronique Eischen et Vincent Jacquet qui négocient du côté de l'OGBL et du LCGB.

En novembre, une intersyndicale s'était formée pour élaborer un catalogue de revendications communes. Le front syndical tiendra-t-il ? Ce ne sera pas la première qu'il rompra sous le coup des calculs tactiques. En 2007, l'Aleba avait ainsi été le seul syndicat à apposer sa signature sur la convention collective. Marc Glesener expliquait alors sa démarche par un sens du devoir national ; il ne faudrait pas prêter le flanc à « la concurrence internationale » : « Un syndicat majoritaire ne peut pas susciter des querelles, voire une grève ; il doit agir de manière responsable », disait-il au *Quotidien*. Quant à la concurrence syndicale, elle saisisait l'occasion pour dénoncer « un contrat collectif indigne ». Dans une interview accordée à *Paperjam*, Gilles Steichen déclarait à propos des retraits de l'OGBL et du LCGB de 2007 : « Tout cela semblait un peu trop dirigé politiquement ». Chez l'Aleba, l'épisode semble être resté en funeste mémoire, c'est une de ces innombrables *Dolchstoßlegenden* qui circulent dans le milieu syndical.



Plus de profondeur

Découvrez le nouveau
Lëtzebuurger Land
en vous abonnant
gratuitement
durant un mois.

land@land.lu
www.land.lu
téléphone 485757-1

Vor sechs Monaten trat François Bauschs Taxi-Reform in Kraft. Den meisten Nutzern sind ihre neuen Rechte noch unbewusst



Wie die meisten Kunden, steigen auch diese vor dem Flughafen in das Taxi am Anfang der Schlange, ohne die Tarife zu prüfen

Michèle Sinner

In der Abflughalle in Findel spielen sie am Mittwochnachmittag Karten. Die Taxifahrer haben viel Zeit. Es sind Schulferien und seit dem Brexit-Votum steigen weniger Geschäftsreisende aus London in ein Taxi. Binnen anderthalb Stunden gibt es vier Fahrgäste am Flughafen. Doch dass die Taxen nahe des abgerissenen alten Flughafens in doppelter Reihe fast bis auf die Hauptstraße hinaus Schlange stehen, führen die Fahrer nicht auf die wirtschaftliche oder politische Konjunkturlage im In- und Ausland zurück, sondern auf François Bauschs (Déi Gréng) Taxi-Reform. Seit September ist die Zone Findel mit der Hauptstadt und den Nachbargemeinden verschmolzen. Waren vorher 54 Taxis am Flughafen zugelassen, können für die neue Zone 1, zu der Hauptstadt, Anrainergemeinden und Flughäfen gehören, maximal 290 Lizenzen vergeben werden. Die Fahrer in der Flughafenhalle finden deshalb, die Reform begünstige die großen Gesellschaften, mit vielen Wagen, darunter Fahrzeuge, die bisher nur im Speckgürtel der Hauptstadt unterwegs waren, und nun auch Kundschaft auf dem Stadtgebiet und am Flughafen abholen dürfen.

Einer der Fahrer zeigt sein Fahrtenbuch vor. Er ist seit 9 Uhr im Dienst und hat vor Mittag zwei Fahrten für insgesamt 44,40 Euro durchgeführt. Seit dem Mittagessen steht er wieder in der Schlange. Es wird bis 16.30 Uhr dauern, bis sein Auto das erste in der Reihe vor der Flughafentür ist und er endlich die Chance auf eine Fahrt hat. Denn obwohl die Kunden seit der Reform nicht mehr verpflichtet sind, das erste Taxi in der Schlange zu nehmen, wenn dahinter ein günstigeres steht, wissen die wenigsten Kunden von diesem Recht und nutzen es nicht. Von den Einnahmen von 44,40 Euro, die der Fahrer bis 17 Uhr vorzuweisen hat, darf er 33 Prozent behalten. Durch die Beteiligung wird sein Gehalt über den Mindestlohn hinaus aufgebessert.

Taxi-Reform

Seit Inkrafttreten der Reform müssen Kunden am Taxi-Stand nicht mehr zwingend ins erste Fahrzeug in der Reihe einsteigen, sondern dürfen Preise vergleichen und das günstigere Taxi nehmen, auch wenn es weiter hinter ansteht. Außerdem dürfen vorbeifahrende Taxis seither auf der Straße, außerhalb der Taxi-Stände, angeheuert werden, unter der Bedingung, dass der nächste Stand mindestens 50 Meter entfernt ist. Das führt in Findel zu außergewöhnlichen Situationen. Der Taxi-Stand für einsteigende Fahrgäste befindet sich direkt vor dem Ein- und Ausgang. Abreisende Fluggäste werden neben dem Gebäude unter freiem Himmel abgesetzt, Gepäckwagen gibt es dort keine. Noch weiter hinten, am Ende des Parking-Geländes, ebenfalls unter freiem Himmel, dürfen vorbestellte Taxis in Findel gelandete Fahrgäste abholen. Weil dieser Bereich mindestens 50 Meter vom Taxi-Stand vor der Tür entfernt sein muss, sieht ihn sicherlich kein Mensch.

Die am Flughafen versammelten Fahrer geben bereitwillig einen Crash-Kurs in Taxi-Ökonomie. Demnach muss ein Fahrer mindestens 5 000 Euro Umsatz im Monat einfahren, damit er ein Gehalt von 2 000 Euro erhält. Und es für seinen Arbeitgeber überhaupt wirtschaftlich ist, ihn zu beschäftigen. Sonst bleibt dem Chef nach Abzug der Kosten – Leasing, Versicherung, Reifen, Sprit, ... – pro Gefährt nichts mehr übrig, und er muss draufzahlen, um dem Fahrer den Mindestlohn auszus zahlen. Auf den Arbeitstag heruntergebrochen, rechnet ein halbes Dutzend Fahrer vor, müssen sie 200 bis 230 Euro einnehmen. Wie er das machen will, wenn er bis 17 Uhr erst 44 Euro in der Kasse hat? „Bis Mitternacht weitermachen.“ Warten und darauf hoffen, dass er bei den eingehenden Abendflügen noch zwei gute Fahrten erwischt. Er wäre dann 15 Stunden im Einsatz gewesen. „Meine Frau verdient besser als Putzfrau“, stellt einer trocken fest.

Je länger die Schlange, desto weniger Fahrten gibt es für diejenigen, die auf Kundschaft warten. So ist es nicht die Billig-Konkurrenz von Uber, die einem altbewährten Geschäftsmodell den Garaus macht, oder die Digitalisierung, sondern die Reform: dem der kleinen Taxi-Gesellschaften oder der selbstständigen Fahrer, die ohne Anschluss an eine Zentrale ihren Umsatz damit machen, dass sie am Taxi-Stand auf Kunden warten, vor allem am Flughafen.

Wie viele Taxis es genau gibt, wird erst Ende nächster Woche feststehen, wenn die Übergangsfrist zum Eintauch der alten gegen die neuen Lizenzen vorbei ist. Die im September in Kraft getretene Reform sieht 550 Lizenzen vor. Bis Dienstag waren 397 alte gegen neue Lizenzen eingetauscht worden und 22 Dossiers noch in der Schwebe. Mit der Reform hatte der grüne Infrastrukturminister auch eine neue Art von Lizenzen eingeführt: die Null-Emissionslizenzen für Elektroautos, 20 jährlich waren vorgesehen. Weil sie günstiger sind, war die Nachfrage riesig: Für das Kontingent von 2017 gingen binnen Minuten 50 Anträge ein, insgesamt waren es 100 in der ersten Januarwoche. Durch diesen Erfolg ermutigt, will Bausch im Regierungsrat einen Entwurf zur Änderung seines Taxi-Gesetzes einbringen, um die Anzahl der jährlich verfügbaren Null-Emissionslizenzen von 20 auf 50 zu erhöhen.

Da viele kleine und große Gesellschaften – die Taxi-Dynastie Gallé von Branchenführer Colux, die mit ihren Firmen über 82 Lizenzen verfügt, hat ihre Preise seit der Reform nicht gesenkt – Probleme haben, mit ihren Tarifen die Kosten zu decken, sind viele Fahrer skeptisch, beziehungsweise, sie weigern sich strikt zu glauben, dass es möglich ist, gewinnbringend mit günstigeren Tarifen zu arbeiten.

Tarife, wie sie beispielsweise Webtaxi vergangene Woche in Beisein des Infrastrukturministers François Bausch ankündigte. Zwischen 25 und 40 Prozent billiger als die Konkurrenz werde man mithilfe neuer Technologie sein, so die Verantwortlichen von Webtaxi. Sie wollen künftig die Verkehrslage und die Fahrtlänge berücksichtigen, um die Preise anzupassen, und nutzen dafür Verkehrsdaten von Google Maps. Soll heißen: Damit Webtaxi 40 Prozent billiger ist als die Konkurrenz, muss die Fahrt möglichst lang und die Straße frei sein. Bausch lobte vergangene

Woche die Webtaxi-Initiative, die Firmen-Verantwortliche als eine Art Uber für Luxemburg bezeichnen, die es Kunden erlaubt, via Handy ein vergleichsweise günstiges Taxi anzuheuern – ohne dass dabei die Fahrer auf der Strecke blieben. Bausch lobte natürlich auch seine eigene Reform, weil sie den Rahmen für solche Initiativen geschaffen habe.

Die Marke Webtaxi wurde vor fünf Jahren mit den orangefarbenen Hybridfahrzeugen gestartet. Aber eine Firma mit dem Namen Webtaxi gibt es erst seit verganginem Montag, als die Verantwortlichen nicht nur mit dem Minister vor die Presse traten, um ihre neue App vorzustellen, sondern auch zum Notar gingen, um die 2015 zusammen mit Inter-Taxis gegründete Taxi-Zentrale Pro-Cab in Webtaxi umzutau fen und außerdem Inter-Taxis aus der Firma zu kaufen. Die Verantwortlichen, das sind in diesem Fall die Vertreter von Emile Weber, die dem Eigentümer von Benelux Taxis erst 2012 für 1,24 Millionen Euro die Hälfte seiner Firma abkauften, die Verluste von 1,43 Millionen angehäuft hatte, und 2014 schließlich den Rest. Seither werden die Ergebnisse von Benelux Taxis in den Jahresresultaten von Emile Weber konsolidiert und, wie gesetzlich erlaubt, nicht mehr separat veröffentlicht. Ein Umstand, der in der Branche den Verdacht nährt, dass das Webtaxi-Geschäft durch die anderen Aktivitäten der Gruppe querfinanziert werde und damit auch von den Subventionen profitiere, die Emile Weber als Busunternehmen vom Staat erhält, um öffentliche Buslinien zu bedienen. „Quatsch“, meint dazu Romain Kribs von Emile Weber. Wegen der anhaltenden Verdächtigungen habe Emile Weber dem Ministerium separate Konten vorgelegt, die Taxi-Sparte Benelux sei profitabel, so wie auch die Taxi-Zentrale profitabel sei, da ihre Dienstleistungen an Benelux, Inter-Taxis und die Kleinunternehmer verrechnet würden.

Webtaxi ist bei der Kundschaft durchaus ein Erfolg, ein dermaßen großer Erfolg, dass es manchmal Probleme gab, die Nachfrage zu bedienen, sagt Kribs. Auch deshalb hat Webtaxi seine Zentrale für andere geöffnet und bietet kleinen Taxi-Unternehmern und Selbstständigen an, sich anzuschließen. So ist es Webtaxi, aka Benelux Taxis, aka Emile Weber gelungen, in fünf Jahren die von der Zentrale dirigierte Flotte von 42 auf 112 Fahrzeuge auszuweiten, ohne selbst in zusätzliche Autos investieren zu müssen. Natürlich ist die Nutzung nicht umsonst. Die Fahrer müssen zehn Prozent Kommission (bei Uber sollen es 20 Prozent sein) sowie die Kontrolle über ihre Tarife an Webtaxi abgeben, die den Preis für die Fahrt fixiert. Was die Fahrer davon haben? Das Gleiche wie bei jeder Franchise, meint dazu Romain Kribs: die Chance, vom Markenwachstum zu profitieren. Seit der Ankündigung vergangene Woche hat es ihm zufolge keine weitere Anfragen gegeben – 37 „kleine“ hatten sich, erinnert Kribs, ja schon vorher angeschlossen.

In der Abflughalle in Findel ist man skeptisch, ob sich das lohnt. Wenn Selbständige zu Webtaxi-Preisen fahren würden, blieben die Fixkosten fürs Auto unverändert. Ob die zusätzlichen Fahrten, die ihnen die Zentrale vermitteln könnte, nicht zu Mehreinnahmen führen? Wer mehr fahre, habe auch höhere Kosten für Sprit und Verschleiß am Auto, geben die Fahrer zu bedenken. Und wenn der Tarif nicht stim-

Fast fünf Stunden betrug die Wartezeit vom Ende bis zum Anfang der Schlange in Findel am Mittwoch

me, springe am Ende nicht unbedingt mehr heraus. „Außerdem stehen auch die Webtaxis hier Schlange“, bemerkt einer spitz, „würden ihnen die Zentrale Fahrten über Funk vermitteln, würden sie hier nicht anstehen.“ Wenn es nicht genug Fahrten gebe, argwöhnen sie, würde die Firma dann nicht die eingehenden Aufträge an die eigenen Wagen verteilen?

So verlaufen die Fronten auf dem Taxi-Markt immer klarer. Hier Colux mit unverändert hohen Tarifen. Da Webtaxi den günstigeren Preisen. Mit ihren Lizenzen, beziehungsweise denen der ihnen angeschlossenen Fahrer, kontrollieren sie zusammen die Hälfte des Marktes und besetzen ein Drittel der Sitze im Vorstand des Taxi-Betreiberverbands. Dazwischen sind die kleineren Gesellschaften, die angesichts zunehmender Konkurrenz und Preisdruck, vor der Wahl stehen, sich der Colux- oder der Webtaxi-Zentrale anzuschließen, um eventuell mehr Aufträge zu bekommen.

Von einer freieren Tarifgestaltung macht sich am Taxistand vorerst noch nicht ganz viel zu sehen. Der Blick auf die ab nächster Woche obligatorisch im Taxifenster ausgewiesenen Tarife zeigt: Viel Variation gibt es nicht. „Ich halte mich an Colux“, erklärt ein Fahrer am Dienstagnachmittag vor dem Hauptbahnhof das Phänomen der identischen Tarife. „Wenn Colux die Preise anhebt, ziehe ich sofort mit.“

Das heißt aber nicht, dass es keine Unterschiede gibt. Für eine Fahrt vom Findel nach Belair, ungefähr 12 Kilometer, stand das Taximeter eines selbstständigen Taxifahrers an einem Sonntagabend nach 22 Uhr bei 50 Euro, inklusive Aufschlag für Wochenende und Nachtzeit. Als Webtaxi vergangene Woche ihre App vorstellte, konnte man die gleiche Fahrt dort für 42,1 Euro vorbestellen. Diese Woche kostet eine solche Sonntagabendfahrt auf der gleichen Strecke vorbestellt bei Webtaxi, nur noch 32,8 Euro. Bei Colux beläuft sich der Kostenvorschlag von der App berechnet auf 61 Euro.

Dass sich der Blick auf die Tarife dennoch auch am Taxistand lohnt, belegen die Preise, die Limocab aushängt: 2,40 Euro pro Kilometer, zehn Cent weniger als der Webtaxi-Durchschnittspreis von 2,50 Euro pro Kilometer und 90 Cent günstiger als Colux und deren Anhänger. „Dass das endlich mal einem auffällt“, freut sich Taxi-Unternehmer Alain Schol-

tus von Limocab. Eine App, wie sie Webtaxi mit dem Minister vorgestellt hat, hat er schon seit einem Jahr, sagt er. Scholtus kommt aus dem Limousinen-Geschäft. Seine ersten Taxi-Erfahrungen gehen auf die Yellow-Cab-Initiative des ACL zurück, und waren finanziell ein Desaster. Danach hat er seine eigene Taxi-Firma gestartet und fährt konkurrenzlos – ihm fallen zwei weitere Firmen in anderen Zonen ein – günstig. Limocab betreibt ein Hybrid- und ein Elektrofahrzeug, ein weiteres soll in wenigen Wochen folgen. Damit hat sich die Firma finanziell erholt. Scholtus will einen vierten Fahrer einstellen. Wie er das macht? Mit einigen bedeutenden Verträgen mit Firmenkunden. „Aber solche Verträge mit festen Kunden, Banken, Hotels, haben auch andere Gesellschaften. Jeder könnte günstiger fahren“, sagt Scholtus. Für die sonntagabendliche Fahrt vom Flughafen nach Belair gibt die App der Firma einen geschätzten Preis von 26,83 Euro an.

Taxi-Apps

Webtaxi bewirbt seit vergangener Woche seine neue Smartphone-App zum Bestellen von Taxis. Die App funktioniert in den drei Landessprachen plus Englisch und Portugiesisch. Sie erlaubt das Registrieren von Geldkarten zum Bezahlen, und der vom System berechnete Tarif gilt als fester Preis, so dass Überraschungen auf dem Taximeter ausbleiben. Nach mehrtägigen Tests ist auf dem Gebiet der Hauptstadt ein Webtaxi fast immer innerhalb von weniger als fünf Minuten verfügbar, und Taxis können auch für spätere Termine vorbestellt werden.

Die Limocab-App funktioniert in Englisch, verfügt aber sonst über die gleichen Funktionalitäten wie die Webtaxi-App: Man kann ebenfalls Favoriten-Adressen eingeben und Geldkarten registrieren. Da Limocab über eine wesentlich kleinere Fahrzeugflotte verfügt, muss länger im Voraus bestellt werden, die App zeigt an, wie schnell das Auto am Abholtort sein kann, je nachdem, kann das 20 bis 30 Minuten dauern. Die angezeigten Preise entsprechen einer Schätzung dessen, was nachher auf dem Taximeter steht; wenn sie stimmt, ist es weniger als bei Webtaxi.

Colux nutzt eine mehrsprachige europäische App, die ebenfalls anzeigt, wie schnell ein Auto zur Verfügung steht. Die App registriert weder Geldkarten noch Favoriten-Adressen, ermöglicht aber wie die anderen sofortige sowie Vorbestellungen und zeigt eine Preisschätzung an. Die Tarife sind deutlich höher. Die Colux-App erlaubt aber auch die Bestellung von Taxis bei Auslandsaufenthalten.



Auch ohne Konkurrenz durch Uber werde das Geschäft immer unwirtschaftlicher, klagen die Fahrer

Fairtrade könnte Gold appetitlicher machen

Ohne Gift und Blut

Martin Ebner

„Selbst als Profi weiß man normalerweise nicht, woher das Gold stammt“, sagt Annick Mersch. Die Goldschmiedin, die eine Schmuckwerkstatt in Berdorf betreibt, meint aber: „In meinem Beruf ist es wichtig, dass man sich auch Gedanken darüber macht, wo das zu verarbeitende Rohmaterial herkommt und unter welchen Bedingungen es gewonnen wird.“ Mit solchen Ansichten ist Mersch immer noch eine Ausnahme. Wer edle Valentinsgeschenke verkauft, will mit Kunden nicht unbedingt darüber reden, dass bei der Herstellung von einem Ring aus zehn Gramm Gold im Durchschnitt mehr als 20 Tonnen Giftmüll anfallen.

Eigentlich hatte die Glitzer-Branche ja gehofft, diese ganze Fairtrade-, Nachhaltigkeits- und Öko-Diskussion würde an ihr vorbeigehen. Schön, wer heutzutage Hühnereier, Kaffee oder T-Shirts verteilt, der muss zu Herkunft und Lieferkette Auskunft geben können. Aber ist es deshalb gleich nötig, dass die Schweiz, der weltweit bedeutendste Umschlagplatz für Gold, ihre Handelsstatistik nicht mehr länger geheim hält? Muss denn wirklich jeder wissen, dass illegales Gold mittlerweile mehr Profit abwirft als Drogenhandel? Oder dass dafür ganze Landstriche verwüstet, Regenwälder abgeholzt, Flüsse verseucht und andere Verbrechen begangen werden. Wenn niemand nachhaken würde, müsste auch nichts geändert werden.

Seit im Gefolge der Finanzkrise der Preis pro Unze auf über 1 000 Dollar kletterte, hat Gold einen Anteil von rund zwei Prozent am Welthandel – vier Mal mehr als zu Beginn des Jahrtausends. Rund um die Erde ist ein Goldrausch ausgebrochen. Neu ist zum Beispiel Madagaskar in den Export des Edelmetalls eingestiegen. Selbst die entlegensten Nationalparks Neuseelands werden nun von Goldschürfern durchwühlt. Die mit der Goldherstellung verbundenen Probleme und Konflikte lassen sich immer schlechter aus der öffentlichen Wahrnehmung halten.

Sollte nicht gerade bei Luxusgütern ein Aufpreis möglich sein, damit die Produktion weniger Kosten für Mensch und Umwelt verursacht? Das dachten 1999 rund 700 afrokolumbianische Bergleute in Kolumbien. Die Nachfahren von Minen-Sklaven schlossen sich zu einer Kooperative zusammen und entwickelten mit Umweltschützern die Marke „Oro Verde“: Die Abnehmer in Europa und Nordamerika sollen einen Aufschlag zahlen – dafür sollen die Kumpel einen anständigen Lohn bekommen und der Chocó-Urwald, einer der Biodiversitäts-Hotspots der Erde, erhalten bleiben.

Daraus ging im Jahr 2004 die Alliance for Responsible Mining (ARM) hervor, die sich für kleingewerbliche Goldschürfer einsetzt und mit dem Slogan „Gold to be proud of“ das Label „Fairmined“ entwickelt. Gemeinsam mit Fairtrade International in Bonn, dem Dachverband der diversen nationalen Initiativen für gerechteren Handel, erarbeitete dann die ARM ab 2007 Standards für Produktion und Handel von Gold. Im Jahr 2011 wurde zuerst in England Gold mit dem Label „Fairtrade“ ver-

Wer edle Valentinsgeschenke verkauft, will mit Kunden nicht unbedingt darüber reden, dass bei der Herstellung von einem Ring aus zehn Gramm Gold im Durchschnitt mehr als 20 Tonnen Giftmüll anfallen

kauft. Sotrami in Peru war die erste Mine, die von dem Fairtrade-Zertifizierungsinstitut FLO-Cert überprüft wurde. Die Bergleute sollen dort jetzt bis zu 15 Euro am Tag verdienen, mehr als das Doppelte des Mindestlohns in Peru.

Fairtrade verspricht, Zwischenhändler auszuschalten und die Bedingungen für die Kumpel wie auch für ihre Gemeinden zu verbessern. Dafür, dass die Bergleute sich zu legalen Kooperativen zusammenschließen und an die Spielregeln halten, sollen sie einen Mindestpreis von 95 Prozent des Londoner Börsenkurses (LBMA) bekommen. Dazu kommt eine Fairtrade-Prämie von zehn Prozent, die – mit demokratischen Abstimmungen - für Schulen, Krankenhäuser und andere soziale Einrichtungen in den Minen-Orten oder auch für Schutzkleidung und andere Verbesserungen der Betriebe ausgegeben werden soll. Fairtrade verbietet Kinderarbeit und verlangt, dass auf die Umwelt Rücksicht genommen wird. Für den etwas strengeren Fairmined-Standard gibt es eine Öko-Prämie von weiteren fünf Prozent. „Ökofaires“ Gold ist für die Endkunden also ungefähr 15 Prozent teurer als der unzertifizierte Wertstoff.

Öko ist allerdings selbst faires Gold meistens nicht. Das Kieswerk des Holcim-Konzerns im deutschen Rheinzabern, das als Nebenprodukt Gold rein mit Schwerkraft aus dem Rheinsand wäscht, ist eine Rarität. In der Regel werden heute für die Goldgewinnung riesige Mengen Gestein gemahlen und mit hochgiftigen Chemikalien behandelt. In der australischen Super-Pit-Mine zum Beispiel werden pro Jahr 15 Millionen Tonnen Gestein bewegt, um mit Cyanidlaugung 28 Tonnen Gold zu gewinnen. Einmann- und Kleinbetriebe hantieren meist mit Quecksilber, das dann im Abwasser oder im Staub der Abraumhalden landet. Aus Sicht von Umweltschützern eine Katastrophe. Für Reinhard Behrend vom deutschen Verein Rettet den Regenwald helfen da auch keine Siegel, bei denen sich die Einhaltung der Bedingun-

gen im Hinterland des Amazonas ohnehin nicht überprüfen lasse: „Label sind bloß ein bequemes Alibi, um an dem Edelmetall festzuhalten, obwohl eigentlich kein Mensch Gold wirklich braucht.“

Derartige Kritik halten Fairtrade-Aktivisten für unfair. Den Konsumenten Gold auszureden, sei nicht realistisch. Außerdem schätzt die ARM, dass weltweit mehr als 100 Millionen Menschen von kleinen Goldminen abhängen oder keine anderen Einkommensmöglichkeiten haben, als auf eigene Faust zu buddeln. Auf Kleinbetriebe würden zwar nur 15 Prozent der Förderung, aber 90 Prozent der Arbeitskräfte entfallen. Der Fairtrade-Zuschlag ermögliche ihnen Investitionen in Umweltschutz, mache die Welt also zumindest ein bisschen besser. Nach Angaben von ARM sind bislang zehn Minen-Kooperativen zertifiziert, die von 2014 bis April 2016 weltweit 265 Kilo „faires“ Gold verkauft haben. Das sei zwar nur ein Bruchteil der gesamten Gold-Nachfrage, die allein im vergangenen Jahr 4.309 Tonnen erreichte, habe aber den begünstigten Kommunen immerhin eine Prämie von 1 Million US-Dollar eingebracht.

Wenn man amtlichen Statistiken glauben will, hat Luxemburg ein eher kühles Verhältnis zu Gold. Die staatlichen Goldreserven stagnieren seit Jahren bei 2,2 Tonnen – in der Weltrangliste ist das gerade mal Platz 91, kein Vergleich etwa zu den 227,4 Tonnen Belgiens. Die Luxemburger Goldimporte gingen von 2011 bis 2013 von knapp 690 Millionen US-Dollar auf 131,5 Millionen zurück – viel weniger als zum Beispiel für Seide oder Alu-Schrott. Vielleicht war Luxemburg gerade deshalb eines der ersten Länder nach England, in denen Fairtrade-Gold angeboten wurde. Außer Annick Mersch arbeiten hierzulande bereits sieben weitere Juweliere mit diesem Label.

Als erste Zentralbank gab die BCL im Jahr 2014 eine Sammlermünze aus Fairtrade-Gold heraus: „175 Jahre Unabhängigkeit Luxemburgs“, mit einem Gewicht von 6,22 Gramm (1/5 Unze). Um die mittlerweile ausverkauften 2 500 Stück in Wien prägen zu lassen, hatte die BCL 15 Kilo Gold gekauft. Dieser bis dahin größte Einzelkauf von Fairtrade-Gold soll den Bergwerken Aurelsa und Sotrami in Peru eine Prämie von 34 000 Euro gebracht haben. Im vergangenen Juni gab die BCL „d'Maus Ketti“ heraus, derzeit die einzige „faire“ Goldmünze auf dem Markt. Das Gewicht des Sammlerstücks mit einem Nominalwert von zehn Euro ist 3,11 Gramm (1/10 Unze); die Auflage beträgt 3 000 Stück; geprägt wurde sie wieder von der österreichischen Münze.

Gratis kommt an Fairtrade-Gold, wer mit der „Palme d'Or“ des Filmfestivals in Cannes, dem Friedensnobelpreis oder der neuen IOC-Trophäe „Olympic Laurel“ ausgezeichnet wird. Wer es selbst kaufen will, kann seit Dezember 2016 bei der BCEE „faire“ Goldbarren mit einem Gewicht von fünf und zehn Gramm erstehen. Dafür wurden zehn Kilo Gold von der Macdesa-Mine in Peru verarbeitet; der Fairtrade-Zuschlag von 18 800 Euro soll mehr als 500 Familien in der Atacama-Wüste

helfen. Für größere Barren, die Investoren bevorzugen, reichen die verfügbaren Rohstoffmengen noch nicht aus. Keine Schwierigkeiten, genügend Gold zu finden, hat dagegen Fairphone in Amsterdam, das erste Fairtrade-zertifizierte Elektronikunternehmen: ein Gramm Gold reicht für 1 000 beschichtete Smartphone-Platinen. Dafür muss nun wirklich kein Urwald umgehauen werden; es genügt das Recycling von alten Handys.

Alliance for Responsible Mining für handwerkliche Goldschürfer: www.responsiblemines.org

IRMA soll ein Standard für den industriellen Bergbau werden: www.responsiblemining.net

Gold-Kampagne der Rohstoff-NGO Earthworks: www.nodirtygold.org

Produktfinder, nicht nur für faires Gold: www.fairtrade.lu

Chronique Internet

Blockchain et réalité virtuelle, tandem gagnant ?

Jean Lasar

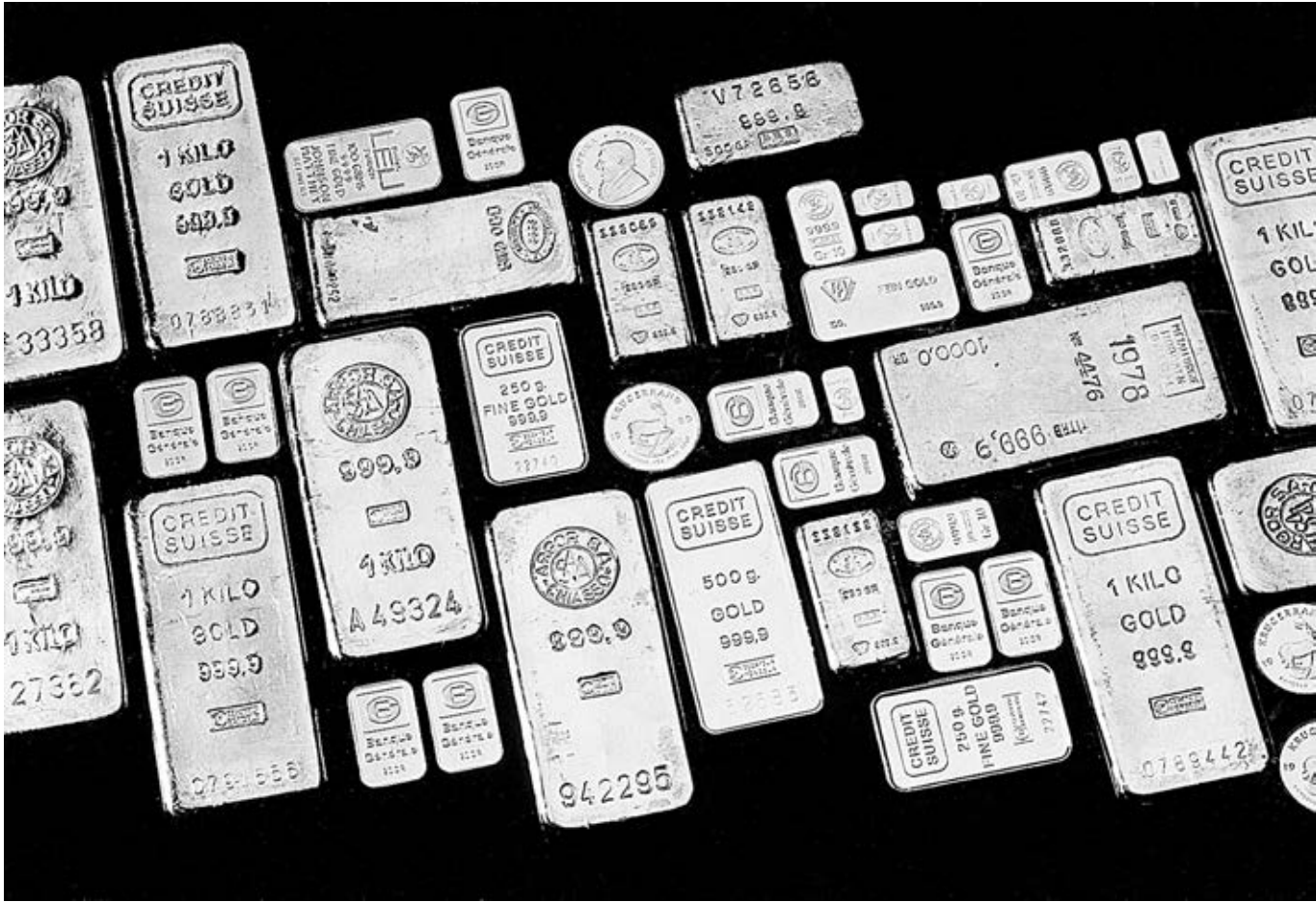
Que peuvent avoir en commun la *blockchain*, qui combine cryptographie et mise en réseau pour créer des registres décentralisés infalsifiables, et la réalité virtuelle, qui, grâce à de nouveaux périphériques de visualisation, se prépare à envahir nos vies par le biais des jeux ? Plus que ne le suggère l'intuition, affirme dans des publications récentes des explorateurs du futur tels que Simon de la Rouvière ou Fred Ehrsam.

Les personnes séduites par les univers ludiques en ligne tendent à y consacrer beaucoup de temps. Lorsqu'il s'agit de jeux en ligne qui font intervenir dans un même univers beaucoup d'internautes, ces derniers tendent à considérer que c'est là que se développe leur sociabilité. Si un des enjeux de ces univers est d'accumuler des cryptodevises spécifiques et que ceux-ci sont échangeables contre des espèces conventionnelles, les joueurs pourront même aller jusqu'à voir dans cette activité une forme de gagne-pain suprêmement désirable. Ajoutons à ce cocktail addictif l'intense immersion sensorielle procurée par des accessoires de réalité virtuelle, et le saut dans un monde parallèle n'en sera que plus séduisant.

Pourtant, même les aficionados les moins politisés seront amenés à se poser des questions sur les moyens de contrôle que leur passion confie aux entreprises propriétaires des plateformes de jeux sur leur vie, leur temps, leurs trophées (qui peuvent être monnayables) et, quand des cyberdevises sont associées à leur jeu de prédilection, à leur patrimoine. Ehrsam rapporte que plus de 100 000 personnes ont, à un moment donné, gagné leur vie en échangeant du « gold », la devise dédiée de « World of Warcraft ». Comment s'assurer que ces propriétaires ne vont pas en cours de jeu changer les règles à leur avantage, que ce soit pour s'accaparer les sommes investies ou pour réduire encore davantage en esclavage virtuel, pour mieux les traire, les hordes de joueurs ?

Loin d'être des élucubrations de science fiction, ces perspectives sont à prendre au sérieux, affirme Fred Ehrsam. « Imaginez si chacun vivait dans 'World of Warcraft' ou dans le monde virtuel que Facebook est en train de construire. Les vies sociales des gens, leurs biens et leurs emplois seront liés à cet univers. Et cela signifie que la compagnie au centre de cet univers pourrait tout enlever sur un coup de tête si cela devait leur convenir », avance-t-il. Et de suggérer que les *blockchains* apportent une réponse convainquante à ces problèmes, en rattachant les biens, virtuels ou non, à un registre d'où personne ne pourra les retirer, et en sécurisant l'identité de l'internaute. Il est vrai que du fait de leur nature décentralisée et de la quasi-impossibilité, sauf à monter de lourdes et périlleuses cyber-expéditions, de modifier les inscriptions qui y figurent, les *blockchains* apportent des garanties de pérennité et d'intégrité qui reposent, en dernier ressort, sur la résilience d'Internet. En même temps, de manière native, toute *blockchain* est instantanément disponible partout dans le monde.

Comparant la situation actuelle à l'émergence, au début d'Internet, des premières communautés en ligne strictement contrôlées par des opérateurs tels qu'AOL ou CompuServe, Ehrsam suggère qu'une tendance aux « jardins clos » de réalité virtuelle pourrait se faire jour chez des intervenants tels que Facebook, mais que la *blockchain* pourrait alors intervenir comme antidote efficace contre toute menace d'enfermement. Simon de la Rouvière va plus loin, suggérant qu'une technologie unifiant réalité virtuelle et *blockchain* peut devenir le vecteur de la réalité la plus susceptible de fonctionner en situation de survie : elle fournirait, face à une crise grave où tous les repères s'estomperaient, un environnement « réel » bien que reposant sur des liens portés par Internet. Un tel environnement pourrait continuer d'inspirer confiance et on pourrait, par exemple, y acquérir de la nourriture en échange de cryptodevises. Certain de l'incorruptibilité de la *blockchain*, de la Rouvière veut croire que cette perspective, a priori glaçante, peut néanmoins déboucher sur « un monde plus libre, ouvert, global ».



Eigentlich hatte die Glitzer-Branche ja gehofft, diese ganze Fairtrade- und Öko-Diskussion würde an ihr vorbeigehen

Die kleine Zeitzeugin

Stammbaumnews

Michèle Thoma

Nicht streiten, möchte frau angesichts der neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft sagen. Wir sind alle schön. Wir sind alle gut. Die einen so, die andern so, die einen dick, die andern doof, oder beides, oder nicht mal das, Hauptsache man bemüht sich. Und man weiß, wo man herkommt.

Zu dem Thema gibt es erstaunliche News. Die Forscher_innen können ja nicht aufhören zu forschen, es ist ein Drang, ein Zwang, sie können nicht anders. Ein beliebtes Deutschaufsatzabiturthema, Galileo Galilei, Greisinnen entsinnen sich, sicher immer noch auf dem Menü, das wird ja nicht so oft ausgetauscht. Bei ihrem hartnäckigen und zugleich hemmungslosen Herumgeforsche ist den Wissenschaftler_innen ein pechschwarzes Körnchen unter die Lupe gekommen. Das haben sie flugs unter die Lupe genommen. Es ist einen Millimeter groß.

540 Millionen Jahre, über den paläobiologischen Daumen gepeilt. Unser Ur-Elternteil ist nicht nur alt, sondern auch wunderschön

Und, okay, ich platze jetzt damit heraus, ich kann nicht mehr an mich halten: Es handelt sich um unser_e Vorfahr_in! Vergesst Mama Afrika, vergesst die Venus von Willensdorf, vergesst Neander- oder Whatever-Thal!

Wir haben dich, endlich!, wieder! RTL kommt, die Vermissst-Kamera, alle sind überwältigt, sprachlos, feuchte Augen, Familie, Ursprung, Identität. Kusskussi, nie wieder *lonely*.

Das uns vorgefahrene Wesen ist von einer einzigen Sorte, also, wie ich messerscharf schließe, monosexuell, was ja keineswegs monoton heißt. Unsere Vorfahrin, Adresse China, Provinz Shaanxi, hat auf das ganze Sex-Brimborium abgeklärt verzichtet, anscheinend war es nicht brauchbar. *Saccorhytus coronarius*, wie der Kosenamen der Forscher_innenfundes lautet, verfügte exklusiv über ein Maul, das musste reichen. Und es reichte auch, schließlich sind wir jetzt da! Ein Staunen befällt uns, man sieht, was alles möglich ist, man muss es nur für möglich halten. Quasi aus dem Nichts beziehungsweise dem All wurde etwas erschaffen, und immer mehr davon. Wenngleich nicht gerade über Nacht, ein bisschen Geduld war angebracht.

540 Millionen Jahre, über den paläobiologischen Daumen gepeilt. Unser Ur-Elternteil ist nicht nur alt, sondern auch wunderschön. Obschon die Paläobiolog_innen es ein bisschen an Respekt mangeln lassen, sie reden von einem Maul, das Maul nennen sie groß und sackartig. Urahn bestand quasi exklusiv aus Maul.

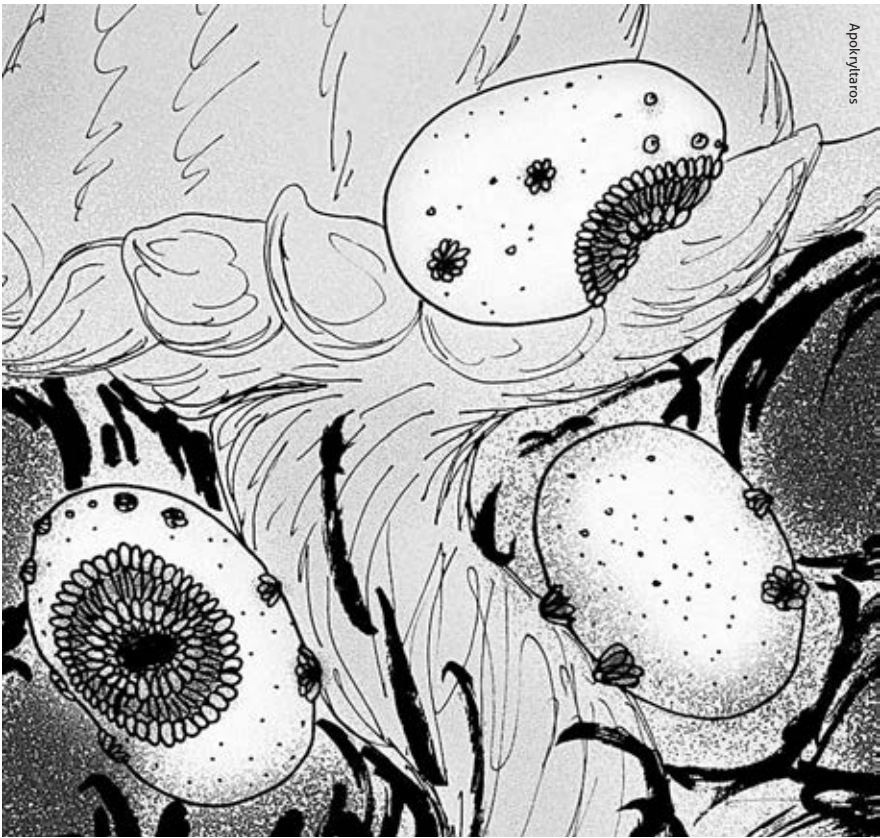
In der Urahnguggelgalerie können wir uns ein bisschen vertraut machen, es gibt ein berauschendes Porträt. Vielleicht will sich eine ein Bild übers Bett hängen oder es in einem geeigneten Moment aus dem Plastikfensterlein der Brieftasche nesteln, um Familiensinn zu demonstrieren, den es auch in unserm Kulturkreis gibt. Das Schöne dabei ist: Meine(r) ist deine(r)! Mein(e) Uri ist dein(e) Uri! *We are all one!* Und schaut sie nicht hinreißend aus? Um ein geheimnisschwangeres schwarzes Loch – wo bitte ist es sackartig? – ein perlmuttschimmerndes Doppelkollier aus Perlen. Darüber eine festliche Anordnung goldener Muscheln. Der Teint unserer aller All-Uri ist grüngülden.

Sie ist so majestätisch. Sie eignet sich hervorragend, in allen Amtsstuben und Schulen der Welt an der Wand zu hängen.

Dass Uri kein Arschloch hatte oder war, wird immer wieder angeführt. Na mein Gott, offensichtlich ging es ohne. Uris Kids, die so fürchterlich einfalllos geheißenen Neumünder, waren schon Kids der Neuzeit, sie wollten es abwechslungsreicher, es gab ja noch keine sozialen Medien. Aus einem Mund wurde, öfter mal was Neues, schwuppdwupp ein Anus, ein neuer Mund entstand. Und so weiter, man nennt das Evolution, ein Wort, das in den USA und der Türkei heute nur noch Mutige in den Mund nehmen.

Ein schwarzes Körnchen Wahrheit bringt Licht in das Dunkel unserer Geschichte. Nach derzeitigem Wissensstand natürlich, wie jede korrekte Forscherin einschränken muss. Vielleicht kommt ja bald ein neuer Besessener, der ein neues, uraltes Staubkorn abstaubt und unseren verehrten Ahn *Saccorhytus coronarius* entthront. Studien gibt es ja wie Sand am Meer, vielleicht scharrt die Dubai University bald eine neue Mini-Bomi aus dem goldenen Wüstensand?

Wobei, die Chancen stehen gut: So ein Großmaul muss einfach unser Vorfahr sein!



Eine Rekonstruktion von *Saccorhytus coronarius*, die man auf Wikipedia findet

Psychotherapie

De quoi la science du diagnostic est-elle le symptôme ?

Paul Rauchs

Depuis quelque temps des pysy de tout poil et de toute obédience se chamaillent dans la presse à propos de la nouvelle loi sur la psychothérapie. C'est dans ce contexte qu'un psychologue, professeur à l'Université (du Luxembourg), a pu proclamer du haut de sa chaire : « Durch die Aufnahme in die Ärztekammer (Collège médical) hat er [le législateur, ndr] den Psychotherapeuten- dem Arztberuf gleichgesetzt.¹ » Nous savons qu'une bonne thérapie consiste à restituer son histoire au patient, mais ici nous sommes plutôt dans le domaine de la fable. Sourions-en donc quelques instants avec de La Fontaine :

*Un psy vit un diplôme neuf
Qui lui sembla de belle taille.
Lui, qui n'était pas médecin et un peu dans le bluff,
Envieux, s'étend dans la presse et fouaille
Pour égalier le docteur en profondeur,
Disant : « regardez, Lydia, ma sœur ;
Est-ce assez ? dites-moi ; n'y suis-je pas encore ?
– Nenni. – M'y voici donc ? – Point du tout. – M'y voilà ?
– Vous n'en approchez point », dit la rétive sécu.
Le psy s'enfla si bien qu'il creva.
Le pays est plein de gens qui ne sont pas plus sages :
Tout thérapeute veut soigner comme les grands docteurs,
Tout petit psy a des folies d'grandeur,
Tout sorcier veut avoir des gages.²*

Mais en matière de psychothérapie, il ne s'agit ni de fable, ni de roman, fût-il celui, familial, de Freud, ni même de conte. Il y va plutôt de comptes à rendre, voire, malheureusement de comptes à régler. Les thérapeutes ne sont pas des comptables, même s'ils sont comptables de leurs actes, par rapport tout d'abord aux patients, bien sûr, par rapport aussi, ensuite aux pouvoirs publics qui contrôlent la profession et qui paient les professionnels. Et cette comptabilité très particulière commence avec le diagnostic.

Or le diagnostic est un acte médical, contrairement à ce qu'affirme le professeur Steffgen dans sa prise de position suscitée. Il y a bien sûr aujourd'hui une inflation de la science diagnostique et on parle à juste titre de diagnostic infirmier, de diagnostic psychopathologique, de diagnostic en matière de kinésithérapie, et cetera. Et l'article 4 de la loi précise bien que le futur psychothérapeute doit acquérir, dans sa formation, des « compétences en matière de diagnostic psychothérapeutique ». Mais en amont de ce genre de diagnostic, il y a le diagnostic médical, reconnue et établie par l'OMS dans son *International classification of diseases* qui en est actuellement à sa dixième édition. Ce diagnostic que seul le médecin est habilité à poser décide de la thérapie à appliquer, que ce soit en médecin interne, en chirurgie ou encore en psychiatrie.

Dans notre système médical, basé sur le conventionnement obligatoire des prestataires de soins avec la Caisse nationale de santé (CNS), ce diagnostic implique aussi le remboursement ou non de la prise en charge du patient. En général, la CNS ne rembourse que ce qui relève de la maladie. Un diagnostic et une prescription médicale en amont d'une psychothérapie sont donc indispensables, à la fois pour dire de quelle maladie ou souffrance il s'agit, pour exclure une causalité organique, pour poser l'indication du genre de psychothérapie à appliquer et *last but not least* pour permettre ou pas une prise en charge financière.

Le psychothérapeute non médical doit donc, bien sûr, avoir des connaissances en matière de diagnostic médical, mais sa compétence se limite au diagnostic psychothérapeutique. D'ailleurs si tel n'était pas le cas, quel jeune étudiant se coltinerait encore plus de douze ans d'études médicales et psychiatriques alors que cinq années d'études en psychologie suffiraient pour pouvoir bénéficier d'une formation de psychothérapeute qui serait « gleichgestellt » au médecin ? Le résultat en serait une pénurie de psychiatres face à un trop plein de thérapeutes non médicaux. Les propos du professeur de l'université locale sont-ils alors naïfs ou simplement de mauvaise foi ?

Certains psychothérapeutes, dans cette discussion, brandissent le critère de scientificité comme le fétichiste exhibe une bottine. Ils se sentent légitimés par la création d'un « conseil scientifique » instauré par la nouvelle loi et censé conseiller la ministre quant à la formation et à la reconnaissance des psychothérapeutes. Mais de quoi le terme de science est-il le symptôme ? D'une société tout simplement (?) qui



Mélancolie. Les psychothérapeutes seraient bien inspirés de se revendiquer avec fierté de leur appartenance au domaine des sciences humaines

Certains psychothérapeutes, dans cette discussion, brandissent le critère de scientificité comme le fétichiste exhibe une bottine

fierté de leur appartenance au domaine des sciences humaines, comme le font donc les médecins, mais aussi par exemple les psychanalystes.

La dénomination « conseil scientifique » est donc au pire une imposture, au mieux un acte fétichiste. C'est (aussi) pour ces raisons que votre serviteur a démissionné de ce drôle de conseil. Le fétiche, nous a appris Freud, est le bout de fourrure ou de tissu avec lequel on habille symboliquement le roi que nous savons pourtant nu. Le fétiche sert à cacher l'absence du pénis de la mère comme le sceptre et la couronne du souverain nous cachent que son sang n'est point bleu. Et la scientificité revendiquée par les universitaires de la psychothérapie est l'aveu que leurs théories et pratiques ne relèvent pas de la science au sens des sciences naturelles.

Mais pourquoi aveu ? Ce que ces thérapeutes « scientifiques » considèrent comme un manque n'est rien d'autre qu'une force. Ce n'est pas d'un moins qu'il s'agit, mais d'un autrement. Heureusement que la mère n'est pas phallique et qu'il n'y a pas de sang bleu qui coule dans les veines du roi. Et c'est ainsi qu'aujourd'hui nous devons relire autrement la fable de Jean de La Fontaine. La grenouille est certes moins grosse que le bœuf, mais elle est surtout différente. On a vu des grenouilles se métamorphoser en prince quand les bœufs ont été transformés en steak. Arrêtons donc de nous la faire jouer avec une « science » psychothérapeutique en mesurant l'angoisse comme on mesure la fièvre et en notant la dépression comme on note la tension artérielle. La grandiloquence d'un tel discours n'a jamais tenu lieu d'éloquence. Soyons fiers, au contraire, médecins et psychologues, psychanalystes et psychiatres, d'être des humanistes et non pas des comptables.

Paul Rauchs est psychiatre et psychanalyste.

¹ Georges Steffgen, « Der Patient im Mittelpunkt ! », *Luxemburger Wort*, 11.02.2017

² d'après Jean de La Fontaine, *La grenouille qui veut se faire aussi grosse que le bœuf*

Il y a 175 ans, le Luxembourg est devenu membre du *Zollverein*

Le premier marché commun (germanique)

Paul Schmit

« Le Luxembourg est [selon Carlo Hemmer] un don du fer, comme l'Égypte est un don du Nil »¹. La découverte dans les années 1840 de minerai oolithique dans le sud du pays, son extraction à l'échelon industriel, la production croissante de fonte et puis d'acier dans les décennies suivantes sont à juste titre considérées comme le fondement de la prospérité économique que notre pays avait acquise au tournant du XIX^e au XX^e siècle. Mais cet essor aurait-il été possible sans l'adhésion, il y a 175 ans, de notre pays au *Zollverein* et sans l'accès au vaste marché allemand qui s'en ouvrait non seulement pour les exportations de la sidérurgie, mais aussi pour les autres branches de l'économie indigène ?

Certains courants d'historiens semblent aujourd'hui douter de l'apport du *Zollverein* à la prospérité évoquée, voulant en attribuer les causes aux performances de l'industrie du fer. Même si en fin de compte il importe peu de savoir si l'union douanière avec l'Allemagne fut un facteur déterminant ou seulement un indispensable catalyseur de cette prospérité, il reste que sans la manne financière du *Zollverein*, l'État n'aurait probablement pas été capable de son colossal effort d'investissement dans les infrastructures qu'avait demandé l'industrialisation du pays.

L'union personnelle du Luxembourg et des Pays-Bas et encore davantage la décision du Roi Grand-Duc Guillaume I^{er} de gérer le Luxembourg comme s'il avait été une province néerlandaise n'avaient pas profité au pays. La politique des Pays-Bas vis-à-vis du Grand-Duché et leur législation fiscale avaient méconnu la situation déplorable de l'économie indigène. Cette situation ne s'était pas améliorée à l'époque du gouvernement belge. Et en 1839 la question se posait si un État minuscule, réduit à 2 586 kilomètres carrés, pouvait politiquement et économiquement survivre à la scission intervenue, à la coupure du marché néerlandais et à la convoitise annexionniste de ses voisins ?

L'isolement politique et économique plaçait le pays devant trois défis². Il convenait d'abord de créer un cadre institutionnel et administratif seyant à l'autonomie fraîchement acquise et répondant aux besoins de la population et de son économie : constitution d'états de 1841, loi communale de 1842, loi scolaire de 1843, création de divers corps administratifs – celui des Eaux et Forêts, des Travaux publics ou des Commissariats de district – constitution d'un contingent militaire, ...

Un deuxième défi tenait à la création d'infrastructures aptes à assurer les exportations d'une économie de petit espace ; la quasi-absence de voies navigables imposait la mise en place rapide d'un réseau routier reliant les différentes parties du pays entre elles et assurant les connexions avec les centres d'activités limitrophes ; les transports de pondéreux générés par l'industrie de la pierre et du fer rendaient de surcroît urgente les raccordements utiles au chemin de fer qui commençait à couvrir le continent. Enfin, l'intérêt d'éviter l'isolation réclamait un partenariat économique avec un des pays voisins ; restait à savoir avec lequel.

Le 6 juin 1839, à quelques jours de l'entrée en vigueur du Traité de Londres, le Parlement belge avait adopté la « loi de faveur » qui faisait bénéficier les échanges commerciaux entre la Belgique (notamment sa Province de Luxembourg) et le Grand-Duché de tarifs douaniers avantageux. À l'époque les taxes prélevées aux frontières avoisinaient, voire dépassaient souvent cinquante pour cent de la valeur des marchandises. La loi belge ramenait ces taux à quelque cinq ou dix pour cent. La loi de faveur ne fut abolie qu'en 1868, sans grand impact d'ailleurs pour le commerce belgo-luxembourgeois, puisqu'entre-temps un traité commercial avait été négocié entre la Belgique et le *Zollverein*.

La Confédération germanique fondée à la suite du Congrès de Vienne avait permis aux États allemands qui en étaient devenus membres, de conserver leur souveraineté. Le morcellement territorial qui en fut la conséquence avait maintenu les frontières au point qu'en 1820 on comptait en Allemagne quelques 57 tarifs douaniers différents, environ 1 800 postes douaniers et 123 devises. Des marchandises achemi-

« Also mästete sich fortan an Deutschlands mächtigem Stamme die ekelhafte Schmarotzerpflanze der Nation luxembourgeoise, ein Blendlingsvolk ohne Vaterland und darum ohne Ehre. » Heinrich von Treitschke (1899)

nées entre Königsberg et Cologne passaient au moins quatre-vingt contrôles en cours de route³. Sous la pression des milieux économiques dans une Allemagne qui se préparait à la révolution industrielle, de premières alliances commerciales avaient vu le jour à l'échelon régional dès les années 1820 (union douanière de la Prusse avec ses États voisins, étendue en 1828 à la Hesse-Darmstadt, *Bayrisch-württembergischer Zollverein* de la même année, *Mitteldeutscher Handelsverein* dès 1829, ...). En 1833, ces alliances régionales fusionnaient dans une grande union douanière qui allait s'étendre progressivement à toute l'Allemagne. Le *Zollverein* était né.

Sous la pression des milieux économiques dans une Allemagne qui se préparait à la révolution industrielle, de premières alliances commerciales avaient vu le jour à l'échelon régional dès les années 1820 (union douanière de la Prusse avec ses États voisins, étendue en 1828 à la Hesse-Darmstadt, *Bayrisch-württembergischer Zollverein* de la même année, *Mitteldeutscher Handelsverein* dès 1829, ...). En 1833, ces alliances régionales fusionnaient dans une grande union douanière qui allait s'étendre progressivement à toute l'Allemagne. Le *Zollverein* était né.

Sous la pression des milieux économiques dans une Allemagne qui se préparait à la révolution industrielle, de premières alliances commerciales avaient vu le jour à l'échelon régional dès les années 1820 (union douanière de la Prusse avec ses États voisins, étendue en 1828 à la Hesse-Darmstadt, *Bayrisch-württembergischer Zollverein* de la même année, *Mitteldeutscher Handelsverein* dès 1829, ...). En 1833, ces alliances régionales fusionnaient dans une grande union douanière qui allait s'étendre progressivement à toute l'Allemagne. Le *Zollverein* était né.

Le « Zollvereinigungs-Vertrag », initié et dès le début dominé par la Prusse, entraînait en vigueur le 1^{er} janvier 1834. Son objet consistait à assurer le libre-échange dans un grand territoire communautarisé, sans barrières douanières à l'intérieur (« in fortgesetzter Fürsorge für die Beförderung der Freiheit des Handels und des gewerblichen Verkehrs zwischen Ihren Staaten ») et appliquant un tarif douanier commun aux frontières extérieures. Les villes hanséatiques qui privilégiaient leurs relations transocéaniques, comptaient parmi les derniers à rejoindre le *Zollverein*. Parce qu'on lui reprochait sa politique protectionniste, l'Autriche avait été tenue à l'écart, mais elle finit par conclure un accord commercial avec le *Zollverein* à l'instar d'ailleurs de la plus grande partie des autres États européens.

Le statut d'adhésion du *Zollverein* n'était pas le même pour tous. Les « grands » étaient membres à part entière, d'autres se partageaient une voix, d'autres encore devaient, en adhérant, céder leur droit de vote à la Prusse. Les droits de douanes prélevés aux frontières extérieures étaient collectés au « Central-Rechnungsbüro » à Berlin ; après déduction des compensations dues du chef de charges administratives ou de contrôles effectués aux frontières extérieures, le solde était réparti entre les membres en fonction de leur importance démographique. Grâce à l'uniformisation des devises et des poids et mesures, grâce au développement des infrastructures de transport et grâce aux relations commerciales établies avec un nombre croissant d'autres pays, le *Zollverein* s'est en fin de compte avéré une réussite, car il rendait possible de rattraper les retards d'industrialisation par rapport à l'Angleterre et contribuait à la préparation de l'union politique qui allait devenir réalité en 1871⁴.

Le *Zollverein* a fait preuve d'une grande stabilité face aux crises politiques et militaires qui ont balisé l'histoire allemande du XIX^e siècle. Ainsi la Bavière

et le Wurtemberg continuaient à verser à la caisse centrale du *Zollverein* les recettes perçues à leurs frontières, bien qu'ils fussent militairement engagés du côté de l'Autriche en 1866. L'union douanière allemande se maintenait aussi dans la nouvelle configuration politique résultant de la dissolution de la Confédération germanique et de la création du *Norddeutscher Bund* qui allait se fondre dans l'Empire allemand. À partir de 1871 le *Zollverein* n'avait d'ailleurs plus que deux membres, l'Empire allemand et le Grand-Duché de Luxembourg.

Devenue voisin direct du Luxembourg en 1815 et entretenant la garnison de la forteresse de Luxembourg, la Prusse avait insisté sur l'adhésion du Luxembourg au *Zollverein*. Entre la signature du Traité de Londres, le 6 avril 1839, et sa démission, le 7 octobre 1840, Guillaume I^{er} avait de son côté poussé à l'acception de cette proposition.

Contrairement à son père, Guillaume II essayait de tergiverser avec l'intention de prendre au mieux en compte les aspirations luxembourgeoises qui tendaient vers un partenariat avec la Belgique, sinon avec la France⁵. Grâce à la complicité de l'administration néerlandaise relayant subrepticement les intérêts allemands⁶, Guillaume II céda finalement et acquiesça à l'adhésion, après que les dernières négociations eurent été menées non par des Luxembourgeois, mais par des diplomates hollandais.

Le 8 février 1842 le « Vertrag über den Anschluss des Großherzogtums Luxemburg an den deutschen Zoll- und Handelsverein » devenait réalité. Le Luxembourg s'y engageait à publier et à appliquer le tarif douanier commun, la loi et le règlement douaniers allemands et le *Zollstrafgesetzbuch* allemand. Le traité était conclu pour cinq ans ; il allait être renouvelé successivement en 1847, 1853, 1865,

1872 (pour 40 ans) et 1902 (prématurément avec une durée d'application censée venir à échéance en 1959). Après son deuxième renouvellement l'accord était enfin publié au Mémorial⁷.

Le Luxembourg n'allait jamais arriver à se défaire de deux contraintes majeures que la Prusse avait imposées : il n'eût pas le droit de vote dans les assemblées délibérantes que la Prusse assumait pour son compte, et il devait accepter que Berlin désigne le *Zoll-Direktor* compétent pour le Luxembourg.

Curieusement l'opposition initiale des Luxembourgeois avait moins tenu à la peur des vellétés annexionnistes allemandes qu'on aurait pu redouter derrière l'offre prussienne d'adhésion au *Zollverein* qu'à la crainte d'un effondrement de leur économie⁸. Or, ils réalisaient bien vite que leur peur n'était pas fondée. Dès les années 1850 l'adhésion était ressentie comme « un événement heureux pour le Luxembourg, tant sous le rapport financier que d'un point de vue commercial et industriel »⁹.

En effet, les recettes reçues représentaient 3 330 000 francs pour les seules années 1842 à 1847¹⁰. L'agriculture continuait à profiter de la loi de faveur belge. Le vin luxembourgeois connut des débouchés inespérés en Allemagne, où l'Elbling, assemblé aux vins palatins pour la production de mousseaux, était apprécié pour son acidité. Grâce au coke qui remplaçait progressivement le charbon de bois dans les hauts fourneaux et grâce à une taxation plus élevée des produits sidérurgiques importés de Grande-Bretagne, la situation des maîtres de forge s'améliorait, mais il fallut attendre la mise en application des procédés Bessemer et Thomas-Gilchrist pour obtenir une fonte de qualité à permettre de produire l'acier sur place. C'est notamment à cette époque que l'activité sidérurgique a pris son envol.



Koning Willem II (Teekening op hout, naar het portret berustende op het Raadhuis te Amsterdam).

Roi Guillaume II – Gravure dans Pieter Harme Witkamp, *Geschiedenis der zeventien Nederlanden* (1873)

Tout en ne refusant pas les retombées économiques du *Zollverein*, les Luxembourgeois n'étaient pas prêts à accepter la germanisation du pays. La présence de la garnison prussienne dans la capitale et le sort pitoyable des anciens Luxembourgeois habitant de l'autre côté des cours d'eau qui formaient dorénavant la frontière orientale du pays, continuaient à entretenir la méfiance contre tout ce qui était prussien.

Les décisions de la *Generalkonferenz* étaient publiées, normalement sans autres suites. Le Gouvernement intervenait dans les compétences du directeur des douanes. Les infractions à la législation douanière n'étaient que rarement poursuivies, et si une affaire donnait exceptionnellement lieu à procès, les juges firent preuve de mansuétude.

Ce manque de coopération était un sujet d'irritation permanente pour le *Zoll-Direktor* von Reibnitz qui, en plus, entretenait des relations plutôt envenimées avec le directeur général des finances Norbert Metz. L'ultime parade du gouvernement pour se défaire de ce personnage encombrant consistera à proposer la suppression de la circonscription douanière luxembourgeoise et son intégration dans la direction de Cologne. Berlin n'y réagira pas et continuera à faire droit de son droit de proposition : tous les successeurs de von Reibnitz seront sans exception allemands. Et les chamailleries continuaient : différends sur les frais de fonctionnement de la direction des douanes jugés trop élevés, retards dans la nomination à des postes haut gradés, introduction de taxes locales qu'interdit l'accord (la Bavière réclama énergiquement la suppression de l'« octroi » introduit par la Ville de Luxembourg sur les bières importées). Berlin protestait, le Grand-Duché oubliait de répondre.

L'ambassadeur de Prusse à La Haye dut finalement intervenir (note du février 1852) : « La Prusse aime à maintenir de bons rapports avec tous ses voisins et désire sincèrement la prospérité et le bien-être du Grand-Duché dont la dynastie est si proche parente de la sienne, mais elle ne peut permettre qu'un État quelconque fasse si peu de cas d'elle qu'il ose regarder les notes officielles de ses ministres comme non avenues. Aussi ne veut-elle plus tolérer de la part du Luxembourg ce que, quand même elle ne disposait pas de 500 000 baïonnettes, elle n'aurait certes pas enduré aussi longtemps de la part de toutes les autres grandes puissances de l'Europe réunies ensemble. Tout à ses bornes. Mes instructions sont très précises à cet égard ; cependant je ne voudrais pas en faire usage, persuadé que je suis que c'est sans mauvaise intention que le Grand-Duché ne se conforme pas aux règles généralement adoptées en diplomatie dans le reste de l'Europe.¹¹ »

Pourtant il n'y aura pas de rupture. Avec le temps les deux côtés réalisaient que les avantages de l'union l'emportaient sur les inconvénients, même si les craintes luxembourgeoises demeuraient face à l'hégémonisme de la Prusse, suite à ses victoires sur l'Autriche en 1866 et sur la France en 1870.

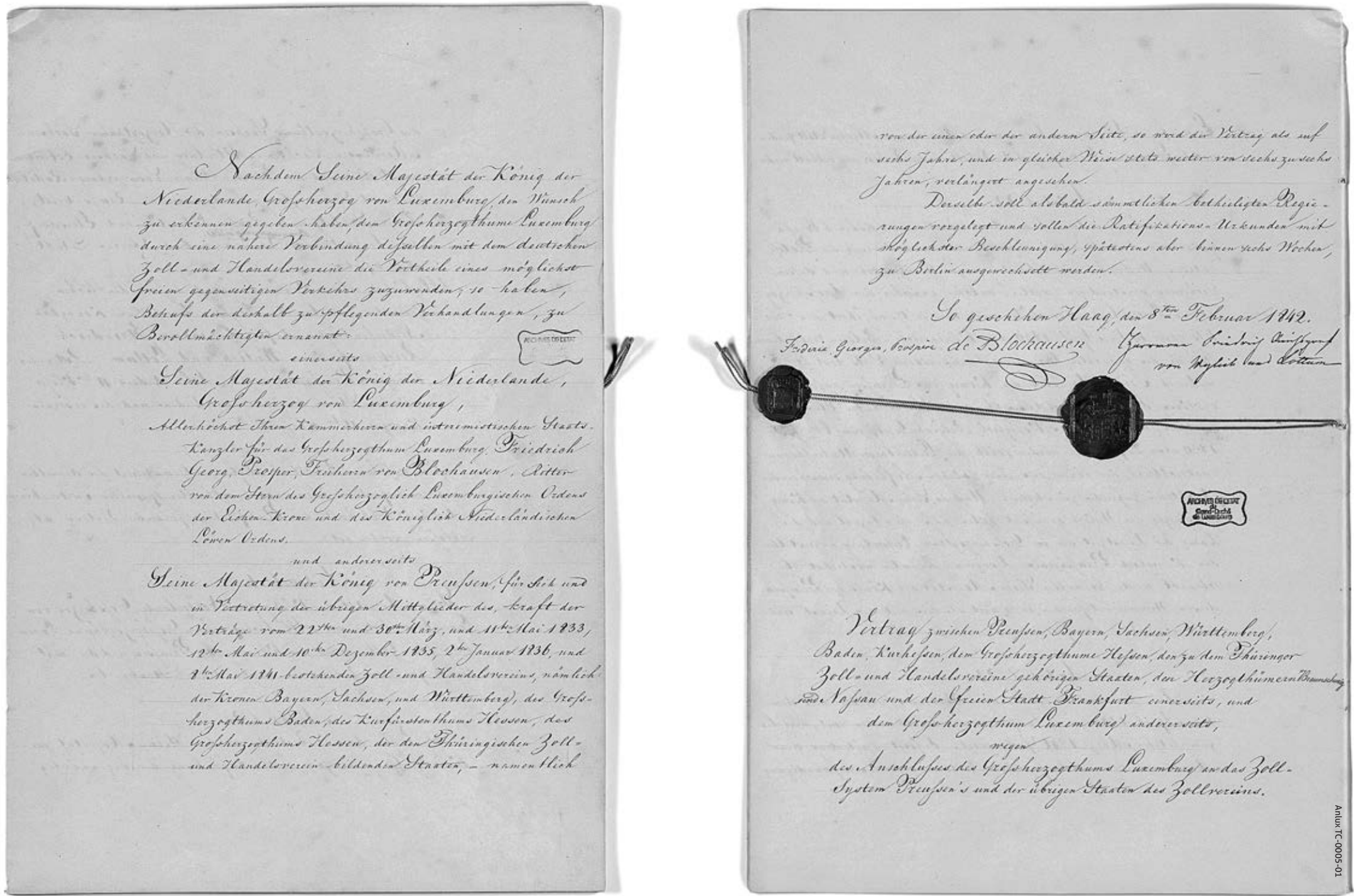
Cette crainte sera alimentée une nouvelle fois lorsqu'en 1872 se posera la question ferroviaire.

Dès 1859, la société concessionnaire du réseau de chemin de fer « Guillaume-Luxembourg » en avait délégué l'exploitation à une compagnie alsacienne, la Compagnie de l'Est.

Le *Zollverein* avait survécu sous forme amendée aux conflits ayant opposé la Prusse bismarckienne d'abord à l'Autriche, ensuite à la France. Le Luxembourg avait fait preuve de neutralité. Les menaces de Bismarck qui avait reproché au gouvernement luxembourgeois de ne pas avoir respecté son statut de neutralité que lui avait octroyé le Traité de Londres du 11 mai 1867 avaient pu être écartées.

Le Traité de paix de Francfort de 1872 entre la France et l'Allemagne avait par la suite attribué l'Alsace et la Lorraine à l'Allemagne. Il y était prévu que les chemins de fer exploités par la Compagnie de l'Est seraient placés sous gestion allemande. Cela valait donc aussi pour le réseau Guillaume-Luxembourg. Le Gouvernement luxembourgeois essaya de tergiverser sans succès, car Berlin menaça de ne pas reconduire l'accord douanier si le

(Suite en p.14)



Extraits de la Convention d'adhésion du Grand-Duché de Luxembourg au Zollverein, conclue avec la Prusse le 8 février 1842

(Suite de la p.13)

Luxembourg n'acceptait pas la mise sous gestion allemande de son chemin de fer. Il ne restait finalement qu'à acquiescer. L'accord ferroviaire entre l'Allemagne et le Luxembourg, qui était conclu en 1872, confirmait le maintien du *Zollvertrag* pour autant que le réseau Guillaume-Luxembourg restât placé sous gestion de la *Reichsbahn*. Dorénavant, l'économie luxembourgeoise dépendait à un double titre du *Reich* allemand.

Cette dépendance s'accroîtra encore jusqu'à la Première Guerre Mondiale sous l'effet de la présence massive de capitaux, de *know-how* technique et de main-d'œuvre allemands dans la sidérurgie qui s'approvisionnait de surcroît en coke et en charbon dans les houillères allemandes et qui écoulait en grande partie ses produits finis sur le marché allemand.

L'effet conjugué des avantages du *Zollverein* et l'essor de la sidérurgie luxembourgeoise dès les années 1870 ont conforté la prospérité du pays au bénéfice de tous les secteurs de l'économie et de l'ensemble des couches de la population. Vers la fin du siècle la contribution luxembourgeoise représentait quinze pour cent de la production sidérurgique du *Zollverein*. Les droits douaniers contribuaient avec plus de trente pour cent aux recettes du budget national dépassant de la façon l'apport venant des contributions directes.

C'est à cette époque qu'Eugène Mercier mettait à profit les dispositions du *Zollverein*. En effet, le *Zolltarif* ne taxait pas l'importation des produits de la nature comme le moût de raisin, contrairement à l'application de taxes sur les boissons alcoolisées. Mercier faisait transporter le moût obtenu dans ses pressoirs à Épernay par chemin de fer à Luxembourg où eut lieu la fermentation dans des installations en face de la Gare centrale. Les anciennes casemates servaient de caves pour le champagne qui était vendu sur le marché allemand.

En dressant le bilan du *Zollverein*, Christian Calmes et Danielle Bossaert constatent que notre pays, « l'une des régions les plus pauvres, miséreuses et sous-développées d'Europe jusqu'à la seconde moitié du XIX^e siècle, était devenu en 1914 un des territoires les plus riches¹² ». Et ils évoquent à titre d'illustration le revenu national annuel de 11 500 francs *per capita* qui représentait au début du XX^e siècle le double de ceux de la France et de la Belgique et le triple de celui de l'Allemagne.

Mais la richesse fait des envieux, comme documenté en 1899 par l'historien allemand Heinrich von Treitschke : « Nun [ab 1842, mit dem Eintritt Luxemburgs in den Zollverein] entstand wieder ein geordneter Verkehr, das fleissige betriebssame

Le Grand-Duché dut accepter deux contraintes majeures imposées par la Prusse : il n'eut pas le droit de vote dans les assemblées délibérantes et il devait accepter que Berlin désigne le Zoll-Director compétent pour le Luxembourg

Völkchen begann wieder zu hoffen und knüpfte bald einen Geschäftsverkehr mit den östlichen Nachbarn an, der sich zum Erstaunen der Luxemburger selbst als gesund und einträglich erwies. Nicht lange, so empfing das Grossherzogtum mehr als eine halbe Million Franken jährlich aus den Kassen des Zollvereins, eine Summe, die über die bescheidene Konsumtion des Ländchens sehr weit hinausging. Gleichwohl dankte Niemand den Deutschen für solche Wohltaten. Die Luxemburger wollten nicht vergessen, wie kläglich der Deutsche Bund sie während der Revolutionsjahre preisgegeben hatte, sie hassten die Preussen, die Beschirmer der Bundesfestung, als ihre natürlichen Feinde. Der Grossherzog tat auch gar nichts, um das Land dem deutschen Leben zu befreundeten. Rechtspflege, Verwaltung, Geldwesen blieben belgisch-französisch in dem grunddeutschen Lande – lediglich zur Bequemlichkeit der verwälschten Beamten, die sämtlich auf französischen oder belgischen Hochschulen ihre Lehrzeit verlebt hatten und dann daheim Alles aufboten um die alten ehrlichen Ortsnamen Klerf und Siebenbrunn in Clervaux und Septfontaines zu verwandeln. Also mästete sich fortan an Deutschlands mächtigem Stamme die ekelhafte Schmarotzerpflanze der Nation luxembourgeoise, ein Blendlingsvolk ohne Vaterland und darum ohne Ehre.¹³ »

En occupant le Luxembourg, le 2 août 1914, l'Allemagne avait violé les engagements pris dans le cadre du Traité de Londres de 1867. À la fin de

la guerre le Gouvernement luxembourgeois eut par ailleurs soin de laver le pays de la suspicion d'avoir été de connivence avec l'Allemagne (renvoi des ambassadeurs belge et français en 1914, réception de l'Empereur allemand avec tous les honneurs protocolaires à la cour grand-ducale, fonctionnement de la sidérurgie luxembourgeoise dans l'intérêt de l'armement allemand, ...) : « Mit Ausbruch des Krieges hat die deutsche Regierung die [vorgenannten] Verträge aufgehoben durch Handlungen, die nicht nur den wesentlichen Bestimmungen der Verträge zuwiderlaufen, sondern auch den Bestand Luxemburgs als eines freien und unabhängigen Staates in Frage stellen. Die Großherzoglich Luxemburgische Regierung [...] kündigt hiermit ausdrücklich den Zollvertrag und

erklärt, dass Luxemburg vom 31. Dezember 1918 ab aus dem Deutschen Zollverein ausscheidet. »

Le glas pour le partenariat douanier et commercial avec l'Allemagne avait sonné, l'exploitation du chemin de fer luxembourgeois par la *Reichsbahn* appartenait au passé. Le Luxembourg retrouvait son indépendance économique et avec elle sa précarité.

La recherche d'un nouveau partenaire économique allait finalement prendre forme en 1922 grâce à l'union économique et monétaire conclue avec la Belgique malgré la préférence que les Luxembourgeois avaient donnée à la France lors du référendum du 28 septembre 1919. Mais voilà une autre page de l'histoire luxembourgeoise.

Zu Gast

Déi richteg Flüchtlingskris

Jean Schoos

D'Regierung jéimert iwwer d'Situatioun vun de Flüchtlingen zu Lëtzebuerg an doriwwer, datt an de Struktüre keng Plaz méi ass. D'Ministesch Corinne Cahen beklot sech iwwer déi Flüchtlingen, déi net dierften am Land sinn. Wann eng Ministesch esou eppes seet, wëll si dacks vun hirer Verantwortung oflenken. Mat därer Situatioun, fir déi si an hir Regierung d'Veantwortung dréit, wëll si näischt ze dinn hunn.

Allerdéngs dierft et schwéier sinn, en anere Schëllège wéi d'Regierung ze fannen. Well hir Servicer hu jo alles gemaach, fir déi onsënneg Politik vun den éischte Méint vun der Migratiounskris matzedroen. Besonnesch de Bauseminister Jean Asselborn läit nach haut voll op der Merkel-Willkommen-Linn, déi Däitschland scho laang opginn huet.

Et ass schwéier, en anere Sënnebock wéi d'Regierung ze fannen, wa mir haut feststelle mussen, datt et mat den Infrastrukture fir Flüchtlingen hei zu Lëtzebuerg hannen a vir net duer geet. Dee ganzen iwwer éiergäizege Projet huet vun Ufank un vum

De Jean Schoos ass President vun der Alternativ-demokratescher Reformpartei

Asaz vun ONGen, Asblen a vun de Fräiwëllegen-déngschter gelieft. Wann net si mat honnerte vu fräiwëllegen Hänn beim Empfang, bei der Versuerg, bei der Aweisung, bei éischten Integratiounsschrëtt sech vëlle onbürokratesch voll engagéiert hätten, wär déi schlecht Situatioun wuel nach méi schlémm wéi si haut ass.

Wien ass also schold, ausser der Regierung, déi sech an d'Land total iwwerschat huet, wéi si därer däitscher Hauruck-Politik noginn huet? D'Lokalpolitik huet Zousoe gemaach, déi net realistesch waren, wat d'Prozedure fir Wunnraum ze schaafen ueget, mä och, wat d'Akzeptanz an der Bevëlkerung ueget, fir massiv Flüchtlingen opzehuelen. Mä och d'Lokalpolitik a besonnesch d'Gemengen, déi de Regierungsparteien no stinn, si viru vollendten Tatsaache gestallt ginn.

D'Flüchtlingen, déi sech op de Wee gemaach hunn, sinn och net schold. Och net déi Wirtschaftsflüchtlingen, déi hiert Gléck probéiert hunn, obwuel hinnen hätt misse kloer sinn, datt si net kéinten als Krichsflüchtlingen unerkannt ginn. Et war gewosst, datt dat eidelt däitsch Versprieche vun den oppene Grenzen an den oppenen Äerm net nëmme Krichsflüchtlinge géing ulackelen. An déi Leit, déi hei am Land net unerkannt gi sinn, sinn net schold, datt d'Regierung nach kee Wee fonnt huet, fir si erëm heem ze schécken.

Déi Leit, déi unerkannt gi sinn, awer um Lëtzebuerg Wunnengsmaat nach keng Wun-

¹ Carlo Hemmer, *L'économie du Grand-Duché de Luxembourg*, deuxième partie, Éditions Jos. Beffort, Luxembourg, 1953 (p. 21)

² Michel Pauly, *Geschichte Luxemburgs*, Verlag C.H. Beck, München, 2011 (p. 69 et svtes)

³ Paul Schmit, « Le Luxembourg et le Zollverein », *Hémécht*, n°3/2013, Imprimerie Saint-Paul, Luxembourg, 2013 (p. 316)

⁴ Citation du ministre prussien des Finances Friedrich von Motz (de 1815 à 1830) : « Wenn es vom politischen Standpunkt aus gesehen wahr ist, dass der Zoll nur die Folge der politischen Trennung von verschiedenen Staaten ist, dann muss es auch wahr sein, dass das Einverständnis dieser Staaten über die Bildung einer Zoll- und Wirtschaftsunion gleichzeitig den Willen, ein einziges politisches System zu bilden, erzeugen muss. » (Christian Calmes, Danielle Bossaert, *Geschichte des Großherzogtums Luxemburg*, Luxembourg, Éditions Saint-Paul, 1995, p. 189)

⁵ Cf. Témoignages de l'époque cités par Gilbert Trausch, *Le Luxembourg à l'époque contemporaine*, Éditions Bourg-Bourger, 1981 (p. 30)

⁶ Abbé Fleury de Lannoy, « L'accession du Luxembourg au Zollverein en 1842 », *Revue belge de philologie et d'histoire*, 1/1922 (p. 321) : cf. dépêche de l'ambassadeur prussien Reichsgraf von Wylich und Lottum à son Roi, le 24 octobre 1841 : « D'après lui [Stift], responsable de la chancellerie luxembourgeoise à La Haye] il n'y avait qu'un moyen de faire céder le roi. C'était de forcer le roi de Hollande par la Hollande elle-même. Stiftt conseillait donc d'envoyer un ultimatum avec la menace de mesures contre le commerce hollandais si la ratification n'était pas donnée dans un délai fixe et assez court pour que dans l'intervalle un traité ne fût pas signé avec la France ou la Belgique. »

⁷ L'accord d'adhésion au Zollverein est publié au Mémorial n° 47 de 1854 avec les traités relatifs à son renouvellement de 1847 et 1853 et avec le tarif douanier et d'autres actes internationaux liant désormais également le Luxembourg.

⁸ Albert Calmes, *Der Zollanschluss des Großherzogtums Luxemburg an Deutschland*, Band I, 1919 (p. 68) : « Wäre der Zollanschluss bloß eine politische Frage gewesen, und hätten die Luxemburger diese zu entscheiden gehabt, so hätten sie sich im Gegensatz zum Herrscher mit geringen Ausnahmen für den Anschluss an Belgien ausgesprochen, einmal, weil dadurch wenigstens die wirtschaftliche Wiedervereinigung beider Teile Luxemburgs, die seit Jahrhunderten eine politische und wirtschaftliche Einheit gebildet hatten, erzielt worden wäre, und zweitens, weil der freiheitliche Geist der belgischen Institutionen ihnen sympathischer erschien als die in den deutschen Staaten blühende Reaktion. »

⁹ Jean Ulveling, « Recueil méthodique de renseignements et de notes sur la période de 1839 à 1848 de l'histoire du Grand-Duché de Luxembourg », PSH 12, 1856 (p. 10)

¹⁰ *Ibid.* : les recettes budgétaires annuelles oscillaient à l'époque autour de trois millions de francs.

¹¹ Cf. Albert Calmes, *op. cit.* (Band 2, p. 45)

¹² Christian Calmes et Danielle Bossaert, *op. cit.* (p. 185)

¹³ Heinrich von Treitschke : *Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert*. Band 5; 4. Ausgabe, Leipzig 1899, p. 44 (cité par Gilbert Trausch : IN 5).

neng fonnt hunn a scho guer keng, déi hinne géing erlaben, hir Famill nokommen ze loos-sen, sinn grad esou wéineg schold un der aktueller Situatioun wéi déi Leit, déi Wunnraum verlounen. Och hei muss d'Regierung sech froe loos-sen, wéi si sech dat virgestallt huet a wat fir eng Léisung hier virgeschwief ass fir de Wunnengsproblem ze regelen – fir d'Flüchtlingen an och déi aner Leit op der Sich no Wunnraum fir sech an hir Familjen. Keng Schold treëft och d'Wirtschaft, déi nëmme Leit kann astellen, mat Qualifikatiounen, déi si gebrauche kann, an déi eng Sprooch schwätze fir sech op der Schaff ze verstännegeen.

Mir mussen deene Leit hëllefen, déi eis Hëllef brauchen, huet d'ADR zur Migratiounskris gesot. Mir mussen drop gehalen, datt d'UN-Konventionne mussen agehale ginn. Mir hu gewarnt, datt d'onkontrolléiert Awanderung an d'Ausserkraftsetze vu banneneuropäeschen Traitée géinge grave Problemer mat sech bréngen. Haut sinn genee déi Problemer do.

Haut klot d'Regierung, datt den Dublin-Traité net agehale gëtt, dee si mat Däitschland ënnergruewen huet. Haut beklot sech d'Ministesch iw-wer d'Zoustänn an de Foyeren. Deemoools waren d'ADR-Warnungen hir en Dar am Aen.

Et ass keng Freed, vun der Realitéit bestätegt ze ginn. Et ass awer eng Pflicht, d'Responsabilitéit fir d'Situatioun weider kritesch ze hannerfroëen.



tablo

Photographie



« Europe des lumières ou alors des ténèbres »...

...dit le texte écrit par Bertrand Cantat et Brigitte Fontaine pour la chanson *L'Europe de Noir Désir* (2001), dont le photographe Armand Quetsch reproduit les paroles en guise d'explication de ses images dans son nouveau livre *Dystopian circles – Fragments... All along* (Peperoni Books, 2016, 48 euros). Samedi 4 mars, le Centre national de l'audiovisuel invite au vernissage de l'exposition éponyme d'Armand Quetsch, qui sera également la présentation officielle de son livre au Luxembourg (lire la critique de Lucien Kayser, *d'Land* du 2.12.16). Pour ses photos, Armand Quetsch a sillonné le continent européen d'Ouest en Est et du Nord au Sud. Parti pour faire un travail sur les réfugiés arrivant à Lampedusa, il a découvert un continent en déliquescence et a réorienté son regard vers les traces qu'a laissées l'histoire troublée des dernières décennies en Allemagne, en Autriche, en Grèce ou en Albanie. Son constat est pessimiste et sombre, ses photos sont contemplatives et tout en retenue (jusqu'au 14 mai ; informations : www.cna.public.lu). jh

Architecture

Du droit à la ville

Mercredi prochain, 1^{er} mars, le professeur Florian Hertweck donnera sa conférence inaugurale à l'Université du Luxembourg. *Qu'est-ce que l'architecture et à quoi ça sert ?* est le titre très général de cette conférence durant laquelle Hertweck exposera sa vision de l'architecture, entre recherche formelle et proposition de solutions aux défis d'une société en mutation. Florian Hertweck, né en 1975, est Allemand mais a fait ses études et créé un bureau d'architecte en France. Il est responsable du futur master en architecture de l'Uni.lu, qui sera lancé à la rentrée d'automne. Praticien et penseur, intellectuel et pragmatique à la fois, il est d'une grande lucidité, voyant l'architecte comme un acteur essentiel dans le geste politique de « faire société » (voir *d'Land* du 21.10.16). Ainsi, sa première proposition fut l'organisation de la Schengen summer school for architecture en septembre dernier, avec une conférence de la sociologue américaine Saskia Sassen (photo TPC, avec le ministre du Logement Marc Hansen, DP, à gauche). Sa conférence donnera un large panorama de l'architecture contemporaine, pour ensuite avancer sa définition de l'architecture, qu'il situe entre les disciplines (le 1^{er} mars à 18 heures, salle 3.330 de la Maison du savoir à Belval, conférence ouverte gratuitement au public). jh



Politique



Guy Arendt looking at things

Depuis un an, Guy Arendt, l'ancien député-maire libéral de Walferdange, est secrétaire d'État à la Culture, épaulant le ministre Xavier Bettel à la lourde charge de pacifier le secteur culturel après le douloureux épisode Maggy Nagel. Mais que fait-il de ses journées ? De plus en plus de charges du ministère ont été outsourcées : le volet stratégique de définition d'un plan de développement culturel à Jo Kox, qui a un contrat d'indépendant pour le ministère, la réflexion sur le financement à l'Œuvre et au Focuna, la promotion au ministère de l'Économie... La réponse, on la trouve sur Twitter : Guy Arendt regarde des choses. À longueur de semaine, il sillonne le pays et marque son intérêt pour ce qu'on lui présente (photos : @kult_min). Ainsi, le 9 mars, il assistera par exemple au centre commercial Laangwiss à l'inauguration d'une sculpture faite d'un orme mort, qui avait poussé dans le jardin du propriétaire du *mall*, Norbert Friob. Décidément, les journées sont longues... jh

Scènes

Six personnages et un compositeur

Les *Six personnages en quête d'auteur* de Luigi Pirandello (1921) sont un classique du théâtre, et en tant que tels, régulièrement joués au Luxembourg. Pour le TNL, Frank Hoffmann a eu l'idée originale de demander au compositeur contemporain Claude Lenners d'adapter la pièce en musique. *Sechs Personen suchen einen Komponisten*, sa lecture de la pièce, fêtera sa première au Luxembourg mercredi prochain, 1^{er} mars, au TNL. Avec, sur scène, entre autres Ulrich Gebauer et les Luxembourgeoises Marie Jung et Monique Simon, accompagnés d'un orchestre entièrement féminin. jh



Mathématiques élégantes

Le même jour, mercredi 1^{er} mars, Anne Teresa de Keersmaecker revient au Grand Théâtre, cette fois avec son acclamé *Rain*, créé en 2001 à Bruxelles avec sa compagnie Rosas et l'ensemble de musique contemporaine Ictus. *Rain* est un ballet avec dix danseurs qui interprète la célèbre *Music for 18 musicians* de Steve Reich (joué en live sur scène). Où il est question de géométrie, de temps et d'espace (photo : Herman Sorgeloos ; informations : www.theatres.lu). jh

On ne remerciera jamais assez la metteuse en scène Anne Simon (à gauche) de nous apporter des pièces de théâtre contemporaines d'auteurs vivants et assez peu joués au Luxembourg, qui parlent de la vie des générations X et Y. Il en va ainsi de Joe Penhall (né en 1967), connu entre autres pour *Some Voices*, et dont Anne Simon monte ici *Love and understanding* (1997). Penhall y fait se croiser la vie de Neal et Rachel, un couple de médecins proches du *burnout*, « overworked and underfucked » comme disent les Américains, avec celle d'un vieil ami, Richie, qui débarque à l'improviste et s'incruste chez eux. Richie est l'exact opposé de Neal et Rachel et devient une sorte de *deus ex machina* qui les révèle à eux-mêmes. Les rôles sont interprétés par Nickel Bösenberg (à gauche), Larisa Faber et Owen Sharpe. Divertissement garanti (première mardi 28 février au au Théâtre des Capucins ; informations : www.theatres.lu). jh

Luxemburgensia

Appel à l'utopie. Enfin

Enfin quelqu'un qui parle du théâtre à un niveau théorique, de ses aspirations et de ses conditions de production matérielles. Olivier Garofalo n'a que 31 ans et déjà de sacrées choses à dire. La semaine dernière, il a tenu, dans le cadre de sa résidence d'auteur au Théâtre national, une *Rede vom Theater* au Centre national de littérature à Mersch, qui a publié le texte de 38 pages dans un petit fascicule (en vente pour 5 euros). Garofalo, qui est lui-même auteur (voir ci-contre) et travaille en tant que dramaturge au Theater Bamberg (photo), s'y étonne de l'absence d'un ensemble fixe d'acteurs et de métiers connexes au Luxembourg, des conditions souvent peu correctes dans lesquelles les professionnels doivent travailler ici, du manque de profil des différents théâtres ainsi que de l'absence de réflexion approfondie sur l'interculturalité sur les scènes autochtones. Mais il appelle aussi à l'utopie, voudrait que le théâtre touche un public plus large et plus diversifié. Un petit texte revigorant, comme une bouffée d'oxygène. jh



Art contemporain

Générant de l'art

Lucien Kayser

La présence de l'armée française à Trèves, dans telles décennies du siècle passé, le témoignage direct assure que pour le voisin luxembourgeois, avec de fortes chances, elle tenait au mess des officiers et sous-officiers du Kornmarkt. Comme la partie émergée d'un iceberg : en vérité, quelque 14 000 Français, militaires et civils, vivaient alors dans la ville allemande, plus d'un habitant sur dix. Mais le restaurant pouvait bien passer pour la signifier, mieux valait en être client que patient, ce qui aurait pré-supposé un accident plus ou moins grave, de l'hôpital militaire, autre point de repère.

Il eut comme nom Hôpital des Armées André Genet, l'homme avait été médecin capitaine pendant la Deuxième Guerre mondiale, tué dans les derniers mois du conflit, en Alsace, promu compagnon de la Libération. Construit de 1960 à 1963 au Petrisberg, appelé encore Belvédère, sur les hauteurs donc, au-dessus de la ville, l'hôpital fut délaissé au moment du départ des militaires français fin août 1992. Et il fut décidé de ne pas démolir le bâtiment, de l'attribuer à l'université, « im Fall des französischen Militärhospitals in Trier wurden die Räumlichkeiten von den Franzosen 'besenrein' übergeben, weshalb die Bettenzimmer des Hochtraktes schon wenig später in grosszügige Einzimmerappartements für Studierende überführt wurden ». Une autre organisation suivit après la réhabilitation générale, mais il fallut attendre longtemps avant qu'on ne s'aventure dans les sous-sols, les bas-fonds de Genet. En l'occurrence, sa cave à charbon et sa centrale thermique et électrique, aujourd'hui le domaine, et comme un laboratoire, des historiens de l'art de la professeure Ulrike Gehring.

De la mutation de l'ancien hôpital militaire français, de sa centrale thermique et électrique en lieu d'exposition, au Petrisberg à Trèves

Le lieu en lui-même, les deux salles ont de quoi surprendre, émerveiller. Samedi dernier, sous le coup de la mort de Jannis Kounellis, de ce grandiose artiste de l'arte povera, à voir les trous bouchés par lesquels on avait fait tomber le charbon, on était irrémédiablement poussé à imaginer à chaque carré au sol un tas noir s'élevant, avec son sommet. L'environnement voulait cet hommage imaginaire. En plus, la partie des sous-sols qui jadis servait d'entrepôt, avec les œuvres de Klaus Massem et de JeongHo Park, confronte avec la condition humaine, avec la présence même du visiteur pour le second.

Massem, sur une longueur de 61 mètres, une hauteur d'un mètre, déploie dans son desin toutes sortes de situations de l'existence, avec de la finesse, de la force ou de la violence, dans la figuration comme dans la facture. Comme les séquences d'un film, très éclectique par rapport à l'histoire de l'art, à chacun, et le défi fait aux étudiants, d'y aller de ses propres références et réflexions. Le dessin fait place à l'image électronique, mouvante, changeante, incluant le visiteur dans *Silhouette Interference*, de Park, en fait deux images, l'une plus directe, plus colorée, l'autre plus estompée, d'une belle poésie ombrée.

Le clou, comme on dit, de la visite de cet hôpital transmuté, l'attraction indéniable, c'est sa centrale thermique et électrique, sur deux étages. Et là, pour la deuxième série d'expositions, après Mischa Kuball, elle a été confiée aux artistes Detlef Hartung et Georg Trenz pour une installation lumineuse, traduction maladroite de *Lichtinstallation*, mais qui convient ici, tellement elle est d'une évidence éclatante, proprement époustouflante. À l'aide de vieux projecteurs, qui garantissent son alignement juste, un texte est mis sur les murs, le plafond, les sols, les colonnes, sur tout ce qui se trouve à l'intérieur de la salle. Elle s'avère de la sorte prise dans un énorme brassage lettriste. Pas n'importe quel texte, il est en latin, comme il sied à Trèves, *Lorem ipsum*, faux-texte toutefois (bien que tiré, mais de façon fantaisiste, de Cicéron), qui sert en imprimerie à travailler sur la mise en forme d'une page, le texte véritable, définitif, venant prendre sa place plus tard. Il est de la sorte, dans le statut même du faux-texte, dans le processus, quelque lien avec la fonction de la centrale, fournissant de l'énergie.

Il y a, à l'entrée, la vue d'ensemble, à vous couper le souffle. La salle est là, devant vous, les lambeaux de texte la coupent, lui donnent un autre rythme. Et puis vous



La centrale dans le brassage lettriste

avancez, vous la traversez, la parcourez, et les choses se mettent à bouger. Une expérience unique de l'espace, d'un espace qui en même temps se trouve accentué et perturbé dans son agencement. À voir et à vivre absolument, les visites peuvent se faire, pour le moment, jusqu'au 31 mars prochain, le jeudi entre 18.30 et 19.30 heures, un samedi sur deux entre 14 et 15 heures. Le nombre de visiteurs étant limité, la configuration du lieu l'exige, il faut s'inscrire, renseignements et inscriptions sur le site generator@uni-trier.de.

Berlinale

Das Ende der Festspiele

Martin Theobald

Es sei dieses Jahr ein sehr politisches Filmfestival, versprach Berlinale-Chef Dieter Kosslick zu Beginn der Internationalen Filmfestspiele in der deutschen Hauptstadt. Selten habe sich das Festival so sehr der aktuellen Lage verschrieben. Die zur Berlinale ausgewählten Filme böten Antwort auf alle drängenden Fragen dieser Zeit, versicherte er. Sie spielten dort, wo es weh tue und legten den Finger dann auch noch in die offene Wunde von Kunst, Gesellschaft und Zeitgeschichte, vor allem aber auch der Politik. Die Berlinale wolle wieder einmal ihrem Ruf gerecht werden, die – verglichen mit Cannes und Venedig – Festspiele mit dem höchsten aktuellen Anspruch zu sein. Politisch, nicht unbedingt künstlerisch. In den Pressekonferenzen zu den Premieren der einzelnen Wettbewerbsfilme wurde dies zu einem Ritual: Zu Beginn vermied Kosslick Trump zu erwähnen, schimpfte über ihn und lobte den Film. Es folgten die Darsteller. Sie schimpften ein bisschen über Trump, dankten der Berlinale und lobten den jeweiligen Regisseur des Films, der dann etwas über Trump schimpfte, der Berlinale dankte und die Film-Crew lobte. Dann Fragen der Presse, die zunächst über Trump schimpfte, das Werk lobte und die Berlinale kritisierte.

Selten hat sich der Wettbewerb der Filmfestspiele so uninspiriert, so unpolitisch und so künstlerisch schwach präsentiert wie in diesem Jahr. Wenn dies denn die cineastische Antwort auf die drängenden Fragen unserer Zeit sein soll, dann machen sich Kunst und Künstler auf den Weg in die absolute innere Immigration. Am Ende gab es für schöne Bilder und freundliche Filme Bären: Agnieszka Holland aus Polen erhielt für ihren Film *Pokot/Spoor* verdient den Silbernen Bär „Alfred-Bauer-Preis“ für neue Perspektiven der Filmkunst. Überraschend waren die Darsteller-Preise an Kim Minhee aus Südkorea für *On the beach at night alone* und den Österreicher Georg Friedrich für die Vater-Rolle im deutschen Wettbewerbsbeitrag *Helle Nächte*. Nicht beachtet wurde die transsexuelle Hauptdarstellerin Daniela Vega, die im chile-



Für *The other side of hope* erhielt Aki Kaurismäki den Regiepreis. Unumstritten

nischen Film *Una mujer mystica* beeindruckte. Ein Silberner Bär an sie wäre nicht nur eine verdiente und von der Presse geteilte Würdigung ihrer Leistung, sondern auch ein Zeichen gewesen. Erwartet wurden die Prämierungen von *Félicité* mit dem Großen Preis der Jury für eine außergewöhnliche Leistung, denn wenn es schon ein afrikanischer Beitrag in den Wettbewerb schafft, darf dieser nicht mit leeren Händen nach Hause gehen. Das Drama um eine kongolesische Sängerin war kein schlechter Film, doch eben auch kein besonders guter oder außergewöhnlicher.

Unumstritten die Auszeichnung von Aki Kaurismäki mit dem Regiepreis und des ungarischen Films *On body and soul* von Ildikó Enyedi. Der Film ist die uralte Mann-trifft-Frau-Geschichte. Am Schauplatz Schlachthof. Ein Film mit Märch-

elementen, erotischer Entdeckungsreise und einem Suizidversuch in eindringlichen Bildern, ein stiller, poetischer Streifen über die Macht der Liebe bei verletzten Seelen. Kaurismäkis Werk *The other side of hope* handelt von einem syrischen Flüchtling, der nach Helsinki kommt und auf einen finnischen Restaurantbesitzer in der *Midlife*-Krise trifft. Was sich nach Problemfilm anhört, ist eine Kneipenkomödie über zwei vollkommen unterschiedliche Männer – und ganz nebenbei ein zynischer Kommentar zur Flüchtlingskrise. Also doch ein wenig Politik. Und das dann sehenswert in Szene gesetzt.

Bei den meisten der 18 Wettbewerbsbeiträge stellte sich auf der Emotions- und Kunstbeflissenheitsskala höchstens ein *Okay* bis *wahnsinnig ärgerlich* ein: Zur letzten Kategorie gehörte insbesondere *Helle Nächte* von Thomas Arslan. Der die

Selten hat sich der Wettbewerb der Filmfestspiele so uninspiriert, so unpolitisch und so künstlerisch schwach präsentiert wie in diesem Jahr

Männer-Version des luxemburgischen Forumsbeitrag *Barrage* war. Das Treibenlassen auf einem Stausee im Großherzogtum bei Laura Schroeder übertüncht, dass er keinen Sinn für das Kino als Schauplatz von Kultur, Kritik und Kunst hat. Für ihn ist es ein Jahrmarkt der Eitelkeiten, den er selbst vortrefflich bedient. Diese Kunstferne illustrieren die jüngeren Entscheidungen der Berlinale trefflich. Wenn schon der Festivaldirektor selbst

gute Filme nicht erkennt, darf man fragen, wieso in den einzelnen Auswahlkomitees niemand sitzt, der die Qualität von Werken realisiert.

Doch es ist müßig, Kosslicks fehlendes Gespür fürs Kino zu kritisieren. Er hat sich auch um die Berlinale verdient und das Festival zum größten seiner Art weltweit gemacht. Dabei hatte er auch einfaches Spiel, denn Berlin ist deutlich größer, hat deutlich mehr cineastische Spielstätten als beispielsweise Cannes. Über das Format „Berlinale goes Kiez“ werden die Filmfestspiele beinahe in jeden Winkel der deutschen Hauptstadt geprägt und über zehn Tage kommt man an diesem Ereignis kaum vorbei – verkaufsoffener Sonntag inklusive. Nachdem alle Besucherzahlen ausgewertet sind, wird man wieder stolz darauf verweisen, dass mehr als eine halbe Million Menschen zu den Vorstellungen der Berlinale gekommen sind, davon haben 334 471 Zuschauer eine Eintrittskarte gekauft.

Es bleibt die Hoffnung für die Zeit nach 2019, wenn der laufende Vertrag des Berlinale-Chefs endet, dass die zuständige Politik der Idee widersteht, mit dem SPD-Mann noch einmal zu verlängern. Und dass außerdem bei der Nachfolgeregelung die Möglichkeit mitgedacht wird, dass es nicht nur jemand „gut Vernetztes“ aus der deutschen Filmförderverwaltung werden kann, der schon mal auf Fotos mit Stars zu sehen war und den Laden am Laufen hält. Sondern dass es auch eine Berlinale-Direktion geben könnte, die sich für Filme, für das Kino und die Kunst interessiert, auf Qualität statt Quantität setzt.

Dem Film- und Luxemburg ist es jedenfalls gelungen, in diesem Jahr auf sich aufmerksam zu machen. Zwei Filmen im Berlinale Special sowie Laura Schroeders Beitrag im Forum und Jeff Desoms *Dead Noon* auf dem Co-Production Market der Festspiele lassen hoffen, dass es bald wieder einen luxemburgischen Beitrag im Wettbewerb des Festivals geben wird.

Opéra

Divine Serbie

Fabien Rodrigues

Un opéra de chambre en Serbe au cœur d'un cycle contemporain du Grand Théâtre peut faire peur, en atteste le Studio rempli partiellement seulement le 14 Février dernier pour la première de *Syadba*. Et quel dommage, car cette création de la compositrice Ana Sokolović s'avère être une bien belle parenthèse d'une petite heure bourrée de charme, de poésie naturelle et de puissance vocale.

Créé en 2015 dans sa version scénique européenne au Festival d'Aix-en-Provence, *Svadba* - alors encore inédit sur le Vieux Continent - naît quatre ans plus tôt sur une commande de la compagnie de production canadienne Queen of Puddings Music Theatre. Ana Sokolović, née à Belgrade et installée depuis au Canada, en établit le livret en s'inspirant de textes folkloriques balkaniques et en place l'action durant la nuit qui précède le mariage de Milica, nuit qu'elle passe à plaisanter, à s'émouvoir et à s'interroger avec ses meilleures amies Danica, Lena, Zora, Nada et Ljubica...

*Svadb*a, cela veut d'ailleurs tout simplement dire « mariage » en serbo-croate, mais *Svadb*a c'est d'abord et avant tout la conjugaison surprenante de six voix qui le sont tout autant. En effet, le choix a été fait de créer toute la musicalité de la pièce avec les chants a capella des six interprètes féminines, seulement ponctuées çà et là par une clochette ou des petits tambours. Tantôt superbes- ment lyriques, tantôt stridentes, riantes, psal-

**Svadba d'Ana Sokolović
s'avère être une bien
belle parenthèse
bourrée de charme, de
poésie naturelle et de
puissance vocale**



Svadba veut tout simplement dire « mariage » en serbo-croate

modiantes ou résumées à une suite d'étranges borborygmes, les chants serbes de ces copines en gouquette se croisent et se répondent avec une harmonie et une pertinence toute étudiée, jamais laissée au hasard. Et si chacune semble donner tout ce qu'elle a au fond des tripes pour exulter vocalement, c'est la puissance contrastée et la pro-

fondeur de la voix de Florie Valiquette, incarnant la future mariée Milica, qui impressionne le plus.

Ainsi, si le livret peut paraître simpliste, il fait en fait la part belle à ces voix génératrices d'interprétations multiples, faisant de *Svadba* « un opéra davantage centré sur des émotions que sur une nar-

ractions » comme l'indique justement Ted Huffman, partenaire de Zack Winokur pour la mise en scène originale de la pièce. Souhaitait s'intégrer dans un courant qui vise à réinventer – progressivement – le genre opératique, les deux Américains optent ici pour une scénographie très minimale et subtile, dans un dégradé de beige qui transmet un sentiment de confort et qui rapproche d'autant plus le public des actrices/chanteuses/danseuses. De plus, l'absence quasi totale d'éléments extérieurs permet d'encore plus se concentrer sur les mélodies et sur la langue serbe dont la sonorité semble particulièrement propice à ce genre d'exercice. Le tout arrive à mettre en valeur de manière simple et intelligente l'axe plus sérieux de cette création, à savoir la référence à l'original qui se trouve en chacun...

Car Milica ne cherche-t-elle pas conseil auprès de sa communauté, auprès de ce qu'elle connaît depuis toujours alors le mariage va l'en séparer quelques heures plus tard, et à tout jamais ? Ce rapport à l'immuable et à l'enfance se retrouve en l'occurrence tout au long de l'opéra : chaque demoiselle crée son espace propre par le mouvement, qu'elle fait ensuite communiquer avec celui de ses amies, par du contact, par des jeux d'enfants et d'adolescents, semblant au fur et à mesure à la fois essayer de retenir et reconforter Milica. Si le mieux est parfois l'ennemi du bien, Sokolović et ses metteurs en scène l'ont bien compris, pas besoin d'en faire des tonnes pour transmettre du vrai, du beau... Il suffit souvent de la plus grande simplicité.

Musique classique

Opposition de styles

José Voss

Il est un passionné de foot, qui déclare être plus heureux sur un stade qu'à Carnegie Hall ou au Festival de Salzbourg. Il dirige sans baguette, les mains, seules, permettant, selon lui, des nuances plus fines. Son nom ? Valery Gergiev.

En découvrant, le 17 février, l'imposante silhouette de ce chef charismatique, l'un de ceux dont la lecture des textes n'est pas toujours philologique, mais qui vous fait ressortir de la salle la tête dans les étoiles, le public philharmonique a été frappé par l'inextinguible fringale de musique qui anime ce curieux maestro, hirsute, barbu, ébouriffé. Il n'est que de voir comment, pendant deux heures, ce titan de la direction d'orchestre dévore les partitions ; comment ses longues mains fines tressaillent, flottent dans l'air comment, avec ses bras, il esquisse des volutes subtiles à la manière d'un sismographe ; comment, de ses doigts, il pétrit les notes comme un prestidigitateur effectue des tours de passe-passe.

On notera, pour commencer, la coloration évidemment contrastée donnée au programme par le Moscovite, capitaine à la barre des Münchner Philharmoniker, une phalange d'une rare polyvalence, capable de briller avec le même éclat dans l'impressionnisme français et dans le postromantisme russe avec Daniil Trifonov au piano.

Tout de noir vêtu et regard noir, Gergiev se révèle coloriste inspiré dans le *Prélude à l'après-midi d'un faune*, l'un des sommets de l'œuvre orchestrale debussyste, que l'auteur, pour couper court aux éloges que lui valait cette page sublime résumait : « C'est juste un berger qui joue de la flûte, assis le cul dans l'herbe » ! L'atmosphère mystérieuse, sa composition en strates sonores distinctes, sa « chimie harmonique » (comme l'appelait Debussy) si osée, si génialement novatrice, ouvrant une ère nouvelle à force de briser les moules classiques, n'ont guère de secret pour le chef russe et sa phalange délicate munichoise. Belle flûte solo dont les arabesques oniriques créent une sorte d'envoûtement sensoriel, velouté sensuel des cordes diaphanes, justesse parfaite des cors, bois enflammés qui se liquéfient dans un langoureux étirement sonore, concourent à suggérer une « lente pâmation », comme dirait Mallarmé, laquelle finit par gagner le public manifestement séduit – que dis-je ? – subjugué par une direction féline qui allie intensité et intériorité, incandescence et évanescence.

**Trifonov, Gergiev et le
Philharmonique de
Munich dans un
programme
franco-russe**

Le *Deuxième concerto pour piano* de Rachmaninov, interprété par le prodigieux Danil Trifonov, fait encore monter d'un cran l'émotion. Le talent du jeune pianiste russe y explose avec insolence et superbe, force d'effacer comme par enchantement les chaussetrappes de cette partition hautement explosive. Mieux, il fait aussi de la vraie musique en osant des nuances et des rubatos très personnels, démentant ainsi la réputation qu'ont certains grands solistes de l'école russe d'être de froids techniciens sans âme. Le buste altier, carrant les épaules, les yeux mi-clos, jamais à court d'idées, réinventant la partition avec une sorte d'évidence, il ne s'engage pas dans ce que l'ouvrage peut avoir de guimauve, il ne sacrifie pas à ses vulgarités tapageuses, mais tente au contraire, épaulé par un maestro avec lequel il a non seulement des atomes crochus mais qu'il admire, parce qu'il sait, comme lui, de quels bleus à l'âme cette musique est faite, de donner l'image d'Épinal d'un compositeur de salon.

La soirée s'achève par les *Dances symphoniques* du même Rachmaninov, testament musical dont le langage se caractérise par des combinaisons d'harmonies et de timbres dignes de Debussy et un modernisme tempéré par un épanchement lyrique. Une demi-heure d'énergie bondissante, de secousses sismiques que Gergiev, cheuveux en bataille, domine avec une sorte de frénésie maîtrisée. C'est une œuvre qui décoiffe, à telle enseigne que le chef, dans un geste instinctif, refuse à maintes reprises ses mèches rebelles à l'arrière de son crâne dénudé. Mains ouvertes comme pour puiser le flot de musique, il va, avec une force inouïe, jusqu'au bout de cette folle farandole. Avec un leader de cette trempe, capable d'emmener orchestre et public vers des cimes d'émotion surnaturelles, on est décidément loin des prestations « à la va comme j'te pousse ». Cloués sur leurs sièges, plus de mille spectateurs finissent par se lever pour acclamer le maître épuisé, qui a tout juste la force d'esquisser un sourire.

opderschmelz

WE LOVE GIRLS, GIRRLS, GRRRLS
WE LOVE GIRLS, GIRRLS, GRRRLS

JE 02.03.17 ~ 20H00

CYMINOLOGY + PHILÉMÓN

Philémon:

Mathieu Robert, *soprano saxophone*

Dorian Dumont, *piano*

Benjamin Sauzereau, *guitar*

Benoit Leseure, *violin* / Nicole Miller, *viola*

Annemie Osborne, *violoncello*

Cyminology:

Cymin Samawatie, *vocals*

Benedikt Jahnel, *piano* / Ralf Schwarz, *bass*

Tobias Backhaus, *drums, percussion*

Jazz

MA 14.03.17 ~ 20H00

IDA LUPINO BY GUIDI, PETRELLA, SCLAVIS AND CLEAVER

Giovanni Guidi, *piano*

Gianluca Petrella, *trombone*

Louis Sclavis, *clarinettes*

Gerald Cleaver, *drums*

Jazz

DI 19.03.17 ~ 17H00

TRIO DORA AUTOUR DES FEMMES

Annalena Castagna, *piano*

Carole Mallinger-Leyers, *violin*

Yves Tordy, *violoncelle*

Classic - Nouvelle Musique

MA 21.03.17 ~ 20H00

CÉLINE BONACINA « CRISTAL QUARTET »

Céline Bonacina, *saxophones baryton et soprano*

Gwilym Simcock, *piano*

Chris Jennings, *contrebasse*

Asaf Sirkis, *batterie*

Jazz

VE 24.03.17 ~ 20H00

JOANNE SHAW TAYLOR

Blues

ME 29.03.17 ~ 20H00

MI FRIDA

Sascha Ley, *Künstlerische Leitung, Text,*

Musik & Performance

Sylvia Camarda, *Choreographie & Performance*

Ulli Kremer, *Kostüm & Bühne*

Patrick Winandy, *Lichtdesign*

Arts de la scène - Theater

JE 06.04.17 ~ 20H00

DREAMING SCARLET MEDUSA

Yuko Kominami, *danse*

Tomás Tello, *musique*

Diego Vizcarra, *vidéo*

Danse Contemporaine

CENTRE CULTUREL
REGIONAL DUDELANGE
1A, RUE DU CENTENAIRE,
L-3475 DUDELANGE

www.opderschmelz.lu

Cinéma

La montagne de murs

Marylène Andrin-Grotz

En voiture, le ton est vif. Il est question d'un costume qui ne va pas. Et des courses qu'il faudrait faire avant de rentrer. Mais Lary (Mimi Branescu) et sa femme Laura (Catalina Moga) doivent d'abord se rendre à la commémoration du père de Lary. En Roumanie, 40 jours après un décès, ses proches rendent habituellement un dernier hommage au défunt en partageant un déjeuner béni par le prêtre, qui officialise ainsi le repos éternel du patriarche auprès de Dieu. Lary retrouve ses proches : sa mère Nusa (Dana Dogaru), sa tante Ofelia (Ana Ciontea), sa sœur Sandra (Judith State), son cousin Sebi (Marin Grigore), d'autres encore... La famille ainsi réunie prépare la cérémonie, dans un rituel foutraque que le retard du prêtre va venir bouleverser.

Après avoir fréquenté à deux reprises la sélection *Un certain regard* avec *La mort de Dante Lazarescu*

(2005) et *Aurora* (2010), Cristi Puiu est revenu à Cannes l'an dernier par la grande porte puisque *Sieranevada*, son nouveau long-métrage, figurait dans la compétition officielle au côté du *Bacalauréat* de son compatriote Cristian Mungiu.

Reparti sans récompense, le film est un huis clos qui suit les trois heures du retour de Lary dans sa famille quasiment sans ellipses, un parti-pris qui séduit instantanément mais qui s'essouffle finalement. Tout commence donc dans la voiture, où le dialogue n'est qu'un prétexte à présenter les personnages par leur manière de réagir. À Laura la manipulation subtile, à Lary la nonchalance. La caméra s'attarde donc sur les réactions, les déceptions, les soulèvements. On respire, presque littéralement, avec ces personnages dont les qualités et les défauts apparaissent à la faveur d'un soupir, d'un sourire. Puiu décide d'aller au bout de son dispositif et de ne pas couper là où l'information est passée mais de continuer à filmer un dialogue anodin, soulignant la superficialité de la relation du couple en dépit de leur histoire. Une fois arrivée dans l'appartement, le dispositif s'intensifie. Puiu prend la place du mort, s'installe dans le couloir et ne perd pas une miette du ballet qui se joue sous ses yeux : la tragi-comédie familiale est en place.

Partout, c'est l'empêchement : les portes se referment aussi vite qu'elles se sont ouvertes et les personnages s'excluent tour à tour, se poussent hors du cadre, s'approprient l'espace d'un hors-champs à la puissance de plus en plus prégnante. L'appartement est si petit que les convives sont répartis dans plusieurs pièces et c'est Lary qui, la plupart du temps, fait le lien



Partout, c'est l'empêchement : les portes se referment aussi vite qu'elles se sont ouvertes et les personnages s'excluent tour à tour

entre les membres de la famille, passant d'un micro-drame à l'autre, avec en fil rouge, un rituel obscur à propos d'un costume et ce prêtre décidément peu ponctuel qui retarde l'heure du repas. Nous sommes quelques jours après les attentats de *Charlie Hebdo* et les conversations masculines s'articulent autour du terrorisme, de la manière de s'approprier les images et donc, la vérité. Dans de longs plans-séquences, souvent filmés à l'aide d'une focale assez courte pour souligner l'étroitesse du lieu et donc la proximité subie par les personnages, les liens familiaux se tendent, se démentent, dans un capharnaüm qui connaît son point d'orgue à l'arrivée d'un homme dont on ne connaissait alors que la réputation. Pour autant, l'ex-

térieur ne peut pas être vu comme une source de libération : l'incursion de Lary en dehors de l'immeuble, mise en scène telle qu'à l'intérieur, avec les façades en guise de murs, lui sera traumatisante.

Sieranevada commence comme un portrait lucide et cohérent d'une famille dans la Roumanie contemporaine. Mais Cristi Puiu assèche son concept en le faisant séfler entièrement, faisant boire la dernière goutte à son spectateur, perdu dans les longueurs. Une fois le dispositif mis en place, l'intrigue est trop faible pour tenir la durée (173 minutes), qui apparaît alors comme un caprice de réalisateur plutôt que la voix d'un réalisateur.

Cinémasteak

« Un noir courageux et sympathique »

Night of the living dead est un film très connu y compris de ceux qui ne l'ont jamais vu, ne serait-ce que grâce à la dimension mnémotechnique de son titre, élevé depuis au rang de lieu commun et reconnu parmi *Les 1 001 films à voir avant de devenir*, précisément, un mort-vivant. Novateur en son temps et fondateur d'un nouveau genre (le *gore*) aujourd'hui sorti de son ghetto esthétique et moral, le film de Romero est le terrain de prédilection des exégètes présomptueux (façon Thoret, *Politique des zombies*, *L'Amérique de Romero*, Ellipses, 2007) qui sont persuadés que la vision de ce type de spectacle suffit à vous transformer en génie de la science politique.

En fait ce qui frappe en revoyant le film cinquante ans plus tard, c'est à quel point il est ringard, à quel point également, à n'en pas douter, les spectateurs de l'époque devaient le regarder en riant un bon coup. Fait de bric et de broc, réalisé en quelques jours à l'aide d'une poignée d'amis et dans une vieille maison de campagne dont les intérieurs kitsch rappellent les bâtisses bringuebalantes qu'on essaie de vous refiler à Luxembourg pour le prix d'une villa, *Night of the living dead* est, quoiqu'on en dise, plus proche de la science-fiction des années 50, que de notre post-modernité. Le noir et blanc (même délavé), la profondeur de champ, la musique sans contrepoint et la thématique de l'ennemi intérieur sont clairement du côté de la série B américaine et de sa référence centrale, *Body snatchers* de Don Siegel. La caméra à l'épaule, les zooms, les faux raccords, et la morale finale appartiennent quant à eux au nouvel Hollywood et à l'éthique de la contre-culture. La télévision a remplacé le central téléphonique et les appels radios des années 50. Elle trône au milieu de la maison et du film, au point parfois de faire bâiller le spectateur, mais elle remplit la même fonction symbolique de rappel à l'ordre et de consensus WASP.

Les scènes spectaculaires sont ainsi réduites à la portion congrue, et peut-être, sommes-nous trompés dans notre mémoire de spectateur, par le rappel subliminal du très efficace *Thriller*, célèbre clip de Michael Jackson réalisé par John Landis, hommage direct au film de Romero. Construit à partir d'une métaphysique de quat' sous (les morts reviennent tourmenter les vivants en les dévorant), le film est une métaphore de la société américaine des années 1960 que le spectateur n'a aucun mal à décrypter (avec ou sans Thoret) : explosion de la famille nucléaire, émeute raciale, guerre du Vietnam, marche pour les droits civiques, fierté noire, etc... Mais ce n'est pas de cette manière que le film nous touche. Nous sommes progressivement troublés par la beauté d'actrices inconnues, des nudités furtives, des gestes lents ou maladroits avant d'être confrontés au stupéfiant générique final : un photomontage à la fois simple et brutal, construit comme un diamant, véritable pamphlet politique à lui tout seul et dont la patine vous fait remonter à la gorge et à l'oreille, le bruit et la fureur des *sixties* américaines, le son politique de la folk et celui contestataire du rock. À l'époque, l'Office catholique du cinéma avait dénoncé « l'atmosphère générale malsaine » du film tout en valorisant « un noir courageux et sympathique ». Fabrice Montebello

Night of the living dead de George Romero (États-Unis 1968, vostf, 87', c.), sera projeté à la Cinémathèque de la Ville, place du Théâtre, ce soir vendredi 24 février 2017 à 20h30.

Kino

Tee in der Todeszone

Anina Valle Thiele

Die Warnmeldungen um die Atomkraftwerke in Tihange, Doel, Cattenom oder Chooz reißen nicht ab. In Zeiten ständiger Sorge um rissige Atommeiler und Pannen in den AKWs der Großregion erscheint ein Film über die Atomkatastrophe in Fukushima hochaktuell.

Doris Dörries in Schwarz-weiß gedrehter Spielfilm *Fukushima, mon amour*, auf Deutsch: *Grüße aus Fukushima*, der auch im Rahmen des Luxembourg City Film Festival (2. bis 12. März) gezeigt wird, enthält bereits im Titel die Reminiszenz auf Alain Resnais' *Hiroshima, mon amour* (1959, nach einem Drehbuch von Marguerite Duras). Zwei Unbekannte, eine Französin und ein Japaner, treffen darin in einem Hotelzimmer aufeinander. Über beider Affä-

re schwebt der Atombombenabwurf auf Hiroshima; er bildet den Ausgangspunkt in Resnais' Klassiker. „Du hast nichts gesehen in Hiroshima!“, lautet das *Voice-Over*. Und es sind zwei Welten, eine von den Nazis als Kollaborateurin gebrandmarkte Französin und ein von der Nuklearkatastrophe geprägter Japaner, die aufeinanderprallen.

In *Grüße aus Fukushima* inszeniert auch Doris Dörrie einen Zusammenstoß der Kulturen. Da ist eine verkorkste Deutsche, die nach dem Scheitern ihrer Beziehung in Deutschland ausgerechnet in der verseuchten Todeszone nach Leben sucht. Mit der Organisation Clowns 4 Help reist Marie (Rosalie Thomass) nach Japan, um den Überlebenden der Nuklearkatastrophe von 2011 ein Lächeln ins Ge-



Marie (Rosalie Thomass) und Satomi (Kaori Momoi)

Genau diese von Dörrie inszenierte Leichtigkeit und vermeintlich poetische Annäherung ist das Problem von *Fukushima, mon amour*

sicht zu zaubern. Spaßmachen für die Opfer von Fukushima, lautet die Devise von Clowns 4 Help. Und weil Marie, wie sie selbst erkennt, „ein dummes, verwöhntes, arrogantes Mädchen aus Deutschland“ ist, wird sie zunächst in dem Camp von alten Leuten (die jungen sind nach der Nuklearkatastrophe alle weggezogen) mit ihren ungelinken Zauberkunststücken und Vorstellungen als Clown nur müden Applaus ernten und keinerlei Eindruck schinden.

Marie will sich über die Erfahrung in Fukushima selbst therapieren und eckt zunächst nur an, bis sie Satomi (Kaori Momoi) trifft. Die ehemalige Geisha ist verletzt wie Marie und trägt in der verseuchten Zone sorgsam die Trümmer ihres Hauses und ihrer Vergangenheit zusammen.

Was sich leise zu einer Freundschaft entwickeln wird, beginnt mit einer Begegnung, einem kulturellen Zusammenprall gleich: elegante japanische Dame trifft auf deutsches Trampeltier. Die im Vergleich zur Geisha Satomi fast grobschlächtige Marie wird hier im Wühlen in der Vergangenheit der Japanerin, beim Putzen und Aufbauen ihre innere Ruhe wiederfinden und zugleich „die bösen Geister“ Satomis vertreiben. Marie lernt so etwa

die Kunst der Teezeremonie. Irgendwann werden die beiden sogar eine Spritztour unternehmen: „Urlaub von der Radioaktivität“, so Satomi. Doch genau diese von Dörrie inszenierte Leichtigkeit und vermeintlich poetische Annäherung ist das Problem dieses Films.

Die schwarz-weiß Aufnahmen des verwüstet-verwehten Chaos' beeindrucken. Man verfolgt beklemmt, wie die Deutsche aus dem Auto oder vom Moped auf die Berge schwarzer, aufeinander-getürmter Plastiksäcke voller radioaktivem Müll blickt und Marie furchtsam und ungelenk, mit dem Geigerzähler in der Hand, durch die verwüsteten Landschaften tapst. Die Faszination Dörries an Japan wird in den leisen Einstellungen zweifellos deutlich und auch Rosalie Thomass überzeugt in der Rolle der Marie als aufgewühlte Mitzwanzigerin. Dennoch ist *Fukushima, mon amour* keine wirklich ersthafte Auseinandersetzung mit der Thematik und eignet sich wahrlich nicht, um die Gefahren der Atomenergie wachzurufen. Dafür ist der mit sinnlichen Klavierklängen unterlegte Film zu verharmlosend poetisch. Um mit Alain Resnais' Klassiker mitzuhalten, ist er zu schrill, zu verkitscht und letztlich zu bemüht bedeutungsschwer.

04.03.2017 - 13.04.2017



Hard Work

VINCEN BEECKMAN - MICHEL COUTURIER -
RONNY DELRUE - FLORIS HOVERS - IRIS HUTEGGER -
MICHAËL MATTHYS - RITA PUIG-SERRA COSTA

Curators: Jacques Cerami et Danielle Igniti

STIL

Wiederbelegungsversuch

Michèle Sinner

Ob es daran liegt, dass der Blick aus dem Ministerbüro im 16. Stock auf die Einöde der Place de l'Europe geht, dass François Bausch es eiliger mit deren Umgestaltung hat als andere? Dem grünen Infrastrukturminister kann es damit auf jeden Fall nicht schnell genug gehen. Schon Ende des Jahres, sagt er, könnten erste Maßnahmen umgesetzt sein. Seine Eile ist verständlich, denn auf dem ohnehin nicht sehr gemütlichen Kirchberg-Plateau ist die Place de l'Europe einer der menschenfeindlichsten Orte überhaupt. Die Ursachen dafür sind zahlreich: Gebäude wie Festungen, an deren Glasfassaden es keinen Zugang gibt, der große, dunkel gepflasterte Platz, auf dem nur wenige Bäume ein bisschen Schutz bieten. Der Umstand, dass Fußgänger, die glauben, sich in einem autofreien Bereich zu befinden, von den Karossen von EU-Diplomaten oder Mitarbeitern überrascht werden, die vors „Héichhaus“ oder in ihr privates Parkhaus fahren. Oder die Tatsache, dass der Platz eine Sackgasse ist, weil der Lift, der am Südennde die Verbindung zur Rue du Fort Thüngen herstellte und zum Mudam oder dem Hémicycle führte, seit ungewisser Zeit und unbefristet außer Betrieb ist. Über all dem sorgt der Kamineffekt zwischen den Gebäuden für eine arktische Brise, die sogar bei 30 Grad im Hochsommer ein Verweilen unter freiem Himmel unmöglich macht. „Da wirst du weggeblasen“, sagt der Minister.

Vollzieht man den Weg nach, den der radelnde Minister morgens auf dem Weg ins Büro zurücklegt, muss er an der Philharmonie vorbei, deren Glanz durch die protzig vor dem Haupteingang geparkte Limousine des Konzerthaus-Sponsors Mercedes erheblich geschmälert wird. „Das ist furchtbar!“, sagt Bausch. „Ich habe kein Problem mit Sponsoring, aber wenn das Auto vor dem Haupteingang steht?“ Zwischen dem Boulevard Kennedy und dem Eingang, hindern die vielen Niveauunterschiede Fahrradfahrer den kürzesten Weg zum Ministerium einzuschlagen. Wer dort hinein will, muss erst die Treppen zur Eingangstür hochsteigen, um gleich dahinter Rolltreppen hinunterzufahren, bevor er im Keller unter dem Konferenzzentrum den Lift in die Ministeriumstagen nehmen kann...

Letztes Jahr ließ der Minister das Büro des dänischen Stararchitekten und Urbanisten Jan Gehl engagieren, um nicht nur die Situation auf dem Europaplatz zu analysieren und Verbesserungsvorschläge zu machen, sondern auch den Platz vor dem Einkaufszentrum Auchan und den Boulevard Kennedy überhaupt. Die dänischen Spezialisten, die Kopenhagen von der Autostadt in ein Radfahrer-Nirvana verwandelt haben und Prestige-Projekte in London und New York vorzuweisen haben, kommen in ihrer Analyse wenig überraschend zum Schluss, dass so Manches an der Place

de l'Europe verändert gehört, soll sich dort in Zukunft jemand aufhalten.

Sie schlagen deshalb die Aufstellung von Windkunst-Objekten vor, um den Kamineffekt zu lindern, die Errichtung einer Bühne im südlichen Bereich, die Konzerten und anderen Veranstaltungen Platz bieten würde, die Umgestaltung des Platzes vor dem Eingang sowie die Einebnung des Eingangsbereichs von Kongresszentrum und Ministerium. Vorne, am Boulevard Kennedy, der Vorschlag gefällt François Bausch besonders gut, haben sie den Bau eines Café-Kiosk mit abgeschlossener Rad-Reparatur vorgeschlagen, daneben Foodtruck-Stationen, damit sich die Mitarbeiter der Institutionen der umliegenden Gebäude in der Mittagspause dort versorgen können. Ein Teil der Philharmonie-Treppen ließe sich ihren Vorstellungen zufolge in kleinere Läden mit Zugang auf Straßenebene verwandeln. Darüber hinaus hat das Studio Gehl sich den Verlauf der im Rahmen der Tram-Bahn geplanten Fahrradpisten angeschaut und Korrekturvorschläge gemacht. Korrekturen, die soweit technisch machbar, mit dem Bau der Trambahn umgesetzt werden, so dass später zu beiden Seiten des Boulevard Kennedy ununterbrochene Fahrradwege verlaufen sollen.

Ganz so schnell, wie sich der Minister das wünscht, werden die weiteren Maßnahmen wohl nicht umge-



Die Place de l'Europe ist einer der menschenfeindlichsten Orte auf dem Kirchberg überhaupt

setzt werden können. „Das sind Vorschläge“, weiß auch Bausch, „die eins zu eins, so nicht umgesetzt werden können“. Es handle sich um ein Konzeptstudie, hebt Matthias Pinter, Architekt beim Fonds Kirchberg, welcher für die Planung zuständig ist, hervor. Der Fonds verhandle derzeit mit einem Landschaftsarchitekten über einen Vertrag, um Installationen zu testen. Diese Installationen könnten mit der Inbetriebnahme der Trambahn aufgestellt werden, also Ende des Jahres. Doch mit der Aufstellung von ein paar „schöneren und gemütlicheren Bänken“, sagt Pinter, sei es nicht getan. Für das Rad-Café, das den Vorstellungen des Studio Gehl über der Parkhaus-Zufahrt für die EU-Beamten entstehen soll, gebe es noch keine Pläne, so Pinter. Und wenn am Südennde des Platzes hinter der Philharmonie eine provisorische Bühne recht schnell stehen könnte, muss auch jemand Veranstaltungen planen, die dort stattfinden können.

An einem solchen, zusätzlichen Veranstaltungsort direkt neben ihren Einrichtungen hätten Mudam und Philharmonie in den Workshops, die im Rahmen der Gehl-Studie stattfanden, reges Interesse gezeigt, berichten Pinter und Bausch. Laut Infrastrukturminister arbeitet die Philharmonie mit ihren Architekten auch an eigenen Plänen, um hinter dem Konzertsaal ein zweites Restaurant zu ermöglichen, das Konzertbesuchern um die Vorstellungen herum bewirten könne. Die Philhar-

nie-Verantwortlichen wollen sich zu diesen Plänen nicht äußern, weisen aber darauf hin, der Mercedes vor ihrem Haupteingang sei Teil eines fürs Philharmoniebudget wichtigen Sponsorenvertrages.

Tiefgreifende Veränderung, wie ein Umbau der Philharmonie-Treppe, oder ein veränderter Zugang am Südennde des Platzes, dürften ohnehin auf sich warten lassen. Denn sie hängen unter anderem auch vom weiteren Schicksal des Schuman-Gebäudes ab, das noch bis mindestens 2020 besetzt ist und nicht dem Fonds Kirchberg gehört, wie Pinter hervorhebt. Ob es abgerissen wird? Am Standort des ersten Sitzes des Europaparlaments könnte sich François Bausch eventuell ein Museum oder ein Besucherzentrum über die Entstehung der EU-Institutionen vorstellen, zumindest müsse überlegt werden, was mit den Kunstinstallationen im Plenarsaal passiere, in dem das Europaparlament nur ein einziges Mal getagt haben soll.

Wichtig für die Entwicklung des Platzes und des Stadtteils Kirchberg insgesamt sei natürlich auch die Aktivitätsmischung, nicht zuletzt, dass dort mehr Leute wohnen und nicht nur zum Arbeiten hinkommen, betont François Bausch. Die Bauarbeiten am Wohnturm mit 21 Etagen, der an der Nordseite des Boulevard Kennedy neben Büroflächen und einem Einkaufszentrum geplant ist, sollen bereits in zwei Jahren, 2019 abgeschlossen sein.



L'endroit

C'est encore un chantier, mais les gourmands de chocolat attendent l'ouverture en salivant. **The Belgian Chocolate House** s'installe en fin de grand-rue, là où la marque Bose vient de fermer boutique (photo : GD). Non pas que cette franchise qu'on trouve entre autres à l'aéroport de Bruxelles ou à la gare du Midi soit en soi quelque chose d'exceptionnel, car elle commercialise des marques belges connues qui travaillent la fève de cacao comme Galler, Godiva ou Neuhaus, labels représentés un peu partout au Grand-Duché. Mais un logo saute à l'œil que l'on a trouvé jusque-là tout au plus avec trois ou quatre de ses produits au Deli-Delhaize de la route d'Arlon, mais qui, à Bruxelles, fait l'objet de vrais pèlerinages, tant ses biscuits, pains d'épices et autres délices frisent la perfection à l'ancienne. Les grands speculoos au chocolat, les dentelles, les tuiles avec des amandes, le pain grec et le massepain de la maison Dandoy sont d'un raffinement absolu depuis 1882 et il est à espérer qu'une multitude de ses friandises soient disponibles dans l'espace-vente de la grand-rue. À Bruxelles, le siège de la rue au Beurre, entre la Grand-Place et la Bourse, est le point de vente le plus intéressant, car au fond de la boutique on a vue sur les ouvrières de la production artisanale. GD



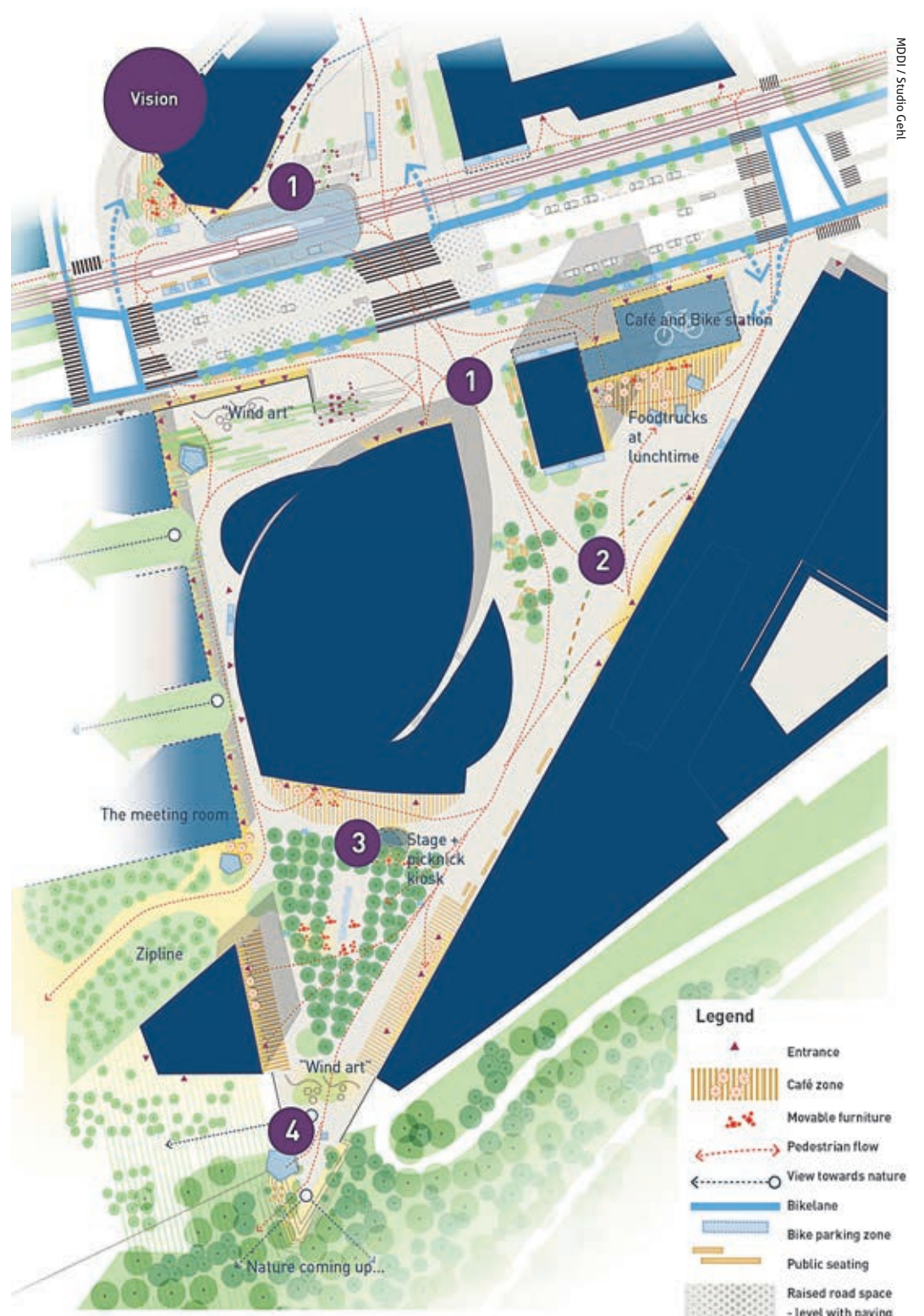
L'endroit

C'est un lieu assez hybride qui nécessite une mise au point, surtout pour les amateurs de produits malgaches qui se rendaient dans la boutique spécialisée de la rue Louvigny afin d'y acquérir du zeste de combawa, agrume agréable dans les drinks, soupes et salades. Ou du chocolat et d'autres produits importés directement de Madagascar. D'anciens clients auront sans doute déjà rebroussé chemin en découvrant que l'enseigne y a été changée en **House of Taste**, les vitrines semblant désormais suggérer la vente exclusive de boissons et spiritueux divers. Pourtant, la boutique, exploitée par la société de gestion et de représentation fiscale Innovalux, a toujours une série de ces produits en stock. À côté desquels les gins, champagnes, bières de petites productions artisanales se font concurrence. Sur le site web de la maison, on découvrira même des shishas et leurs accessoires, ainsi que d'autres produits de tabac. Un drôle de mélange, il faut l'avouer, et mieux vaut donc être briefé sur la multitude de produits disparates. La gamme essaie d'ailleurs de continuer à se diversifier et la boutique à servir de showroom aux partenaires d'Innovalux (www.houseoftaste.lu). GD



L'objet

Lorsqu'on parle de lui, il ne faut pas confondre les métiers. Alexandre Rosenberg n'est pas un simple bijoutier, mais un authentique joaillier-créditeur. Dans son atelier situé à l'angle de l'avenue et de la place de la gare, il imagine des parures magnifiques qui pourront aller du bijou plus modeste, mais néanmoins élégant à l'étonnante parure dont la valeur sera multipliée par dix, voir cent. Ses **bijoux**, il les décrit comme raffinés, intemporels, vecteurs de poésie, d'élégance et de signification. S'il livre les maisons prestigieuses de la place, il travaille aussi en direct pour le particulier. À partir de modèles préconçus en 3D, le client peut amener sa touche en choisissant la ou les pierres précieuses pour la finition, mais aussi leur taille, leur couleur et le métal assorti. Les pierres proviendront majoritairement d'Anvers, ville du diamant par excellence, ou encore d'Idar-Oberstein, référence du travail sur mesure. Sur son site internet www.alexandroserosenberg.fr, le créateur propose, entre autres modalités techniques et de vente, un guide des pierres précieuses et pierres fines, qui aidera l'acheteur à distinguer entre tanzanite, citrine, péridot, quartz fumé, aigue marine ou rubis rouge, le roi des pierres précieuses. GD



Konzept von Studio Gehl für die Place de l'Europe – nicht alles „eins zu eins umsetzbar“ aber ein Anfang